17°C

Zeitung für den Rest

Nummer 4, I. Quartal 1993, DM 4,50



Lichter gegen den Haß

Impressum

Die 17°C erscheint unregelmäßig, eine dreimonatige Erscheinungsweise ist angestrebt. Der Verkaufspreis beträgt 4,50 DM (6 DM ab Nr. 5). Ein Abonnement kostet 25 DM inkl. Versand und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern. Abonnements verlängern sich nicht automatisch. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom Dezember 1990.
Das Gestalten von Anzeigen ist nach Absprache möglich.

Verantwortlich für den Inhalt: Frank Unfrei

Redaktionsadresse:
17°C
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
2000 Hamburg 36

Nachdem es immer wieder zu Schwierigkeiten bei Überweisungen auf unser Konto gekommen ist, bitten wir die Bezahlung von Abos, Anzeigen und Einzelbestellungen nur noch per Scheck, in bar oder in Briefmarken zu leisten.



Manuskripte,

die an uns geschickt werden machen viel Arbeit, bis sie druckreif verarbeitet sind. Wir bitten bei der Zusendung von Artikeln folgendes zu beachten:

Bei Schreibmaschinentexten bitte maximal 2/3 der Papierbreite ausnutzen und eineinhalb Zeilen Zeilenabstand einhalten.

Wer einen Computer benutzt, schickt bitte, unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms, eine 3,5-Zoll-Diskette und legt einen Druckerauszug bei, auf dem Zwischentitel, Zitate u. ä. gekennzeichnet sind. Auch 5,25-Zoll-Disketten können verabeitet werden.

Die Texterfassung bzw. -bearbeitung wird uns so erheblich erleichtert.

vielen Dank,

die Red.

Eigentumsvorbehalt:

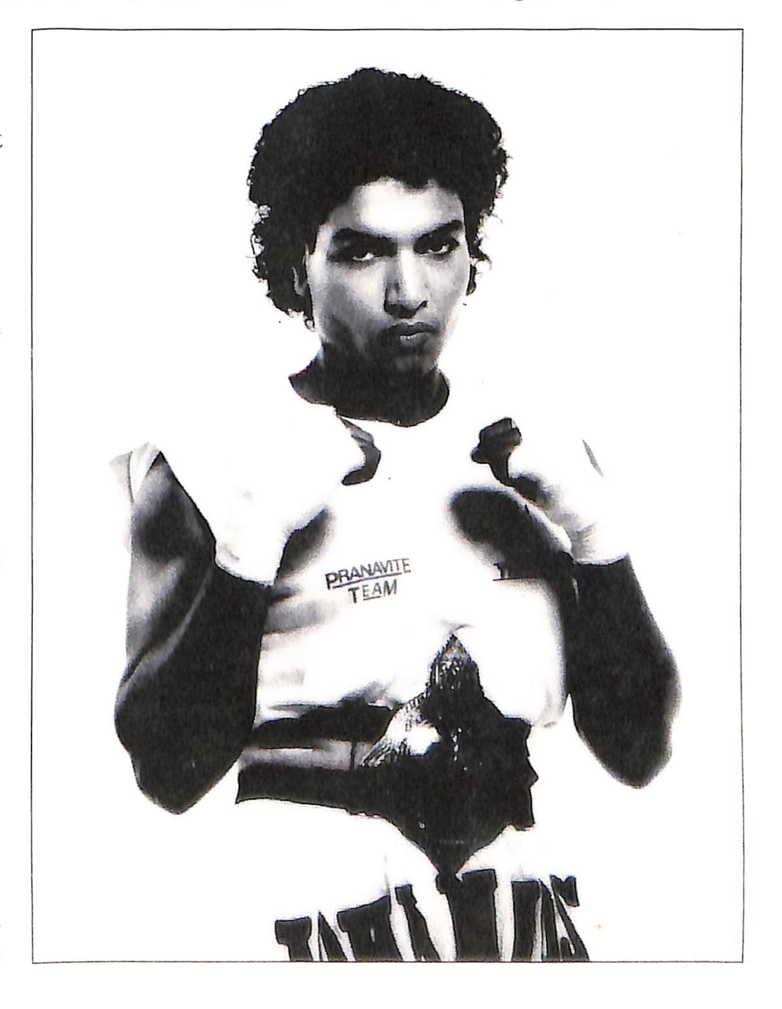
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen oder dem/der Insassen/Insassin persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Sie sind ja Alle zu Hakenkreuze gekrochen

(Arno Schmidt, Brand's Haide, 1951)

Immer größere Teile der postmodernen Intelligenz offenbaren ihren völkischen Realismus. Selbst die Betroffenheit über die rassistischen Morde reproduziert völkisches Denken. Die Praxis der aktiven VolksgenossInnen, die die Theorie der völkischen Elite umsetzen, erschreckt die Verfechter des staatlichen Gewaltmonopols. Es macht sie unempfänglich für die Kritik der bestehenden Verhältnisse. „In der Tat: es gehört ein rational überhaupt nicht mehr zu rechtfertigender ‚Heroismus' dazu, die Opfer zu bringen, die die Erhaltung der bestehenden Ordnung verlangt." „Das letzte Wort spricht nicht mehr die ‚Natur', sondern der Kapitalismus, so wie er in Wahrheit aussieht. Wir stehen in der letzten Etappe des Weges, wo diese Theorie die verklärenden Schleier fallen läßt und das wahre Gesicht der Gesellschaftsordnung enthüllt"(H. Marcuse, Paris 1934).
Das die „neue" Barbarei immer noch die alte ist, sie lediglich den humanistischen Schein über dieser Gesellschaft hinwegfegt, zeigt lediglich, daß von dieser kapitalistischen Ordnung nicht allzuviel zu erwarten ist. Dennoch stellt sich nach Ausschwitz die Frage, wie kann die Revolutionierung dieser Verhältnisse aussehen?
Wir legen Wert in diesem Heft auf die Theorie und bringen den 2.Teil des Beitrags von Günther Jacob, „Das bürgerliche Individuum bei Marx". Mit Beiträgen zu Cuba, den Tupamara und Jugoslawien werfen wir einen Blick auf die weitere Entwicklung der „neuen Weltordnung", die doch die alte ist. Die Ereignisse um Rostock und Mölln und die Repression gegen Antifaschisten bilden unseren dritten Schwerpunkt. Dazu eine Erklärung zur Einstellung eines §129a-Verfahrens gegen autonome Antifaschisten.
Daß sich auch bei uns die Verhältnisse ändern, zeigt sich an der Zusammenarbeit von Teilen der Klirr-Redaktion, die in dieser Ausgabe in unserem neuen Fototeil schon ihren Niederschlag findet.
Ab der nächsten 17°C-Ausgabe heißt das: wir erscheinen mit einem größeren Seitenumfang (für die, die es noch nicht gemerkt haben, auch dieses Heft ist schon das bisher umfangreichste).
Es gibt einen Fototeil von Teilen der ehemaligen Klirr-Redaktion
Der Preis ab der nächsten Ausgabe wird 6 DM betragen. Für unsere Abo-Kunden gibt es dann 4 mal 17°C für 25 DM (inkl. Porto) gegen Vorauszahlung.
Wir denken, daß Qualität ihren Preis hat und hoffen, daß wir da nicht alleine stehen. In diesem Sinne „Nie wieder Deutschland" – Liberté. Egualité. Fraternité!

die Redaktion



Lucia Rijkers, WM-Titelträgerin Kickboxen

Who will the West XXX next



Zur Zeit stimmen wohl große Teile der westlichen Intelligenz – auch der deutschen völkischen Linken – einer Intervention des Westens in Jugoslawien als einzigem Weg, um mit der Sauerei in Sarajevo aufzuräumen und damit auch endlich mit den Serben abzurechnen, zu. Die Intervention des Westens ist aber das Problem und nicht die Lösung, so Joan Phillips, deren Text im August 1992 in „Living Marxism" erschien und den wir hier in einer leicht abgeänderten und gekürzten Fassung abdrucken. Dies gerade in einer Zeit, in der man sich, in Bezug auf Jugoslawien, des Eindrucks einer gleichgeschalteten deutschen Presse nicht erwehren kann. In solch einer Situation ist Feindpropaganda immer sehr informativ.

Who's to blame?
Die westlichen Mächte intervenierten schon die letzten Jahre in Jugoslawien und sind verantwortlich für die Ursachen des Konflikts, der inzwischen auf Bosnien übergegriffen hat. Jede weitere Einmischung des Westens kann die Dinge nur noch schlimmer machen.

„Der verhexte Balkan"
Die Geschichte wurde für vieles verantwortlich gemacht, was in Jugoslawien passiert. In einer Reaktion auf die Belagerung Sarajevos wurde im Editorial des „Economist" noch einmal das Argument vorgebracht, die Geschichte sei zurückgekehrt, um den Balkan zu verhexen:

„Die Menschen des Balkans sind von einem Haß angetrieben, welcher hunderte von Jahren zurückreicht. Katholiken bekämpfen Orthodoxe seit 1221. Serben erinnern sich ihrer Niederlage gegen die Türken im Jahre 1389, als wäre es gestern gewesen. Obwohl die Stämme vermischt, manchmal sogar untereinander verheiratet sind, verschwand weder die Intensität ethnischer und religiöser Rivalitäten noch die Bestialität mit welcher diese ausgedrückt werden" (4. Juli 1992).
Aus dieser Sicht heraus, ist Geschichte ein einziges langes Kontinuum, in dem sich die Strukturen der Vergangenheit permanent wiederholen.
Ist es wirklich der Fall, daß katholische Kroaten und orthodoxe Serben sich einander aufgrund eines 700 Jahre alten Schismas bekämpfen? Die Dummheit, mit der versucht wird die Dynamik eines Konflikts am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Bezug zu Ereignissen am Anfang des 13. Jahrhunderts zu erklären, sollte eigentlich offensichtlich sein.

Warum gerade jetzt?

Die allgemeine Betonung der Wiederkehr von vergangenen Problemen in der Gegenwart erfordert eine andere Frage, die bis jetzt noch niemand beantwortet hat: Warum gerade jetzt? Die Vertreter der These, daß sich Geschichte permanent wiederholt, können nicht erklären, warum es gerade heutzutage passiert. Wenn dieser nationalistische Haß schon immer existierte, warum ist er so plötzlich in einem Blutbad ausgebrochen, nachdem er ein halbes Jahrhundert im Tiefschlaf lag? Warum zerfiel Jugoslawien 1991 und nicht 1951?

„Der Kühlraum"

Das Einzige, was wir als Erklärung angeboten bekommen, ist die Tatsache, daß der Kommunismus zerfallen ist. Seit dem Ende des Kalten Krieges wird uns erzählt, daß der Nationalismus aus dem Kühlraum herausgenommen und alter ethnischer Haß wiederbelebt wurde, um den Balkan wiedereinmal in Flammen zu setzen. Welche magischen Kräfte besaßen die alten Stalinisten, die Osteuropa führten? Dies würde bedeuten, daß sie Gefühle unterdrücken konnten, die ja, so wird uns gesagt, dämonisch stark sind.
In Wirklichkeit dürfte die Krise in Jugoslawien sehr wenig mit der entfernten Vergangenheit zu tun haben. Im Gegenteil, sie wurzelt in der Realität der Gegenwart. Bevor der Krieg begann, sahen dies auch die Historiker des Balkans sehr klar. Christopher Cviic hatte im Mai 1991 festgestellt, daß „das was Jugoslawien auseinanderreißt, der Zusammenstoß über die gegenwärtigen Interessen ist und nicht die alten ethnischen und religiösen Vorurteile. Die Vergangenheit ist wichtig, aber die Gegenwart ist noch wichtiger" (Independant, 15. Mai 1991). Ein Verständnis der Herkunft dieses zeitgeschichtlichen Konflikts ist zentral, um wenigstens Teile der Dynamik hinter dem Zerfall Jugoslawiens zu verstehen. Insofern es regionale und lokale Faktoren gab, die zur Balkanisierung Jugoslawiens beitrugen, so war es der ökonomische Wettbewerb untereinander und nicht ethnische Konflikte. Der Wettbewerb um Ressourcen wurde durch nationalistische Politiker in den konkurrierenden Republiken in einen ethnischen Konflikt umgewandelt. Im Gegenzug explodierte dieser ethnische Konflikt in einem allumfassenden Bürgerkrieg erst nach der Intervention von Mächten außerhalb Jugoslawiens.

Konkurrierende Ansprüche

Die Knappheit an Ressourcen, unter der Jugoslawien litt, erzeugte unvermeidlicherweise Konkurrenz, da nie genügend vorhanden war. Als Folge davon war Jugoslawien gekennzeichnet durch tiefgreifende Ungleichheiten zwischen den Klassen. Zusätzlich nahm die Konkurrenz um die Ressourcen, aufgrund der tiefgreifenden ökonomischen Differenzierung zwischen den jugoslawischen Republiken, eine regionalisierte Form an. Es scheint ironisch, daß heute der Mythos von der wirklich harten Zeit für Kroatien und Slowenien im alten Jugoslawien entstand und dies als Grund für das Verlassen der Föderation angegeben wird. Denn tatsächlich waren sie die privilegiertesten Republiken in Jugoslawien. Sie hatten den höch-



westlichen Marktökonomien hatten den Effekt der Ausweitung der regionalen Spaltung. Die zunehmende Einführung marktwirtschaftlicher Reformen über einen Zeitraum von mehreren Jahren durch die alte Bürokratie bevorzugte die Minderheit der bessergestellten Republiken, brachte aber nur wenige Vorteile für die schlechtergestellte Mehrheit.

Ungleiche Gewinne

Slowenien wurde bekannt als „kleines Österreich", während Kroatien die Bande mit Deutschland zementierte. Die anderen Republiken siechten in ökonomischer Rückständigkeit dahin, aber nicht, weil die Führer der ärmeren Republiken hingebungsvolle Zentralisten waren. Es trifft wohl zu, daß die Bürokratie in ihrer Unterstützung für die marktwirtschaftlichen Reformen vereint war. Das Problem jedoch war, daß unterschiedliche Gewinne auf dem Markt in den Republiken gemacht wurden.

sten Lebensstandard und die niedrigste Arbeitslosigkeit, den größten Anteil am nationalen Wohlstand und die besten Verbindungen zu den westlichen Marktökonomien. Während Slowenien 8% der Bevölkerung Jugoslawiens stellte, bekamen sie 25% des Nationaleinkommens zugewiesen. Unterdessen litten die unterentwickelten südlichen Republiken unter dem anderen Extrem. Während nur 2% der Arbeitskräfte Sloweniens arbeitslos waren, waren es im Kosovo 56%, in Mazedonien 27%, in Montenegro 25%, in Bosnien 24% und in Serbien 18% (H. Lydall, Jugoslawien in der Krise).

Der zunehmende Einfluß des Weltmarktes auf Jugoslawien und die engeren Beziehungen zu den

Damit hatten die Reformen den Effekt wachsender regionaler Differenzierung und der Anfeuerung ökonomischer Spannungen. In diesem Sinne lieferte der Markt einen großen Beitrag zur Fragmentierung Jugoslawiens entlang regionaler Linien. Die Basis für einen Bürgerkrieg zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden wurde lange bevor die westliche Intervention den Konflikt zwischen Kroatien und Serbien auslöste, bereitet. Denn als die regionalen Ungleichheiten sich immer weiter verfestigten, begannen die reicheren Republiken die Unterstützung für die Ärmeren zu verweigern. Sie beschwerten sich darüber, daß sie ihre Ressourcen, in Form von Entwicklungshilfe, föderativen Projekten, nationa-

ler Verteidigung und nationaler Katastrophenhilfe an Serbien und die anderen Republiken umverteilen mußten. Mit der Beschuldigung, die anderen Republiken wären rückständig und faul, begannen Slowenien und Kroatien protektionistische Maßnahmen umzusetzen, um die Einkünfte und Investitionen in den eigenen Republiken zu behalten. Handelskriege wurden häufiger, als die regionalen Bürokratien „Kauft national!"-Kampagnen und Boykotte „ausländischer" Waren organisierten. Slowenien und Kroatien strebten nach größerer Autonomie innerhalb der Föderation, damit sie an den eigenen Gewinnen festhalten konnten und damit die Umverteilung in die anderen Republiken verhindert werden konnte. Sie begannen damit, auf der souveränen Kontrolle ihrer Haushalte, Gesetzgebung und Verteidigung zu beharren. Seit den späten 80er Jahren drohten sie mit der Abspaltung, falls sie nicht eine konföderative Verfassung bekämen, die ihnen volle Souveränität böte. Letzendlich erklärten sich am 25. Juni 1991 Slowenien und Kroatien einseitig für unabhängig.

Die Zersplitterung Jugoslawiens beschleunigte sich unter dem Einfluß der Marktwirtschaft. Das gefeierte westliche Marktsystem war aber genausowenig in der Lage, eine lebensfähige nationale Ökonomie zu etablieren, wie zuvor die Planwirtschaft. Faktisch nahm der Markt Jugoslawien, mit ein bißchen Hilfe der westlichen Mächte, auseinander.

Der nationalistische Aufschwung

Die Durchsetzung des Marktes in Jugoslawien vertiefte nicht nur die wirtschaftliche Teilung zwischen den Republiken, sondern sie ermutigte auch das Wachsen des nationalen Partikularismus in den reicheren Republiken. Heute wird der serbische Nationalismus für die Zerstörung Jugoslawiens verantwortlich gemacht. Aber der Aufstieg des Nationalismus in den letzten Jahren begann in den privilegierten Republiken Slowenien und Kroatien, jenen Republiken mit den engsten Verbindungen zum Westen und zum Weltmarkt.

Sloweniens früherer kommunistischer Parteiführer Milan Kucan war der erste Politiker, der sich selbst in die Nationalflagge einwickelte und nationale Autonomie forderte. Er wurde gefolgt von kroatischen Parteiführern, die ebenfalls begannen, die nationalistische Trommel zu schlagen und nationale Souveränität forderten. Auf der einen Seite scheint die Wende zum Nationalismus in Slowenien und Kroatien eine List der alten Bürokratie zu sein, um ihre Zukunft zu sichern, ermutigt durch die Regionalisierung Jugoslawiens unter dem Einfluß des Marktes. Für die Politiker des Nordens war die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit der beste Weg, um die privilegierte Position ihrer Republiken zu beschützen. Auf der anderen Seite war der Nationalismus, welcher durch Serbiens Slobodan Milosevic unterstützt wurde, obwohl auch dazu geschaffen seine eigene Haut zu retten, der eines ökonomischen Verlierers, der auf die wachsende übertriebene Selbstsicherheit der reicheren Republiken antwortete.

Zu Beginn des Jahres 1991 hatten die Beziehungen der Republiken untereinander durch die Drohung Sloweniens und Kroatiens, sich abzutrennen, einen Tiefstand erreicht. Aber selbst in dieser späten Phase wurde ein Bürgerkrieg nicht für möglich gehalten. Im Rückblick läßt sich darüber streiten, ob die beiden ernsthafte Abtrennungsabsichten hatten oder nicht. Es scheint immer noch der Wunsch nach Verhandlungen, nach irgendeiner Art konföderativer Ordnung dagewesen zu sein.

Wenn die Führer der Republiken immer noch nicht sicher waren, ob sie aufs Ganze gehen sollten, so war die Bevölkerung ganz sicher nicht enthusiastisch über die Abtrennung. Die Meinungsumfragen im Sommer 1991 zeigten, daß 50% der Bevölkerung in Kroatien eine sofortige Abtrennung bevorzugten, während immerhin 45% mehr Verhandlungen wollten. In Slowenien waren 44% dafür und 34% dagegen. Es gab also einen bedeutenden Teil der öffentlichen Meinung in beiden Republiken, die nicht von den Argumenten der Sezessionisten überzeugt waren.

Die Intervention der westlichen Mächte war entscheidend für die Polarisierung und Spaltung innerhalb Jugoslawiens. Bis zum schicksalhaften Sommer waren sie vereint im Ruf nach dem Zusammenhalt Jugoslawiens. Was sie mehr als alles fürchteten, waren die destabilisierenden Konsequenzen des Auseinanderfallens der Föderation für den Rest Europas. Sie realisierten, daß wenn die internen Grenzen Jugoslawiens in Frage gestellt würden, die gesamte Nachkriegsordnung auseinanderfällt.

Der Wink aus Deutschland

Mit der Unterstützung der Unabhängigkeit der beiden Republiken, machte Deutschland deutlich, daß Jugoslawien jetzt zerfallen wird. Bonns Hingabe an Kroatien und Slowenien bedeutete, daß jetzt keine Kompromisse mehr möglich waren. Wenn die beiden Republiken noch unsicher waren, ob sie es alleine schaffen würden, wurden diese Bedenken zerstreut durch die Unterstützung, die sie durch Helmut Kohls Regierung erhielten. Es gibt wenig Zweifel daran, daß Zagreb mit der Unabhängigkeitserklärung voranpreschte, sobald sie die Zustimmung aus Bonn hatten. Im Rahmen eines Monats wurde eine in Bewegung befindliche Situation in einen rigiden Konflikt zwischen Kroatien und Serbien verwandelt. Die Intervention Deutschlands hat nicht nur einfach die Teilung in Jugoslawien forciert, sondern auch den Balkan zum Brennglas der Konkurrenz innerhalb des westlichen Lagers gemacht, was wiederum weitere teilende Folgen für die Region hatte. Sobald sich Deutschland entschieden hatte, daß dies das Thema war, mit dem es seine Führungsrolle in Europa

bekräftigen konnte, war es unvermeidbar, daß Jugoslawien das Opfer der Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten wurde.

Die Spaltung vertiefen

Der erste unglückliche Effekt der westlichen Intervention war die Zweiteilung Kroatiens. Die Abtrennung Kroatiens von der jugoslawischen Föderation ließ eine 600 000 Menschen starke serbische Minderheit in einem Staat gestrandet, der schon vorher signalisiert hatte, daß er ihre Rechte mißachten würde. Die Serben in Kroatien wurden im steigenden Maße durch die nationalistische Politik, die von Franjo Tudjmans kroatischem Regime verfolgt wurde, seit es die Macht im März 1990 übernommen hatten, entfremdet. Die Reaktion der Serben in der Krajina und anderswo auf die abtrennenden Schritte in Zagreb war die Deklaration ihrer eigenen Regionen als autonom. Das Schicksal der serbischen Minderheit bewies, daß es ein emotionales Thema für das Belgrader Regime war, um seine Intervention in Kroatien zu rechtfertigen. Als nächster Schritt wurde Jugoslawien in der Mitte gespalten. Ein Bürgerkrieg zwischen Kroatien und Serbien war unvermeidlich, als Deutschland begann, auf die Anerkennung zu drängen. Mit dem Wissen, daß es die Rückendeckung des mächtigsten Staates in Europa hatte, verweigerte Kroatien jegliche Zugeständnisse.

Die Schuld auf Belgrad

Hatte man erstmal die beiden Republiken einander an die Kehle gehetzt, ging Deutschand dazu über, die Schuld Serbien zuzuschieben. Bonn begann damit, den Konflikt als Frontenkrieg darzustellen. Auf der einen Seite stand Kroatien: westlich, demokratisch, katholisch, zivilisiert. Auf der anderen Seite stand Serbien: östlich, kommunistisch, orthodox, barbarisch. Mit der Betonung des balkanischen Charakters des Bürgerkriegs folgten die anderen westlichen Mächte der Dämonisierung Serbiens.
Die dritte Konsequenz der westlichen Intervention war die Spaltung Bosnien-Herzegowinas in drei Lager: Serben, Kroaten und Moslems. Die Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch Europa und Amerika wirkte als Ansporn für Bosnien, die Abtrennung von Jugoslawien anzukündigen. Dies, im Gegenzug, führte zu steigenden Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen. Dies in einer Republik, welche für 40 Jahre den Ruf einer harmonischen Kooperation zwischen den Nationalitäten behielt.

Die Vorreiterrolle

Das grüne Licht für den Ausbruch der Feindseligkeiten war die Anerkennung der abbrechenden Republik durch die USA am 7. April 1992. Amerikas plötzliche Bekehrung zum anti-serbischen Feldzug hatte nichts mit den Ereignissen in Bosnien zu tun. Es war ein Akt des diplomatischen Stirnbietens, mit der einzigen Absicht, die Führungsrolle auf Kosten Deutschlands zu etablieren. Die Ausweitung des Bürgerkrieges auf Bosnien scheint mit der Teilung Bosniens zwischen Serbien und Kroatien enden zu können. Beide Seiten haben ungefähr eine Schar von 50 000 Kämpfern, obwohl die Einseitigkeit der westlichen Befehle nur gegen Serbien den Eindruck erweckt, als hätten die Kroaten nie einen Fuß in die Republik gesetzt. Beide Seiten haben ihre eigenen autonomen Regionen innerhalb Bosniens deklariert, als Vorspiel für die Formalisierung der Teilung.
Eine klare Teilung ist die bevorzugte Lösung in Zagreb und Belgrad. Aber Bosnien kann sich am Ende in einer Situation wiederfinden, in der es in unendlich viele kleine ethnische Einheiten zersplittert ist. Die Pläne der europäischen Gemeinschaft, Bosnien zu kantonisieren, drückt die Logik des Desintegrationsprozesses aus, welcher mit der westlichen Unterstützung für die Abtrennung Sloweniens und Kroatiens begann.
Die westliche Intervention hat die ethnischen Konflikte quer durch Jugoslawien, sogar quer über den Balkan, angestachelt. Nach Bosnien könnte sich der Konflikt weiter ausbreiten und Serbien, Montenegro, Mazedonien und natürlich vor allem den Kosovo, wo moslemische Gruppen schon ihre eigenen autonomen Regionen deklariert und ihren Wunsch nach dem Zusammenschluß in einer Föderation signalisiert haben, hineinziehen. Dieses ethnische heiße Eisen kann sich sehr schnell über die Grenzen von Jugoslawien ausbreiten und Albanien in ein weiteres Blutbad reinziehen.

Das Pulverfaß Balkan

In der Zwischenzeit wartet Mazedonien auf die westliche Anerkennung, die aufgrund der heftigen Opposition Griechenlands bis jetzt verzögert wurde. Athen befürchtet, daß Skopje territoriale Ansprüche auf das griechische Territorium erhebt und daß die Anerkennung die Beziehungen zur eigenen mazedonischen Minderheit schwer belastet. Die leicht entzündbare mazedonische Frage kann sehr schnell zu einer explosiven Entwicklung quer durch den ganzen Balkan führen, in die Serbien, Griechenland, Bulgarien, die Türkei und Albanien verwickelt werden. Neben der Möglichkeit größerer Aufstände in diesen Gebieten ist ebenso das Schicksal der ungarischen Minderheit in der serbisch kontrollierten Provinz Vojvodina ein Grund zur Sorge in Budapest. Wo wird dies alles enden?
Eines dürfte sicher sein: wenn der Westen irgendetwas damit zu tun hat, so wird es erst enden, wenn der ganze Balkan in Einzelteile zerissen ist. In jeder Stufe der Jugoslawien-Krise diente die westliche Intervention der Polarisierung regionaler Konflikte und entfachte ethnische Teilungen. Selbst wenn der Westen sich weigerte, überhaupt noch was mit Jugoslawien zu tun zu haben, so hat er doch genügend getan, um die Balkanisierung des ganzen Landes zu garantieren. ■



PRESSEERKLÄRUNG (Abschrift)

Montag, 5. 10. 1992 Nicolaikirche, Ost-West-Straße:
Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde in diesem Land eine Entwicklung entfesselt, die in der Zielsetzung mündet:

Deutschland, Deutschland über alles.

Dieses neue/alte Motto deutscher Großmachtpolitik wurde durch die bewußte Teilung des faschistischen Deutschen Reiches fünfzig Jahre lang verhindert. Die Politik um die Vorherrschaft im globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf und die Etablierung als Führungsmacht Europas ist deutsches Leitmotiv. Fünfzig Jahre nach dem Nationalsozialismus wird deutsche Außenpolitik wieder mit unglaublicher Aggressivität geführt. Die eigenmächtige EG-Politik, die einseitige Anerkennung des ehemaligen faschistischen Waffenbruders Kroatien, die Entsendung von Kriegsschiffen an die Adria, die Forderung nach einem festen Sitz im UN-Sicherheitsrat und die Forderung nach Mitbestimmung allen weltpolitisch Relevanten sind hierfür Beleg. Mit der Wiedervereinigung wurde Deutschland feierlich aus der geschichtlichen Verantwortung des Nationalsozialismus entlassen. Damit wurde die Grundlage geschaffen für die Großmachtpolitik, den neuen Nationalstolz und für die Bildung der nationalen Volksgemeinschaft. Daß diese Volksgemeinschaft Willens ist, sich all jener zu entledigen, die ihre Interessen behindern oder als unbefugte Teilhaber am deutschen Reichtum ausgemacht werden, belegen die rassistischen Progrome von Hoyerswerda, Mannheim, Rostock,... Nichtdeutsch heißt unbefugt.Was vor fünf Jahren noch Forderung der äußersten Rechten war, ist heute wieder Allgemeingut deutschen Denkens und deutscher Politik: „Deutschland den Deutschen".

Was in Deutschland vor sich geht, ist eben nicht ein kurzfristiges Erstarken rechtsextremer Randgruppen durch verschlechterte soziale Bedingungen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Hinwendung zu völkisch/ nationalen Denkmustern. Diese Denkmuster beinhalten die rassistische Hetze und produzieren bei anhaltend ausbleibendem Widerstand Faschismus. Die Vorbereitung der Herrschenden militärisch wieder aktiv zu werden, dürfen nicht schon wieder ignoriert werden. Die deutsche Großmannssucht muß in ihre Schranken verwiesen werden. Dies ist die Grundvoraussetzung, um überhaupt noch an eine gerechte Weltordnung denken zu können, deshalb:

DO IT AGAIN, BOMBER HARRIS

Dies ist für uns die einzig richtige Antwort und sie gehört genau dort hin, wo der Kampf gegen den deutschen Faschismus seine Spuren hinterlassen hat. Sir Arthur Travis Harris verfolgte als Chef der britischen Bomberverbände von 1942 bis 1945 das Ziel, Deutschland „in eine Wüste zu verwandeln". Auch fünfzig Jahre nach seinem Dienstantritt hat diese Losung nichts von ihrer Richtigkeit verloren.



Krauts to Hell

Ende August 1992 fand in Lichtenhagen das größte Pogrom in Deutschland seit der Reichspogromnacht 1938 statt. Hoyerswerda und Mannheim-Schönau stehen für weitere pogromartige Ausbrüche des deutschen Volkszorns, die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind kaum noch zu zählen, Verschärfungen von Gesetzen und Lebensbedingungen für Flüchtlinge und MigrantInnen sind Alltag. Antisemitische Anschläge haben Konjunktur und korrespondieren mit verbalen „Verunglimpfungen" gegenüber jüdischen Repräsentanten[1]. Angesichts des sich aktuell austobenden Rassismus und des sich verschärfenden Antisemitismus ist die inhaltliche wie praktische Reaktion großer Teile der Restlinken eher eine peinliche Veranstaltung.

„Richtige Anliegen" – „Falsche Gegner"

Einer großen Beliebtheit als Erklärungsansatz erfreut sich in der Restlinken, auch gerade bei Autonomen und Antifas, die sogenannte 'Soziale Frage', daherkommend als Verelendungsthese, die zwangsläufig Rassismus und Pogrome erzeuge. Die damit verbundene Entschuldung der TäterInnen ist allzuoft nicht nur gewollt, sondern geradezu Voraussetzung, um die Lösungsvorschläge an das Objekt der eigenen politischen Begierde loszuwerden. Diesen entrechteten und geknechteten Massen, die aus lauter Verzweiflung und Unwissenheit auf 'die Falschen' eindreschen, muß für ihre an sich 'berechtigten Anliegen' nur der richtige Gegner in Form von 'Bonzen', Politikern, Banken und Maklern präsentiert werden. Ansonsten muß mensch sich noch bemühen, diese 'Unwissenden' darüber aufzuklären, daß die Probleme, die die Flüchtlinge bereiten, gar nicht so schlimm sind, wie von den bösen Politikern immer behauptet. Ist es Naivität oder politische Blödheit, die nicht wenige der Linken angesichts der rassistischen Angriffe dazu treibt, ernsthaft die Forderung aufzustellen, daß die handelnden deutschen RassistInnen und die Flüchtlinge gemeinsam für bessere Lebensbedingungen kämpfen sollten?
Klügere Ansätze thematisieren immerhin den aus der ökonomischen Vormachtstellung der Metropolen resultierenden struktuell vorhandenen Wohlstandsrassismus, der in den Metropolen einen rassistischen Konsens in Form einer Besitzstandswahrungshaltung gegenüber dem durch 500 Jahre Kolonialismus geschaffenen Elend im 'Rest der Welt' und eine Abschottung gegenüber den zu Recht in die Metropolen strömenden weltweit Ausgebeuteten zur Folge hat.
Was aber auch in diesem Ansatz fehlt, ist die Erkenntnis, welche zentrale Bedeutung für die aggressive Form des Rassismus und Antisemitismus in Deutschland, die sogenannte 'geistige und moralische Wende' der Achtziger sowie die Wiedervereinigung haben.

„Wir sind wieder wer"

Und diese mangelnde Erkenntnis spielt sich vor dem Hintergrund der Geschichte des deutschen Imperialismus ab, in der sich der deutsche Nationalismus, der ein historisch gewachsenes und bewiesenes Bedrohungspotential entwickelt hat, das mit territorialer Größe, ökonomischer Stärke und nationalem Stolz korrespondiert, immer besonders aggressiv gebärdete. Diese politische Kurzsichtigkeit spielt sich desweiteren vor dem Hintergrund von Auschwitz und dessen kollektiver Verdrängung in der Nachkriegsgesellschaft, die erst den satten und miefigen „Wir sind wieder wer"-Konsens angesichts der schnell wiedererrungenen ökonomischen Vormachtstellung in Europa ermöglichte, ab.
Aber die Niederlage des Nationalsozialismus brachte politisch eine Reihe von Restriktionen mit sich, (West) Deutschland wurde zunächst auf die machtpolitische Ersatzbank verwiesen. Nur im 'Kalten Kriegs'-Bündnis mit den Westallierten als Bollwerk gegen den gemeinsamen kommunistischen Feind durfte es mitspielen, wobei es nur sehr eingeschränkt über Spielgerät verfügen durfte. Mit dieser beschränkten Rolle konnten und wollten sich die maßgeblichen Kräfte in Deutschland auf Dauer nicht zufrieden geben.[2]
Ein wichtiger Schritt dazu war die 'Runderneuerung' der Politik nach innen und außen Ende der Sechziger. Dies war angesichts der Beendigung des offenen 'Kalten Krieges' gegen 'den Osten', erster Risse im 'Wirtschaftswunder' sowie die durch die APO aufgeworfenen Fragen nach der Verdrängung der Naziverbrechen und der 'Verstaubtheit' der deutschen Gesellschaft auch notwendig.
Mit der 'neuen Ostpolitik' öffneten sich die Ostmärkte, bei denen Deutschland wegen seiner Lage und Wirtschaftskraft jetzt die Nase vorn hatte. Strategisch war die 'neue Ostpolitik' ein wesentliches Mittel, 'den Osten' langfristig aufzurollen („Wandel durch Handel"). Die 'Anerkennung von Verbrechen im deutschen Namen und Reue' war dafür eine Bedingung und brachte Glaubwürdigkeit nach innen und außen. Die 'Modernisierung der Demokratie' versöhnte langfristig viele der Unzufriedenen, nachdem sie erstmal mitmachen durften und wollten[3].
Dieses 'Modell Deutschland' übernahm nun auch politisch die Führungsrolle in Europa. An deutschen Vorgaben für künftige Herrschaftstechniken sollte die Wirtschafts-EG zur politischen Union weiterentwickelt werden.

„Der Schatten der Geschichte"

Was noch fehlte, um zukünftig endlich völlig gleichberechtigt im Konzert der Großen mitspielen zu können, war das Abschütteln der verbliebenen Restriktionen und der damit verbundene Abbau von Vorbehalten, ob Deutschland 'denn nun wirklich geläutert sei und aus dem Nationalsozialismus gelernt habe', mensch mußte aus 'dem Schatten der Geschichte' treten. Dies war die wesentliche Funktion des Wechsels von Schmidt zu Kohl, der angetreten war, die 'geistige und moralische Wende' in die Tat umzusetzen. Leider wurde er diesbezüglich von niemandem ernstgenommen, geschweige denn bekämpft.
Das ansonsten wenig interessante Städtchen Bitburg in der Pfalz steht für einen bedeutenden Schritt aus diesen 'Schatten der Geschichte'. Zusammen mit dem damaligen US-Präsidenten Reagan besuchte Kanzler Kohl 1985 den dortigen Wehrmachtsfriedhof. 47 dort begrabene Waffen-SSler wurden gleich mitgeehrt, in der stattfindenen öffentlichen Debatte wurde die Waffen-SS offensiv zum normalen Bestandteil der Nazi-Wehrmacht erklärt, und 'die war ja schließlich eine Armee wie jede andere'.[4] Proteste dagegen beschränkten sich im wesentlichen auf jü-



dische Organisationen, auch die meisten deutschen Linken haben dieses Ereignis in seiner geschichtsrevisionistischen Dimension nicht erkannt und schon gar nicht einen Widerstand dagegen entwickelt.
Zeitgleich wurde die Rede von Bundespräsident Weizsäcker zum 8. Mai, in der er in salbungsvollen Worten einige Selbstverständlichkeiten bezüglich der Verbrechen des Nationalsozialismus offiziell verkündete[5], in der er aber auch andeutete, welche Rolle dieses 'geläuterte Deutschland' im Namen von Frieden und Freiheit künftig wahrzunehmen gedenkt, insbesondere von Liberalen und Teilen der Linken gelobt. Weizsäcker und Bitburg waren eine Seite der Medaille.
Im Historikerstreit 1986/87 wurden die Grundlagen für die Herausbildung eines 'neuen' Nationalbewußtseins gelegt. In diesem Streit wurden die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere die Singularität von Auschwitz, relativiert. Der Kern der Botschaft der Noltes, Stürmers, Nipperdeys u.a., die sie vor allem über die Feuilletons von FAZ und ZEIT verkündeten, war, daß die Nazis eine Bewegung waren, die gegen das kommunistische System auf den Plan trat, der 'Rassenmord' der Nazis war nur eine Folge des bolschewistischen 'Klassenmordes'. Letzlich vollbrachten die Nazis eine „'asiatische' Tat (!) vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten" (Nolte). Die Judenvernichtung ist in dieser Logik eine „präventive Bekämpfung von Feinden". Der Deutsche letzlich als Opfer und Auschwitz eigentlich eine 'undeutsche' Handlung, mit dieser Geschichtsbetrachtung konnte Deutsche/r 'gereinigt' nach vorne gucken.

Nationale Selbstbestimmung

Ab 1986 setzten relevante Teile der (west-)deutschen Herrschenden darauf, Deutschland nicht nur zu denken, sondern absehbar auch wieder zu kriegen.[6] Ab Frühjahr 1989 beherrschte die sogenannte 'offene deutsche Frage' die Innenpolitik. Die FAZ ahnte es im Mai '89: „Auch die Mauer, die uns Deutsche trennt, wird fallen." Die Chance des 'Einigen Deutschland', womit die Aufhebung aller Restriktionen und damit die endgültige Beseitigung aller Folgen der Niederlage des Nationalsozialismus verbunden war, bestimmte spätestens ab Herbst '89 die deutsche Politik. Warnende und mahnende Stimmen auch aus den Reihen der herrschenden Eliten, die vor allem die unkalkulierbaren ökonomischen Folgen reklamierten, wurden ins hintere Glied gedrängt, es herrschte das 'Primat der Politik'. Es ist naiv, zu meinen, daß die 'Vollstrecker der schnellen Einheit' ihre eigene Propaganda, 'Wohlstand für Alle durch die Wiedervereinigung', geglaubt haben. Die Mischung aus nationalem Getöse und wirtschaft-

lichem Wunderglauben war aber sehr nützlich, um eine massenhafte Begeisterung für die nationale Selbstbestimmung zu erreichen.

„Selbstbestimmt marschiert der deutsche Imperialismus"

Mit der Wiedervereinigung bekam der nationalistische Prozeß eine neue Dynamik. Für alle, die es wissen wollten, drohte Kohl in seiner Regierungserklärung vom 30. Januar 1991: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten". Mit der Kampfparole 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' zeigte Deutschland mit seiner aggressiven Jugoslawienpolitik, wie es sich sowas zukünftig vorstellt. Daß es sich dabei zeitweise in scharfen Gegensatz zu den anderen imperialistischen Großmächten begab, kündete von dem neuen Selbstbewußtsein, weltpolitisch eigene Interessen zu formulieren und zunehmend auch umzusetzen. Verstärkt drängt es darauf, seiner neuen machtpolitischen Rolle gemäß endlich auch militärisch in die Offensive zu kommen. Unter welcher Option auch immer, Deutschland will endlich kriegsfähig werden. Nach dem Zerfall des RGW geht es im Osten Europas um die Neuaufteilung von Gebieten, die zumindest teilweise über Jahrzehnte dem Imperialismus nicht unbegrenzt zur Verfügung standen. Und Deutschlands Chancen, in dieser Region Führungsmacht zu werden, sind wegen ihrer historischen Beziehungen und ihrer ökonomischen Bedeutung gut. Aber eine Führungsmacht muß letztlich auch in der Lage sein, in 'ihrer' Region Ordnung zu schaffen.

Für eine derartige Interessenpolitik, die dem eigenen 'Volk' womöglich finanzielle und andere Nachteile abnötigt, ist eine willige, auf nationale Interessen ausgerichtete Bevölkerung notwendig. „Die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten" kündigte Rühe es an. Und wohl wissend, daß der Mensch Ideale braucht, wenn er seinen/ihren Arsch in den Wind halten soll, stellte er fest, daß Soldaten „nicht nur ausreichenden Sold" bräuchten. „Sie müssen das Gefühl haben, diesen Einsatz für Deutschland zu vollziehen". Nun ja, bis dahin ist es noch ein Stück des Weges. Denn angesichts von mehr als 40jähriger aufgenötigter Kriegsabstinenz muß in diesem Bereich bei der deutschen Bevölkerung noch einiges bewegt werden. Aber die Richtung ist klar.

„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein"

Die 'Geschichtsentsorgung' hat mit der Wiedervereinigung und dem 'Sieg über den Kommunismus' eine neue Qualität erreicht. Die Reste der alten DDR wurden zerschlagen, vor allen Dingen in den Köpfen. Wesentlich ist dabei eine Uminterpretierung des Antifaschismus, ein wesentlicher Eckpfeiler der DDR-Existenz. Über die StaSi-Debatte und der Abrechnung mit den ehemaligen DDR-Größen wird ein wesentlicher Beweggrund ihres Handelns kriminalisiert. Wenn die Existenz der DDR schon nicht ganz ungeschehen gemacht werden kann, so soll sie zumindest nur noch mit Verbrechen assoziiert werden. Der in Deutschland traditionell als Quasi-Staatsdoktrin herrschende Antikommunismus hat damit eine 'historische Legitimation' bekommen und sich fast überall durchgesetzt.

Naziverbrechen werden mit den 'Verbrechen' der SU und der DDR auf eine Stufe gestellt. In den Achtzigern faselte Kohl, da ganz 'Volkes Stimme', davon, daß die 'DDR ein großes KZ sei'. Jetzt wird es der Welt vorgeführt: Die KZ-Gedenkstätten werden durch sogenannte 'Gedenkstätten für den kommunistischen Terror nach 1945' 'erweitert'. Terror gleich Terror, die Kommunisten waren genauso schlimm wie die Nazis. Somit wird Auschwitz auch auf der faktischen Ebene zur 'asiatischen' Tat.

Unter den Stichworten 'Kulturnation' und 'Historisierung des Nationalsozialismus' wird seit 1990 der Nationalismus offensiv propagiert. Grundlage dieses 'neuen' Nationalismus ist dabei weiterhin das alte rassistische Konzept eines an der Volksnation anknüpfenden Nationalismus. Auf dieser Grundlage wird der deutsche Nationalismus von jeder Assoziation zu den nationalsozialistischen Verbrechen befreit. So kann endlich auch wieder ganz 'unbefangen' über das Für und Wider der nationalsozialistischen Politik diskutiert werden.[7]

Für das Freisetzen des aggressiven Rassismus und Antisemitismus ist die Veränderung des 'Wir sind wieder wer'-Konsens hin zum 'Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein' konstitutiv.

Öl ins Feuer

Nun endlich kann der deutsche Volksgenosse all das tun, was ihn schon immer umtrieben hat. Die 'nationale Selbstfindung ' muß sich in Taten gegen alles, was als 'artfremd' ausgemacht wird, beweisen. Und dabei erregen die Roma und Sinti den besonderen Hass, entsprechen sie doch in der wahnhaften Wahrnehmumg der Deutschen am wenigsten den eingebildeten eigenen 'Werten' von Fleiß, Ordnung, Sauberkeit und Zielstrebigkeit.

Dabei muß es nach Lage der Dinge Anlaß zur größten Besorgnis sein, daß das Zerplatzen des ökonomischen Wunderglaubens und das allmähliche Bemerken, daß mit der nationalen Selbstbestimmung noch lange nicht die Marktgesetze aufgehoben sind sowie die allmähliche Verschlechterung der sozialen Lage von Teilen der Bevölkerung eine neue 'soziale Bewegung' schafft, die sich zunehmend handfester gegen vermeintliche oder wirkliche 'Unbill' zur Wehr setzt. Diese 'soziale Bewegung', an der faschistische Organisationen offenbar problemlos anknüpfen können, wendet sich in der Abwehr von Verschlechterungen ihrer Lage und in der Verteidigung ihrer Privilegien gegen die als lästige Konkurrenz empfundenen 'hergelaufenen Faulpelze aus aller Herren



Länder'. Diese sich formierende 'soziale Bewegung' konstituiert sich rassistisch und nationalistisch, sie stellt die bestehenden Machtverhältnisse nicht in Frage und verhält sich zur 'nationalen Selbstfindung' wie Öl ins Feuer. Eine antirassistische Linke, wenn es sie denn noch gibt, kann keinesfalls an den Interessen einer Bewegung anknüpfen, die zum Ziel hat, die Flüchtlinge zu vertreiben, sondern muß diese bekämpfen.

„Nützliche Effekte"

Mob und Elite hatten zeitweilig ein gemeinsames Interesse an den Pogromen. Neben den aktuell 'nützlichen Effekten', wie die kalkulierte Abschreckung weiterer Flüchtlinge und das durch den Volkszorn legitimierte beschleunigte Umsetzen von praktischen Maßnahmen, um die 'Ausländerpolitik' den aktuellen Verwertungsbedingungen 'anzupassen'[8], sind die Brutalisierung und Enthemmung der Teilnehmerlnnen der Pogrome sowie die hinnehmende Gewöhnung größerer Teile der Bevölkerung für die Zukunft nützlich. Wer den Feind im Inneren ständig vor Augen hat und es gewöhnt ist, ihn zu bekämpfen und/oder das er bekämpft wird, wird dies auch für den äußeren Feind eher unterstützen, und das werden zukünftig alle sein, die 'unseren Interessen' entgegenstehen.

Erst als das Ansehen Deutschlands weltweit ernsthaft Schaden zu nehmen drohte und dieser aggressive Rassismus und Antisemitismus begann, wirtschaftliche Interessen zu behindern[9], wurde von 'oben' umgeschaltet. Jetzt ist es eine nationale Aufgabe, Schaden vom deutschen Ansehen fernzuhalten. Und dazu sind alle anständigen Deutschen, und das sind eigentlich alle außer der kleinen Minderheit der nazistischen Gewalttäter, aufgerufen. Wie weit der nationale Konsens bzw. die Verkennung der aktuellen 'antirassistischen' Kampagne geht, zeigt die bis in weite Kreise der Restlinken reichende Ablehnung der Aktion von Autonomen, die den reibungslosen Ablauf der nationalen Propagandashow des 'besseren Deutschlands' am 8.11. in Berlin doch einigermaßen störte.[10]

„Antirassistische Bewegung"?

'Unsere' Demokratie muß vor Schaden bewahrt werden. Und dazu gehört vor allem, daß der 'Mißbrauch des Asylrechts und des sozialen Netzes durch nichtberechtigte Schmarotzer aus dem Ausland' endlich aufhört. Darüber sind sich alle einig. Aber über die sinnvollsten Mittel ist mensch sich noch nicht einig. Das Hauptargument fast aller Gegnerlnnen einer Änderung des Asylrechts ist, daß dies für die Beendigung des 'Flüchtlingsstroms' wenig bringen würde, und ergehen sich in diversen Vorschlägen, was dafür viel wirkungsvoller sei. Und der Frankfurter Grüne v.

Plottnitz ist für umzäunte Lager, aus denen dann auch abgeschoben werden kann, wenn nur nicht das Asylrecht verändert werde. Dieser Sorte von RassistInnen sind die Flüchtlinge letztlich scheißegal, denen geht es um ihre zivilisatorische Befindlichkeit. Wie schreibt die TAZ nach dem Massenhappening in Bonn am 14. 11.: „Letztlich geht es gar nicht um Flüchtlinge oder deren Unterbringungsprobleme. Es geht darum, in welcher Republik wir zukünftig leben wollen."

Wie wenig diese aktuelle Welle von 'Fremdenfreundlichkeit' mit einem Kampf gegen den Rassismus zu tun hat, zeigt sehr deutlich, daß gegen das Abkommen zum massenhaften Abschieben der Roma und Sinti so gut wie niemand protestiert hat, von Gegenwehr gar nicht zu reden. Hier regiert offensichtlich der rassistische Konsens, hier greift die massive Hetzkampagne nur allzu deutlich. Letztlich akzeptieren unausgesprochen fast alle, daß 'es von den Roma aber nun auch wirklich zu viele sind', 'wo die doch so gar nicht zu uns passen', 'sich nicht integrieren lassen' und, was das schlimmste zu sein scheint, 'die wollen ja nicht mal richtig arbeiten'. Hiergegen was zu machen, heißt sich mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung anzulegen. Es bedurfte schon einer Aktion von französischen Juden und Jüdinnen in Rostock, damit in der Öffentlichkeit überhaupt deutlich wurde, daß es auch GegnerInnen dieses Abkommens gibt. Von der deutschen Restlinken, und erst Recht von der selbsternannten 'antirassistischen Bewegung' ist diesbezüglich Funkstille zu vermelden.

Antirassistischer Kampf heißt, gegen jede Art von Rassismus und Nationalismus anzugehen. Und dies bedeutet unter den gegebenen Bedingungen, den staatlichen Rassismus und den Rassismus eines großen Teils der Bevölkerung zu bekämpfen. Und eine Restlinke, die nicht als dünnes „linkes" Feigenblatt der „abständigen Deutschen" fungieren will, muß sich genau dies vornehmen.

Bernd Schulz, Gruppe K

Anmerkungen:

(1) So mußte sich der neue Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Bubis, im Fernsehen fragen lassen, ob es angesichts der Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung geschickt sei, ausgerechnet einen Immobilienmakler in solch eine exponierte Stellung zu wählen.

(2) 'Deutschland ist ein ökonomischer Riese, aber politisch und militärisch ein Zwerg. Dies kann auf Dauer nicht angehen', so Strauß Mitte der Sechziger

(3) Bezeichnend für den Zustand der Republik war das Verhalten vieler während des 'deutschen Herbstes 1977' mit den Toten von Stammheim. Der Konsens derjenigen, die der staatlichen Version der Ereignisse in Stammheim glaubten oder glauben wollten, reichte bis in weite Teile der damaligen Linken hinein.

(4) In einer Umfrage waren 72% der Bevölkerung mit der Ehrung in dieser Form einverstanden.

(5) Insbesondere benannte er auch die Roma und Sinti und die Homosexuellen als Opfer nationalsozialistischer Verbrechen, was in dieser klaren Form bis dahin offiziell nicht geschehen war.

(6) „Im Dezember 1986 verkündete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die für die um den deutschen Standort in Geschichte und Gegenwart keine geringe Rolle einnimmt, in einem Leitartikel, nun sei es an der Zeit, die Bezeichnung des Gemeinwesens als 'Bundesrepublik Deutschland' aufzugeben. So habe man in Jahren und Jahrzehnten gegen die Bezeichnung des Landes als 'BRD' angekämpft - und dies mit offensichtlichem Erfolg. Nun sei es aber auch an der Zeit, die Bezeichnung des Landes als 'Bundesrepublik Deutschland' zu kippen - zugunsten eines geographisch-kulturellen Begriffs. Kurzum: Die Bundesrepublik solle jetzt in aller Öffentlichkeit und vor allem in den Medien als 'Westdeutschland' bezeichnet werden. Damit soll das Weltblatt 'Für Deutschland' darauf hinwirken, daß dieser Staat sich seines provisorischen Charakters als Teilstaat vergewissert, als ein Teil dessen, dem es heute wieder verstärkt zuzustreben gilt: Deutschland." (aus 'Dan Diner: Von der Gnade der geschenkten Nation'). Selbstverständlich kann mensch sich dies nicht als geradlinigen Plan und Verlauf vorstellen. Eher muß mensch sich das als ein gespanntes Lauern auf die noch so kleinste Möglichkeit, dem näher zu kommen, vorstellen. Und der Gehilfe Gorbatschow kam ihnen dafür genauso recht, wie es nützlich war, daß die DDR selber immer national war und versucht hatte, an den 'positiven Teilen der deutschen Geschichte' anzuknüpfen.

(7) So wird in der jungen Garde der Historiker neuerdings über die 'positiven Seiten' der NS-Politik, wie z.B. die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nazis (Haider läßt grüßen!), diskutiert. Einer dieser die 'Gnade der späten Geburt' wahrnehmenden Historiker, Rainer Zitelmann, durfte jüngst in der TAZ seine Sicht der Dinge nach Rostock ausbreiten.

(8) Die 'Ausländerpolitik' wurde im Laufe der letzten 20 Jahre ständig den veränderten Verwertungsbedingungen angepaßt, wie z. B. mit dem sogenannten Anwerbestopp 1973, wie mit der Einführung des Asylverfahrensgesetzes 1980 und seinen etlichen Verschärfungen, so daß das Recht auf Asyl faktisch nicht mehr existent ist, jüngst die Einführung der Verkürzung der Aslverfahren auf 6 Wochen, die Einführung der Sammellager, die ständigen Verschlechterungen der konkreten 'Leistungen' für Flüchtlinge, und seit dem 1.11. gilt das Abkommen mit Rumänien, welches die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen ohne gültige Papiere ermöglicht. Dieses richtet sich konkret gegen die Roma.

Was auffällt, ist, daß diese praktischen Maßnahmen früher ohne großes Brimborium technokratisch durchgezogen wurden, während heute jede Maßnahme Anlaß für eine nationalistische Hetzkampagne ist.

(9) So gab es eine Reihe von Erklärungen von diversen Unternehmerverbänden etc., daß diese Art von agressivem Rassismus letztlich einer vernünftigen, den ökonomischen Bedingungen der deutschen Wirtschaft gemäßen 'Ausländerpolitik' schaden würden. Darüberhinaus würde im Ausland inzwischen mehr über die Ereignisse in Deutschland geredet werden, als über die deutschen Produkte. Ein amerikanisches Unternehmen zog sich von einem beabsichtigten Engagement in Ostdeutschland zurück. Die Herren riefen ihr politisches Personal energisch zur Ordnung.

(10) Bis in größere Teile der restlichen radikalen Linken hinein wird vertreten, daß mensch das bei Kohl richtig finden würde, aber doch nicht bei Weizsäcker. Hier greift offensichtlich das Versäumnis vieler Linke/r bezüglich der Entwicklung des 'geläuterten' deutschen Nationalismus.

Gastkommentar

DIE SACHE MIT DER POLIZEI IN ROSTOCK

oder: auch wir lesen Berichte zur inneren Sicherheit

Der Rostocker Rechtsterror gegen das Flüchtlingsheim, beginnend am Samstag, den 22. 8. 92, war Tage zuvor angekündigt. Hierzu Ausschnitte aus zwei Regionalzeitungen, die den Raum Rostock betreffen.
21. 8. 92 OSTSEE-ZEITUNG (zusammengefaßt):
Anruf eines Anwohners aus Lichtenhagen am Dienstag, den 18. 8. bei der Redaktion der Ostsee-Zeitung. Er berichtet, daß eine Bürgerwehr in Lichtenhagen existiert. Aus rechtsradikalen Quellen habe er gehört, daß die „rumänischen Roma aufgeklatscht werden sollen". Der Anrufer sichert der Redaktion der O. Z. seine Unterstützung zu. „Die Rechten haben die Schnauze voll". Weiter wird berichtet, daß der Rostocker Innensenator Magdanz bis zum 20. 8. nichts davon gewußt hätte. Er wolle sich heute (21. 8.) mit der Polizei zusammen setzen um einer Eskalation vorzubeugen.
21. 8. 92 NNN (Norddeutsche Neueste Nachrichten):
Die Redaktion der NNN hatte am Mittwoch, den 19. 8. einen anonymen Anruf von einer „Interessengemeinschaft Lichtenhagen" bekommen: „Am Wochenende räumen wir das Lichtenhagener Asylbewerberheim auf". Dieser Anruf wird in den NNN am 21. 8. veröffentlicht.
Siegfried Kordus war der 1. Einsatzleiter von Ausschreitungsbeginn (22. 8.) bis zum darauffolgenden Dienstag, den 25. 8. 92. In einem Bericht „Aktuelle Fragen der inneren Sicherheit am Beispiel Rostock" schildert er die Entwicklung der rechtsradikalen Szene Rostocks in den letzten zehn Jahren. Dieser Bericht von S. Kordus ist in dem Heft „Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus" enthalten. Herausgeber: Der Bundesminister des Inneren.
Aus dem Bericht des Rostocker Polizeichefs Kordus geht eindeutig hervor, daß das rechtsextremistische Potential in Rostock in keiner Weise unterschätzt werden darf. Als erster Einsatzleiter hat er die Verantwortung für die Koordinierung der Sicherheitskräfte, die ihm unterstehen. Fakt ist, daß am ersten Tag, früher Sonnabend, ca. 30 Polizeibeamte ohne Erfolg versuchten gegen eine überlegende Anzahl von gewaltbereiten Rechtsradikalen vorzugehen. Seit 1982 ist laut Kordus ein deutlich spürbarer, rechtsradikaler Trend unter den Jugendlichen der DDR festzustellen. „Ab 1990 nahmen die Auseinandersetzungen des als extremistisch einzuordnenden Spektrums, in bisher nicht gekannter Härte und Massivität zu." Kordus nennt die rechtsradikalen Angriffe auf das alternative Cafe „Tante Trude", ein besetztes Haus in Rostock. Bei den Auseinandersetzungen kam es zum Einsatz von Schlagstöcken, Wurfgeschossen und Reizgas zwischen Angreifern und den sich verteidigenden Gruppen.
Der Rechtsterror gegen das „linke Hausprojekt" hatte Erfolg. Aufgrund massiver Bürgerproteste und des Aufgreifens der Problematik durch die Massenmedien, wurden die angegriffenen Hausbesetzer geräumt und in ein anderes, leerstehendes Gebäude umgesiedelt.
Weiterhin wurde im Jahr 1990 in Rostock ein Arbeiterwohnheim, in dem rumänische Arbeiter untergebracht waren, durch Rechtsradikale angegriffen. Es wurden Körperverletzungen an Ausländern, Sachbeschädigung an Gebäuden und Einrichtungen begangen. „Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit richtete sich ebenfalls gegen die noch in Rostock lebenden vietnamesischen Bürger. Im Stadtgebiet wurden Karten gefunden, die zur „Ausländervernichtung" aufriefen. Diese Karten waren unterzeichnet mit „Ausländervernichtungskommando Wolf" und enthielten Parolen wie „Wir kriegen euch alle, Deutschland bleibt Deutsch-Sieg Heil" oder „Vitschis werden erdrosselt".
In dem Bericht zur inneren Sicherheit vom ersten Einsatzleiter Kordus, wird deutlich, daß die Polizeiführung aus den Erfahrungen der letzten Jahre, insbesonders der Jahre nach der Maueröffnung, das rechtsradikale Potential sehr wohl einschätzen konnte. Wie kommt es, daß S. Kordus in seinen Bericht vom März 1992 damit endet, „Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das rechtsextremistische Potential in Rostock in keiner Weise unterschätzt werden darf" und er einem Tage zuvor angekündigten Rechtsterror auf Menschen mit 30 Polizisten begegnet, die völlig eingeschüchtert ihren Einsatz leisten?

Paul

Gastkommentar

„ES IST NICHT ZU ÄNDERN"

Über das anscheinend Unvermeidliche am Beispiel der HAMBURGER MORGENPOST

Seit Deutschland wieder ein Land ist, ist viel möglich. Nachdem Mitte des Jahres in Hamburger Tageszeitungen Schlagzeilen wie „Kanzler ärgert sich über Juden-Demos in Ottensen", „Anzeige gegen Unterstützer des Juden-Protestes" und „Hamburgs Polizei fandet nach Juden" zu lesen waren und die HAMBURGER MORGENPOST sich noch vor Wochen verpflichtet zu fühlen schien, die nicht eben sprichwörtliche Fremden- und Ausländerfreundlichkeit der deutschen Bevölkerung zu zügeln, indem sie bezüglich der bevorstehenden „Flüchtlingswelle" aus dem ehemaligen Jugoslawien mahnte: „Erdrückt sie nicht mit zuviel Liebe", waren nun Ende August die Reaktionen der besagten HAMBURGER MORGENPOST auf die pogromartigen Vorfälle in Rostock besonders interessant.

Der Chefredakteur der als „sozialdemokratischen Alternative" zur BILD bekannten MORGENPOST, Wolf Heckmann, kommentiert dort am 25. 8. bezüglich der Vorkommnisse in Rostock unter dem Titel „Alleingelassen": „Leute, die man zu sehr peinigt oder mit ihren Nöten offensichtlich allein läßt, verlieren mehrheitlich den Verstand, ...". Wer nun jedoch glaubt, mit jenen gepeinigten und in der Not alleingelassenen Menschen seien die Verfolgten und tatsächlich bedrohten „Asylanten" gemeint, sieht sich eines besseren belehrt, denn die „gepeinigten" sind laut MORGENPOST, bzw. Wolf Heckmann, die Ostdeutschen: „Die östlichen Bundesländer werden in ihren Nöten weitgehend alleine gelassen und obendrein mit unseren Problemen belastet." Bemerkenswert, daß hier nicht etwa Menschenjagd oder Fremdenhaß, sondern im Gegenteil eben jene Fremden „unsere Probleme" sind, mit denen die östlichen Bundesländer „belastet" werden. In die-



sem Sinne ist dann wohl auch die darauf folgende als emotional gekennzeichnete Äußerung „und diese Feststellung ist verdammt noch mal kein Rassismus: Sinti und Roma aus den Balkanstaaten können eine schwere Plage sein, auch wenn ihr Verhältnis zum Eigentum sich einleuchtend erklären läßt", zu betrachten. Nicht Empörung, Scham oder gefühlte Verpflichtung der Opfer gegenüber ist dabei Wolf Heckmanns Sache, sondern der Schutz der Täter, die ja schon zuvor zu den wahren Opfern geklittert wurden. So werden dann aus den beteiligten Rostockern in Windeseile wieder „brave Bürger", die „rechten Radaubrüdern applaudiert" haben; und noch einmal: „das sind keine Neonazis; das sind Leute, die man in Nöten alleine gelassen hat."

Diese „Feststellungen" Wolf Heckmanns machen neugierig, wie der Kommentator und verantwortliche Chefredakteur der HAMBURGER MOGENPOST zu seinen Ergebnissen kommt. Dabei helfen dem Neugierigen die früheren Texte Heckmanns. So schreibt dieser in seinem Kommentar „Weizsäckers Diagnose" vom 17. 6. 92: „Als Kohl von seiner berühmten geistig-moralischen Führung sprach, konnte er noch nicht wissen, in welchem Maße so etwas von ihm gefordert werden könnte. Um mit dem von ihm adoptierten Großvater Adenauer zu sprechen: „Die Situation ist da." Sie ist schon lange da, nur der Kanzler nicht." Wonach Heckmann erschreckend traditionsbewußt hier schon andeutungsweise zu rufen scheint, formuliert er am 29. 6. 92 unmißverständlich zur Haltung Helmut Kohls in Sachen Wiedervereinigung: „ Er (Helmut Kohl) ließ ein gutwilliges und opferbereites Volk allein; im massenpsychologischen Lehrbuch sollte warnend stehen, wie es durch eine Verbindung aus Wortlosigkeit und Täuschung dahin geschubst wurde, nur noch mürrisch und mißtrauisch zu sein – auf beiden Seiten, Ost und West. Gefehlt hat Führung, sie hätte nicht unbedingt geistig-moralisch, sie hätte nur ehrlich sein müssen."

Es geht hier also längst nicht mehr um spezielle Entscheidungs- und Sachfragen oder etwaige „geistig-moralische" Unterschiede, die Parteien trennen würden, sondern nur noch um eines: Führung. Daß es Wolf Heckmann durchaus ernst meint mit dem Prinzip der Führung und dies nicht nur ein weiterer, wenn auch unentschuldbarer so doch einmaliger Ausrutscher bleibt, bestätigt er selbst am 22. 6. 92 in seinem Text zu „Hamburgs Crash-Kinder"; nachdem er dort zunächst vollmundig einfordert, daß man mit diesen Kindern „fertig wird, aber das dringend", kommt er zum Punkt: „Es ist nicht zu ändern: Wo das Strafgesetz nicht anwendbar ist, muß der Staat eingreifen, geschlossene Heime einrichten, auch zum Schutz der Crash-Kinder vor sich selber. Das heißt nicht, daß sie dort aufbewahrt werden müssen wie gefährliche Tiere. Aber es muß doch im Instrumentarium moderner Jugend-Psychologie Mittel geben, auch ihnen das eingeklagte Werte-Bewußtsein beizubringen." Und so titelt er folgerichtig zum Thema Hooligans am 20. 6. 92 „Verdorbener Bodensatz" und schreibt: „Solch hirnlose Wesen könnte einen auf die Idee bringen, sich ein neues Volk zu suchen, wenn nicht der Verdacht berechtigt wäre, daß nahezu überall derartiger Minderheitendreck zu finden ist." Vergleichsweise milde kling da noch sein späterer Aufruf, daß „man ihnen" die „harten" Argumente „auf den Schädel hauen sollte".

Ein „gutwilliges Volk", „verdorbener Bodensatz", „Minderheitendreck", das „massenpsychologische Lehrbuch", in dem Joseph Goebbels wohl Akzente gesetzt haben dürfte, „geschlossene Heime" und die „Führung" – daß Wolf Heckmann nicht nur Chefredakteur eines in ehemals sozialdemokratischer Tradition gestandenen Blattes ist, sondern auch nicht ein empörter oder zweifelnder Leserbrief der über 160 000 Leser zu bemerken war, spricht eine noch deutlichere Sprache in Bezug auf die Stimmung in Deutschland als Heckmann selbst. *Jan Distelmeyer*


10 x
1000 ml
Sterillium
Nr.
10660

Kapitalismus und Lebenswelt

Theorie des bürgerlichen Individuums bei Marx, II Teil

von Günther Jacob

Klassenindividuum und persönliches Individuum

Der Lohnarbeiter als Verkäufer und als Naturkraft

Wir haben oben wiederholt den Begriff der „Masse" benutzt und zwar jeweils im Zusammenhang von Kauf und Verkauf bzw. von Angebot und Nachfrage. Marx bezeichnet die Gruppen der Käufer und Verkäufer als Einheiten von „Aggregatkräften" und den einzelnen darin als „Atom der Masse". Damit ist nicht weniger gesagt, als daß es der Kapitalismus selbst ist (und dies jenseits historischer Einflüsse, jenseits des Begriffs des Staatsbürgers etc.), der an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft „Gruppen" herstellt, die sozusagen „quer" zu allen Klassenstrukturen liegen, bzw. die diese Klassenstrukturen „überlagern"; sie der bewußten Betrachtung entziehen. Als Bestimmungsgründe für die Bewegung der Gruppen der Nachfrager und der Anbieter hat Marx das Grundgesetz der Konkurrenz, d.h. die Differenz zwischen Wert und Kostpreis der Waren angegeben. Dieses Grundgesetz reguliert, vermittels der Profitrate, die Verteilung der Kapitale auf die einzelnen Branchen, somit gewissermaßen auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Verteilung der Gesamtarbeitszeit der Gesellschaft. Aus der Gliederung des Gesamtproduktionsprozesses ergibt sich die durch die Produzenten gebildete Nachfrage und aus dem relativen Kräfteverhältnis zwischen den „drei großen Klassen" ergibt sich durch Verteilung des Gesamteinkommens der Gesellschaft, die von den Revenuen Lohn, Profit (Unternehmergewinn, Zins) und Grundrente gebildete Konsumentennachfrage. Diese durch Produzenten und Konsumenten gebildeten Nachfragekräfte – die staatliche Endnachfrage existiert hier noch nicht – basieren als Verteilungsverhältnis wiederum auf der erwähnten Gliederung der Produktion, aus der sich dann die Angebotsstruktur ergibt.

Was hier als Zirkel erscheinen mag und sich ja tatsächlich als Re-Produktionsprozeß kreislaufförmig darstellt, hat natürlich seinen Anfang und der liegt in der Geschichte. Historisch sind z.B. das Niveau der Bedürfnisse, die vorgefundene Teilung der Arbeit, die vorkapitalistische Technologie etc. Auch sind die Anteile der Klassen am gesellschaftlichen Reichtum (ihre effektive Marktnachfrage und ihre freie Zeit) nie endgültig und nicht allein von der Aktion der Kapitale aufeinander abhängig, sondern werden von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Rahmen der objektiven Zusammenhänge bestimmt. Betrachten wir nun den Personenkreis, der sich aus der Perspektive des kapitalistischen Arbeitsprozesses als Arbeiter-Klasse, d.h. als Naturkraft der Produktion darstellt, aus der Perspektive der Zirkulation - und dies ist zunächst auch die Perspektive der Beteiligten –, so müssen wir sie als Lohnarbeiter, d.h. als Verkäufer der Ware Arbeitskraft ansprechen. Als Verkäufer sind sie Teil einer Einheit von Aggregatkräften und es macht dabei keinen Unterschied, daß sie Arbeitskraft statt Maschinen oder Lebensmittel verkaufen. Der Verkäufer von Arbeitskraft erscheint - wie jeder andere Verkäufer auch - nicht als Individuum einer Klasse, sondern als das einer Masse von Warenbesitzern. Als Besitzer von Waren treten sich die Individuen gegenüber und stehen dabei in keinem anderen Ahhängigkeitsverhaltnis als dem sich aus der Zirkulation selbst ergebenden. Daß dies auch für ansonsten besitzlose Arbeitskräfte gilt, ist gegenüber früheren Epochen neu. Erst mit der bürgerlichen Gesellschaft existieren Individuen, die in keiner anderen Beziehung zu den Produktionsmitteln stehen als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital. Erstmals gibt es hier keinen politischen, patriarchalischen oder religiösen Zwang. Dem Lohnarbeiter (diese Formulierung soll nicht die Existenz von Lohnarbeiterinnen leugnen. Gemeint ist der „Arbeiterkörper" als Ganzes bzw. die „Atome", aus denen er zusammengesetzt ist) ist es völlig freigestellt, ob und an wen er sein Arbeitsvermögen veräußert. Was ihn in die Fabrik treibt, ist seine Eigentumslosigkeit, die er sich aber als Verpflichtung gegenüber seiner Familie oder als Bedürfnis an bestimmten Waren usw. übersetzt. Zwischen Verkäufer und Käufer herrscht das reine

Geldverhältnis und soweit es dennoch ein Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft gibt, entspringt dies „dem bestimmten Inhalt des Verkaufs" und „nicht aus einer ihm vorausgesetzten Unterordnung". In der Produktion entscheidet der Kapitalist (heute im Rahmen des Arbeitsrechtes etc.) darüber, was er mit dem angehäuften Gebrauchswert der Arbeitskraft macht und dort gibt es auch ein „neues Verhältnis der Über- und Unterordnung, das auch politische etc. Ausdrücke seiner selbst produziert." Im Zirkulationsbereich jedoch ist der Arbeiter Besitzer und Herr seines Arbeitsvermögens, er verfügt über sie in eigener Initiative entsprechend seinen eigenen Bedürfnissen. Der sachliche Zwang, wie er etwa von der vorgegebenen Arbeitsteilung ausgeht, erscheint ihm als Material seiner individuellen Pläne, Neigungen, Anlagen etc. Sein besonderes Verhältnis zu einer besonderen Arbeit scheint nicht gesellschaftlich determiniert, sondern in sein Belieben gestellt zu sein. Gleichheit und Freiheit sind im Austauschakt prinzipiell respektiert und dies ist nicht nur Ideologie, sondern „realer Schein", d.h. es handelt sich um real-wirksame soziale Beziehungen, die von etwas anderem, unerkanntem und insofern unfreimachendem etabliert wurden. „Das Bewußtsein (oder vielmehr die Vorstellung) der freien .Selbstbestimmung, der Freiheit, macht den einen" - den modernen Lohnarbeiter - „zu einem viel besseren Arbeiter als den anderen" - den Sklaven -, stärkt vor allem sein „feeling of responsibility". Zudem ist es dem einzelnen Arbeiter möglich, seinen Lohn in gewissem Umfang innerhalb einer Branche oder durch Branchenwechsel „je nach Arbeitsamkeit, Geschick, Kraft etc." zu variieren und er kann sich „durch Energie, Talent etc. in höhere Arbeitssphären ... aufschwingen". Dadurch ensteht ein weiterer Spielraum für seine Individualität. Die hier angeführten Marx-Zitate und auch die meisten der nachfolgenden entstammen den „Resultaten", den „Grundrissen" und z. T. auch den „Theorien über den Mehrwert" (sogen. „Vierter Band" des „Kapital"), alles Schriften also, die Marx im direkten Zusammenhang mit dem „Kapital" schrieb. Auf diesen Umstand wird hier verwiesen, weil ja u.a. belegt werden soll, daß Marx Planung dahin ging, die theoretische Analyse bis zu den Hauptmerkmalen des bürgerlichen Individuums voranzutreiben. Wie sich noch zeigen wird, verfolgte Marx damit ein Forschungsprogramm, das ihm mindestens schon 20 Jahre vor Veröffentlichung des „Kapital" vorschwebte. Ohne Kenntnis dieses Arbeitsvorhabens und auch ohne Berücksichtigung des davon - über das „Kapital" hinaus - Geleisteten, kann man auf jeden Fall der Marx'schen Theorie nicht gerecht werden. Die oben gegebene Darstellung des Lohnarbeiters als unabhängiges Privatindividuum, das nur seinen eigenen Bedürfnissen folgt, ist ein integraler Bestandteil der Marx'schen Theorie und deckt sich keineswegs mit den landläufigen Vorstellungen, in denen Marx als realitätsblinder Propagandist einer (angeblich) nur in seiner Phantasie existierenden Arbeiterklasse vorkommt. Marx hat die Existenz von Klassenverhältnissen und Klassenstrukturen nachgewiesen, aber er war nicht der Auffassung, daß diese überall deutlich zutage treten würden. Die Frage ist, ob die Klassenstrukturiertheit der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt noch irgendwo sichtbar bzw. erfahrbar ist oder ob sie ausschließlich durch theoretisches Denken erkannt werden kann?

DIE MOMENTE BÜRGERLICHER INDIVIDUALITÄT UND DER BEGRIFF DER CHARAKTERMASKE

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir dem freien Verkäufer der Ware Arbeitskraft dorthin folgen, wo sein Arbeitsvermögen von dem Käufer angewendet wird, in die Produktion. Wenn der Arbeiter in den Arbeitsprozeß eintritt, hat er sich bereits verkauft (selbst wenn er den Lohn erst am Ende des Monats erhält) und seine Arbeitskraft gehört ihm nicht mehr; er kontrolliert nicht mehr seine eigene Arbeit. „Sobald seine Arbeit wirklich beginnt, hat sie bereits aufgehört, ihm zu gehören, kann also nicht mehr von ihm verkauft werden. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert." Marx hat in Kritik an Ricardo gezeigt, daß es die Abwesenheit des Begriffs „Arbeitskraft" war, die die ökonomischen Klassiker daran hinderte, das Kapital als ein gesellschaftliches Verhältnis zu erkennen. Ricardo „hätte, statt von der Arbeit, von Arbeitsvermögen sprechen müssen. Damit hätte sich aber das Kapital dargestellt als die dem Arbeiter als verselbständigte Macht gegenübertretenden sachlichen Arbeitsbedingungen." Dieses gesellschaftliche Verhältnis hat eine doppelte Natur: Einerseits betrifft es die Unterordnung des Arbeiters im Prozeß der Naturaneignung, andererseits bezeichnet es, als Verhältnis von Lohn und Profit, die Aneignung des Produktes. Die Herrschaft des Kapitals im Arbeitsprozeß hat eine permanente Umwälzung der Produktionstechniken zur Folge, steigert so die Produktivität des Arbeiters, bringt eine wachsende Zahl von Arbeitern zusammen und legt damit zugleich die Grundlage für kollektive Gegenwehr hinsichtlich der Ausbeutungsbedingungen und hinsichtlich des Verkaufspreises der Lohnarbeit. Sofern diese Gegenwehr die Bedingungen der Vernutzung des Arbeitsvermögens betrifft, liegt sie jenseits des Marktgeschehens, denn der Verkauf der Arbeitskraft ist längst abgeschlossen. In dieser Auseinandersetzung ist der Arbeiter nicht Teil der Masse der Verkäufer, sondern Teil der Klasse der dem Kapital untergeordneten und zu ihnen im Gegensatz stehenden Arbeiter, d.h. kooperierendes Glied eines werktätigen Organismus, besondere Existenzweise des Kapitals.

Zielt die kollektive Gegenwehr auf eine Verbesserung des relativen Arbeitslohnes, dann betreten die Arbeiter wieder den Boden des Marktgeschehens,

nun allerdings so, daß sie bestrebt sind, dort ein temporäres Monopol zu schaffen. Diese bewußte momentane Zurückstellung der Konkurrenz zwischen den Verkäufern von Arbeitskraft ändert jedoch nichts daran, daß sie wieder die Rolle des Warenbesitzers einnehmen: Die Bildung von Angebotsmonopolen kommt auch bei anderen Warenbesitzern vor. In dieser Zweigleisigkeit - Gegenwehr außerhalb und innerhalb des Marktes - bewegt sich jede gewerkschaftliche Tätigkeit und daraus ergibt sich auch die Sonderstellung der Gewerkschaften im bürgerlichen Gefüge: teils Klassenorganisation, teils Verkäufervereinigung, bewegen sie sich zwischen partieller Kritik des Kapitalismus und affirmativem Verständnis für die Zwänge des Geschäftslebens. Welche Seite dabei in der Realität jeweils das Übergewicht hat, das hängt von vielerlei äußeren und historischen Umständen ab, - nicht zuletzt vom Wissen über diesen Zusammenhang. Prinzipiell erscheint jedoch dem Individuum die gesellschaftliche Distribution als der Ausgangspunkt. Die Stellung in der Produktion scheint durch die Stellung auf dem Markt vorgegeben: man ist entweder per Geburt bzw. Familienherkunft zum Verkauf der Arbeitskraft verurteilt oder man verfügt über Produktionsmittel, Besitztitel usw. Daß diese Verteilungsverhältnisse nur die Kehrseite geschichtlich gewordener (und nicht: natürlicher) Produktionsverhältnisse sind, ist dem einzelnen Subjekt verborgen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen werden verobjektiviert, d.h. sie erscheinen als Eigenschaften von Dingen (werden versachlicht) und diese Dinge werden personifiziert („Monsieur le Capital"), ihre Träger oder Besitzer mit ihnen identifiziert. Auf diese Weise werden spezifische Bestimmtheiten der Versachlichung des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu Bestimmungsgründen der Personen, soweit sie Träger von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen sind. Voraussetzung hierzu ist die beständige, sich wiederholende Kettung eines Menschen an ein soziales Verhältnis und diese Voraussetzung ist im Kapitalismus gegeben: Der Arbeiter selbst ‚produziert ... beständig den objektiven Reichtum als Kapital ... und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen ... Verwirklichungsmitteln getrennte ... Reichtumsquelle ...". Über die Reproduktion dieser Verhältnisse erweisen sich diese daher als Verhältnisse, nicht von zufälligen Personenkonstellationen, sondern als solche von täglich erneuerten Klassen. Das einzelne Individuum, das fortwährend als Träger und Personifikation dieser Klassenverhältnisse auftritt, bezeichnet Marx z.T. als Charaktermaske und zum Teil als Klassenindividuum. Zum Beispiel hängt „die ökonomische Charaktermaske des Kapitalisten ... nur dadurch an einem Menschen fest, daß sein Geld fortwährend als Kapital funktioniert." Wie sich noch zeigen wird, liegt es nicht in Marx' Absicht, die bürgerlichen Individuen auf Klassenindividuen bzw. Charaktermasken zu reduzieren. Im „Kapital", dies betont Marx ausdrücklich im Vorwort zur ersten Auflage, geht es nur um Personen, „soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen." Inwieweit ist nun das Individuum Klassenindividuum und Charaktermaske? Marx führt den Begriff des Klassenindividuums erstmals in der „Deutschen Ideologie" ein und schildert dort seine historische Genesis. „Das Individuum" hat es in den vorbürgerlichen Produktionsweisen nicht gegeben. Zum Beispiel war es zur Zeit der Meisterzünfte so, daß diese den Ordnungsrahmen für Arbeit, Warenproduktion und Absatz bildeten. Die Zünfte waren aber nicht nur Interessensgemeinschaften von Produzenten, sondern zugleich Gottesdienstgemeinschaften, Kampfgemeinschaften für Status, Ehre usw. Ausbruchversuche, z.B. die Abwanderung als Soldat, die Arbeit ohne Meisterrecht usw. wurden hart geahndet. Der individuelle Spielraum der Zunftmitglieder war gering. Die Ehe war ein ernstes Rechtsgeschäft. Arbeiten, Essen, Liebe und Gebet, - das ganze Leben war reglementiert. Erst mit dem Kapital werden die Individuen vereinzelt; die Teil-









nahme am Produktionsprozeß und am Warenaustausch ist an keine besonderen Bedingungen gebunden. Es entsteht nun ein freies Individuum, das sich allerdings seines gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht mehr bewußt ist und sich umso mehr den Zwängen von „Sachen" fügt. Im „Lauf der historischen Entwicklung ... tritt ein Unterschied heraus zwischen dem Leben jedes Individuums, soweit es persönlich ist und soweit es unter irgendeinen Zweig der Arbeit und die dazugehörigen Bedingungen subsummiert ist." „Der Unterschied des persönlichen Individuums gegen das Klassenindividuum, die Zufälligkeit der Lebensbedingungen für das Individuum tritt erst mit dem Auftreten der Klasse ein, die selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist. Die Konkurrenz und der Kampf der Individuen untereinander erzeugt und entwickelt erst diese Zufälligkeit als solche. In der Vorstellung sind daher die Individuen unter der Bourgeoisieherrschaft freier als früher; in der Wirklichkeit sind sie natürlich unfreier, weil mehr unter sachliche Gewalt subsummiert." Marx und Engels haben diese Sätze mehr als 20 Jahre vor dem „Kapital" geschrieben und konnten sie deshalb noch nicht in das System der Kritik der politischen Ökonomie integrieren. Jedoch hatten sie die Schwierigkeiten einer treffenden Kritik an anthropologischen Bestimmungen des abstrakten und isolierten Einzelnen, wie sie in den verschiedenen Varianten bei Feuerbach, Bauer und Stirner vorkommen, bemerkt und seit dieser Zeit das Ziel, materialistisch zu erklären, wie es zu der Vorstellung eines vereinzelten Einzelnen kommen kann. Dazu mußten jedoch erst die bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse untersucht werden, in denen die Vorstellung einer abstrakten menschlichen Individualität populär wurden. In dieser Reihenfolge soll auch hier vorgegangen werden, d.h. auf das persönliche Individuum soll erst näher eingegangen werden, wenn genauer geklärt ist, wie weit die Bestimmung des Klassenindividuums reicht und inwieweit dieser Begriff mit dem späteren Begriff der Charaktermaske identisch ist. Bisher wurde gezeigt, daß der Arbeiter als Verkäufer am Markt agiert, während er nach dem Selbstverkauf in marktfremde Auseinandersetzungen verwickelt ist. Im Arbeitsprozeß produziert und reproduziert er das Kapital und somit die kapitalistischen Verhältnisse. Am Ende des Prozesses findet er sich wieder als besitzloser Lohnarbeiter vor, - ganz wie am Anfang. Das ist seine klassenmäßige Bestimmung, d.h. er ist in und durch diesen Zusammenhang Klassenindividuum und zugleich Chraktermaske der ihm zufallenden ökonomischen Bestimmung. „Charaktermaske" bedeutet also, daß sein „Verhalten" mit seiner Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln notwendig zusammenfällt. Die Gleichsetzung von Klassenindividuum und Charaktermaske stößt jedoch m.E an diesem Punkt hinsichtlich des Arbeiters an eine Grenze: Als Klassen treten sich Arbeiter und Kapitalist nur nach dem Verkauf bzw. Ankauf der Arbeitskraft gegenüber, während der Arbeiter in der Zirkulationssphäre dem Kapitalisten nur als Marktteilnehmer begegnet. (Hier ist er nur objektiv - per Wiederholung - Teil einer Klasse). Der Arbeiter ist als Verkäufer nicht mehr Klassenindividuum, sondern bereits persönliches Individuum, jedoch zugleich Charaktermaske. Charaktermaske (und objektiv Klassenangehöriger) ist er, weil er als Repräsentant einer Ware und daher als Warenbesitzer bzw. als Personifikation dieses permanenten sozialökonomischen Verhältnisses auftritt). Persönliches Individuum ist er, weil er hierbei als unabhängiges Privatindividuum alleine seinen persönlichen Bedürfnissen folgt.

Diese Unterscheidung (die in der mir vorliegenden Literatur nicht getroffen wird) wird noch deutlicher, wenn man den Kapitalisten in die Betrachtung einbezieht. Auch der Kapitalist steht dem Arbeiter nur jenseits des Marktes als Klassenindividuum gegenüber. Auch er folgt als Verkäufer der kapitalistisch produzierten Ware keinen außerökonomischen Zwängen, sondern allein den Sachzwängen, die sich ihm als private Interessen darstellen. Der Kapitalist ist jedoch auch „zur Hälfte" als Käufer Charaktermaske, denn der Kauf von Produktionsmitteln und Arbeiskräften fällt in seine Bestimmung als Kapitalist. Obgleich ihm auch hier das reine Geldverhältnis anspornt und er keiner Zunft und keiner Obrigkeit gegenüber Rechenschaft schuldig ist, obgleich er den Kaufakt also als Privatindividuum vollzieht, kauft er hier als Kapitalist. Erst wenn er für seinen privaten Konsum kauft, handelt er nicht mehr als Charaktermaske eines ökonomischen Verhältnisses. Der Arbeiter hingegen ist als Käufer nie Charaktermaske, sondern ausschließlich persönliches Individum. Wenn er als Konsument auftritt, steht er vollständig außerhalb seines Begriffs, wohingegen der Kapitalist als Konsument zwar ebenfalls immer persönliches Individuum ist, aber hierbei wenigstens teilweise auch Charaktermaske.

Wir sind an einem Punkt angelangt, der eine genauere Erklärung des Begriffs „persönliches Individuum" erfordert. Es wurde bereits gezeigt, daß die kontinuierliche Reproduktion der Individuen als Klassenindividuen gegenüber früheren Epochen Besonderheiten aufweist: Die Individuen - auch der individuelle Arbeiter - sind frei von patriarchalischen und sonstigen nichtökonomischen Zwängen. Soweit es hier Unterordnungsverhältnisse gibt, entspringen diese den Sachzwängen und dies gilt insofern auch für das Herrschaftsverhältnis im Betrieb, denn dort entscheiden die vom Kapitalisten gesetzten „technischen" Verhältnisse über das Ausmaß der Vernutzung der Arbeitskraft. (Die Unterdrückung versteckt sich sozusagen hinter den Gebrauchswerteigenschaften der Maschinerie). Ebenfalls wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich der individuelle Arbeiter sogar innerhalb des Arbeitsprozesses, sowie auch hinsichtlich der Lohnhöhe durch Geschick und

Ehrgeiz einen gewissen pesönlichen Spielraum verschaffen und daher auch ein Stück seiner Charaktermaske abstreifen kann. Marx hat in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß dieser Sachverhalt sogar eigene politische, rechtliche, ideologische etc. Ausdrücke seiner selbst produziert. Hier sei nur auf das Arbeitsrecht und das ideologisch überhöhte Arbeitsethos traditioneller Facharbeiterschichten hingewiesen. Ebenso im Gegensatz zu früheren Epochen ist es dem individuellen Arbeiter möglich, innerhalb der beruflich organisierten Arbeitsteilung eine Tatigkeit auszuwählen, die seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Die Beispiele ließen sich ausdehnen, - worauf es jedoch ankommt, ist dies: erstmals existieren mit dem Kapitalismus objektive Grundlagen für die Vorstellung des vereinzelten Individuums, die Welt wäre sein Material und es käme nur darauf an, was man daraus macht. Mit dieser neuen Freiheit liegt erstmals die ganze Beweislast auf den Schultern des Individuums. Wenn seine Lebensentwürfe sich realisieren lassen, ist dies ebenso sein Verdienst, wie es seine eigene Unfähigkeit ist, wenn sich dieser Entwurf als schöner Traum erweisen sollte.

Es fragt sich nun, inwieweit diese Freiheit des Individuums wirklich real ist? Dabei ist bereits geklärt, daß an die Stelle persönlicher Abhängigkeiten der Sachzwang getreten ist, was ja nichts anderes bedeutet, als daß der gesellschaftliche Zusammenhang der Aktionen der Privatmenschen hinter ihrem Rükken hergestellt wird. Die Ausbildung der Individualität vollzieht sich schon auf dieser Betrachtungsebene in bornierter Form, d.h. als Nichtwissen ihrer Bestimmungsgründe, oder - wenn man so will - als „Entfremdung" des Menschen von seiner Gesellschaftlichkeit und daher von seiner eigenen wie auch von der äußeren Natur.

Die Herausbildung des persönlichen Individuums fällt zusammen mit seiner permanenten Wiederherstellung als kapitalistisches Klassenindividuum. „Die Setzung des Individuums als eines Arbeiters, in dieser Nacktheit, ist selbst historisches Produkt." Im Begriff der Charaktermaske ist diese Gleichzeitigkeit von Klassenindivduum und persönlichem Individuum zusammengefaßt. Soweit die Individuen teilhaben am gesellschaftlichen Produktionsprozeß, sind ihnen ökonomische Charaktere vorgeschrieben und alle individuellen Abweichungen vom „Durchschnittsindividuum" verbleiben notwendig in diesem Rahmen. Zum Beispiel sind die Arbeitsarten, zwischen denen das Individuum frei wählen kann, durch die Makrostruktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und durch die Mikrostruktur der betrieblichen Arbeitsteilung vorgegeben und auf sehr geheimnisvolle Weise decken sich dann letztlich auch die Summe der individuellen Lebensentwürfe und die Summe der momentan angebotenen „Berufe".

Selbstverständlich sind diese Proportionen nicht fix. Die Entwicklung der relativen Mehrwertproduktion selbst verändert die Lebenslagen der Individuen ständig. Jede weitere Teilung der Arbeit und Erhöhung der Produktivkraft differenziert mit den Arbeitsarten auch die Betätigung der menschlichen Anlagen, erweitert den Kreis der Bedürfnisse und der Genüsse (auch bei gegebenem Arbeitslohn kann der Naturallohn steigen), vegrößert sich die gesellschaftlich verteilbare freie Zeit, usw. Was die unmittelbaren Produzenten von all dem sich aneignen können, hängt zum Teil von ihren Kämpfen und zum Teil von damit einhergehenden „Sachnotwendigkeiten" ab. Die Verteilung des Mehrprodukts ist nun zur Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums zentral. Die Tatsache eines gesellschaftlichen Mehrprodukts ist historisch nichts neues. Ab einem gewissen Produktivitätsgrad der Arbeit existiert immer schon ein über die unmittelbaren Bedürfnisse hinausgehendes Produkt, oder anders ausgedrückt: es wird längere Zeit gearbeitet als es unmittelbar nötig wäre. Verschieden sind die konkreten Regelungen und Mechanismen der Verteilung dieses Mehrprodukts bzw. der Mehrarbeitszeit. In der Regel wurde schon immer ein Teil der Produzenten gezwungen, mehr zu arbeiten, als es die Befriedigung ihrer Bedürfnisse erfordert hätte. Die jeweilige Entwicklung des Verhältnisses von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit vollzieht sich als Prozeß sozialer Auseinandersetzungen.

Im Kapitalismus erscheint das Mehrprodukt als Mehrwert, dessen Umfang vor allem durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bzw. die Senkung der notwendigen Arbeit vergrößert wird. Das Maß des kapitalistischen Reichtums ist deshalb die Menge an kostenlos angeeigneter fremder Arbeitszeit, oder - wie Marx es nennt - „Diebstahl an fremder Arbeitszeit." Alle mit der Produktivitätsentwicklung entstehende freie Zeit sucht sich das Kapital als Mehrarbeitszeit selbst anzueignen, während es gleichzeitig selbst die notwendige Arbeit nur verrichten läßt, wenn sich dadurch Mehrarbeit schöpfen läßt. Voraussetzung zu Entwicklung aller menschlichen Potenzen wäre jedoch ein anderer Umgang mit der Surplusarbeit (= Mehrprodukt und freie Zeit), d.h. „die freie Entwicklung der Individualität und daher ... die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit und geschaffenen Mittel entspricht."

Solange die Lohnabhängigen sich nur reproduzieren zum stets erneuten Verkauf ihrer Arbeitskraft, sind sie nur Moment der Reproduktion des Kapitals. „Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist .. die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse ... Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals ... Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine

individuelle Konsumtion sich selbst und nicht den Kapitalisten zuliebe vollzieht." (82)

Was uns nun interessiert, ist die von Marx gemachte Einschränkung. Marx geht nicht davon aus, daß die Konsumtion der Arbeiter notwendig innerhalb der Grenzen des absolut notwendigen verbleibt. Er sieht vielmehr verschiedene Momente, die eine gewisse Teilhabe der Lohnarbeiter an der Zivilisation herbeiführen: die Auseinandersetzungen um den Normalarbeitstag, dessen Durchsetzung nicht allein eine Folge von „Kämpfen" ist; die stetige Senkung des Werts der Arbeitskraft, wodurch sich bei konstantem Arbeitslohn der Umkreis der vom Lohnarbeiter verbrauchten Lebensmittel erweitert usw. Auf ganz verschiedene Weise kommt es daher, daß sich der Lohnarbeiter über den Status eines bloßen Arbeitstieres erhebt, seine Bedürfnisse und Genüsse differenziert und seinen Nichtarbeitsbereich ausdehnt. Dieser Vorgang vollzieht sich jedoch immer, sowohl innerhalb des Gegensatzes von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit als auch innerhalb der bornierten Verdinglichung gesellschaftlicher Zusammenhänge. Dessen ungeachtet wird die Ausdehnung des Nichtarbeitsbereiches zunächst einmal Tatsache. Für Marx ist die Zeit Maß und Raum des aktiven menschlichen Daseins, Voraussetzung zur Entfaltung der Individualität (83). Ohne Mittel zum Leben - das zeigen die Arbeitslosen - läßt sich freie Zeit jedoch nicht in diesem Sinne verwenden. Der Nichtarbeitsbereich bleibt auf diese Weise immer an den primären Arbeitsbereich gebunden, bleibt also immer sekundäre bzw. „abgeleitete" Lebenssphäre. Allerdings: Die Analyse des Nichtarbeitsbereiches kann nicht als einfache Verlängerung der ökonomischen Analyse behandelt werden. Dieser Lebensbereich hat seine eigenen Strukturen, Normen, Wertesysteme usw.

Im folgenden Abschnitt wird darauf näher eingegangen.

DER LOHNARBEITER ALS KONSUMENT: KOMPENSATION UND REALER GESTALTUNGSSPIELRAUM

Wir betrachten nun den Lohnarbeiter nicht als Arbeiter und auch nicht als Warenverkäufer, somit auch nicht mehr als Klassenindividuum und auch nicht als Charaktermaske. Wir betrachten ihn stattdessen als Käufer oder Konsument. Als Käufer ist er mit dem Kapitalisten dort gleichgestellt, wo es auch letzterem nur um seinen persönlichen Konsum geht. Beider persönliche Individualität steht nun „rein" vor uns. Sie waren eben noch als Repräsentanten personifizierter Dinge in den Produktionsprozeß eingetreten und kommen nun daraus zurück. Was sie in der Hand haben, ist ihre Revenue in Form von Geld. Mit diesem Geld ausgestattet treten sie nun als Konsumenten auf und jeder Hundertmarkschein, den sie jetzt in Konsumgegenstände umsetzen, ist dem Kaufmann gleich lieb. In der Sphäre der individuellen Reproduktion fällt der besondere Charakter des in Geld verwandelten Einkommens vollständig weg und damit ist jeder Hinweis auf eine Klassenindividualität endgültig beseitigt. Wo der Arbeiter als Verkäufer auftrat, war er immerhin noch dadurch vom kapitalistischen Verkäufer zu unterscheiden, daß er nichts zu verkaufen hatte als sich selbst. Ganz anders beim Umsatz von Geld gegen Konsummittel: Der Arbeiter, der seinen Gebrauchswert zuerst gegen Geld eingetauscht hat und nun das Geld gegen Lebensmittel eintauscht, wird „Mitgenießer des allgemeinen Reichtums bis zur Grenze seines Äquivalents ... Er ist aber nicht an besondere Gegenstände, noch an eine besondere Weise der Befriedigung gebunden. Er ist nicht qualitativ ausgeschlossen ..., sondern nur quantitativ." (84) Entscheidend ist, daß der Arbeiter seinen Lohn ebenso in Geld ausgezahlt erhält wie der Kapitalist seinen Profit und der Grundeigentümer seine Rente. Geld tauscht sich prinzipiell gegen „die ganze menschliche und natürliche gegenständliche Welt", es tauscht „jede Eigenschaft gegen jede", ist „Verbrüderung der Unmöglichkeiten". (85) Im Geld sieht man „dem Einkommen nicht mehr an, daß es dem Individuum nur als einer bestimmten Klasse zugehörig, als einem Klassenindividuum zukommt ... Die ... Versilberung vermischt den Klassencharakter und übertüncht ihn. Daher die scheinbare Gleichheit ..., andererseits ... die wirkliche bürgerliche Gleichheit der Individuen, soweit sie Geld besitzen, welches auch die Einkommensquelle sei. (...) Der Bediente hat dieselbe Ware wie der Herr, für denselben Geldwert." (86) Allerdings: Wenn auch dem Arbeiter alle Warenqualitäten zugänglich sind, so begrenzt doch sein Einkommen kontinuierlich die Qualität seiner Einkäufe. Er nimmt am gesellschaftlichen Reichtum nur innerhalb der Grenzen seiner Revenue teil. Hinzu kommt, daß die höhere Arbeitsbelastung, der höhere Verschleiß an Lebenskraft und die noch immer existierende spezifische Sozialisation (Wertesysteme, Schulbildung etc.) die Genußmöglichkeiten und die Genußfähigkeiten beschränken. Bei Mooser finden sich z.B. Untersuchungen über die Folgen der Körperlichkeit der Arbeit für das kulturelle Interesse; Bourdieu oder auch die Birminghamer Autoren Clark und Willis belegen Tendenzen zum über Traditionen vermittelten faktischen Selbstausschluß der Lohnarbeiter von weiten Teilen der kulturellen Aneignungsweisen. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, daß die Verfügung über Geld dem Lohnarbeiter einen bisher nie gegebenen Gestaltungsspielraum gibt. Er kann - wie Marx sagt - sein Einkommen „in Schnaps ... versaufen, statt seinen Kindern Fleisch und Brot zu kaufen, was er bei Naturalzahlung nicht kann. Seine persönliche Freiheit ist somit erweitert ... Andererseits kann die Arbeiterklasse für das, was sie über die notwendigen Subsistenzmittel hinaus erübrigt, statt Fleisch und Brot sich Bücher ... kaufen. Sie hat größeres Mittel, die allgemeinen Mächte der Gesellschaft wie die Intellektuellen, sich anzueignen." (87)

Wie auch immer der Arbeiter sein Geld ausgibt -



daß sich in der Konsumtion des Lohnarbeiters verschiedene Momente vereinigen: Zunächst ist der Konsum Wiederherstellung der Arbeitskraft. Auch wenn der Arbeiter dies sich selbst zuliebe macht, so stellt er sich doch fürs Kapital wieder her. Von dieser Seite her ist der Nichtarbeitsbereich nach wie vor als Kompensation zu betrachten. (Das gilt selbstverständlich auch für einen Teil der „Ansprüche" der Lohnarbeiter gegenüber ihrer „Familie", usw.) Die Beschränkung des Konsums durch den ewigen Geldmangel kann - vom Verbrechen abgesehen - nur durch vermehrten Verkauf von Arbeit und daher durch Verminderung der freien Zeit überwunden werden. Die Zeit, in der sich die Individualität des Arbeiters auf die Verfolgung seiner eigenen Bedürfnisse richtet, wird also durch das Mittel, das er dazu einsetzt, verkürzt. Er erfährt, daß man mit Arbeit nicht reich und genußfähiger wird, aber weil er den Grund dafür in der Zirkulation sucht, übersetzt er die sozialen Unterschiede in den begriffslosen Gegensatz von arm und reich. Gesundheit und Ausbildung (bzw. „Intelligenz") nehmen für den Lohnarbeiter im Nichtarbeitsbereich zentrale Stellen ein, denn er betrachtet beides als wichtige Mittel seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen Lohnarbeitern. Seinen Schlaf, seine Nahrungseinnahme, seine Vergnügungen und seine intellektuellen Interessen hat er zunächst einmal so einzurichten, daß sie ihm immer wieder die Arbeit ermöglichen. Die „gesunde Ernährung" usw. ist zunächst nichts als das Gegenstück zur ungesunden Arbeit, aber weil er prinzipiell über die Freiheit verfügt, sich ungesund zu ernähren (was nicht selten vorkommt), erlebt er auch seine Kompensationsleistungen in der geheiligten und ganz seiner Besonderheit anheimfallenden Privatsphäre als Frage des guten oder schlechten Charakters: Selbstbeherrschung! Die Kompensation ist jedoch nicht der alleinige Inhalt des Nichtarbeitsbereiches. Selbst dort, wo Quantität und Qualität der Genüsse wie auch der Umfang der freien Zeit („Freizeit")

sich eventuell auch verschuldet oder aber einen Teil davon spart - er agiert ... als freier Agent ...; er ist sich selbst verantwortlich, worin he spends his wages." Und daraus folgert Marx ein grundlegendes Verhaltensmuster moderner Individuen: „Er lernt sich selbst beherrschen im Gegensatz zum Sklaven, der eines Meisters bedarf." (88)

Diese Selbstbeherrschung oder „freiwillige Selbstkontrolle", die Hereinnahme des „Meisters", d.h. der „Sachzwänge" in den eigenen Kopf, die „Vernunft" gegenüber dem Gegebenen, darin äußert sich die spezifische Untertänigkeit des freien, bürgerlichen Individuums. Wir können hier festhalten,

absolut bescheiden waren, gab es schon immer kulturelle, intellektuelle etc. Aneignungsweisen, die in keiner unmittelbaren Beziehung zur ökonomischen Basis standen. Es wäre auch banal, wollte man alle Lebensäußerungen, z.B. religiöse Tätigkeit, „Hobby", Sport, Interessen an Literatur, Film und Theater, etc. unmittelbar mit der Lohnarbeit in Verbindung bringen. Bereits die Abstufungen und „feinen Unterschiede" (Bourdieu) innerhalb des Konsums und des Nichtarbeitsbereiches bei gleicher materieller Lage belegen ja nicht nur, daß alle Subjekte in der bürgerlichen Gesellschaft tendenziell reiche, bedürfnisvolle und entwickelte persönliche Individuen sind, sondern auch, daß der gegebene individuelle Gestaltungsspielraum eigene Logiken hervorbringt, die nicht direkt aus den ökonomischen Beziehungen hervorgehen und deshalb auch nicht mehr Gegenstand der ökonomischen Wissenschaft sein können. Wollte man die Erklärungsfähigkeit der Kritik der politischen Ökonomie bis in diese Bereiche hinein einfach verlängern, so würde man tatsächlich den vielzitierten Fehler eines „Ökonomismus" begehen. (Nebenbei: selbst einige ökonomische Tätigkeiten, z.B. Hausarbeit, bestimmte bäuerliche Existenzen usw., stehen außerhalb der vom Kapital regierten Tätigkeiten und bringen eigene kulturelle, politische usw. Entsprechungen hervor.)

Das bürgerliche Individuum ist stattdessen als „Schnittpunkt" verschiedener - ökonomischer, sozialer, politischer, ideologischer etc. - Lebenssphären zu betrachten oder, wie Marx sagt, als „ensemble" gesellschaftlicher, Verhältnisse. (90) Die Entfaltung des persönlichen Individuums außerhalb der Erwerbsarbeit ist dann zunächst (weitere Momente wie etwa das Staatsbürgerdasein sind noch nicht berücksichtigt) als Schnittpunkt von kompensatorischem und „hedonistischem" Verhalten zu bestimmen. In beiden Fällen handelt das Individuum aus freiem Belieben, aber im ersten Fall richtet es sich überwiegend nach der vorgefundenen sachlichen Gewalt, während im zweiten Fall diese Determination nicht mehr existiert. Ein Teil der frei verfügbaren Zeit dient wirklich freier Tätigkeit. Auch die Tatsache, daß man zuerst „arbeiten gehen" muß, bevor man in der Freizeit Briefmarken sammeln, Schallplatten hören etc. kann, ändert nichts daran, daß solche Tätigkeiten nicht mehr in Verbindung mit dem Kapitalverhältnis stehen. Das Privatleben des bürgerlichen Individuums ist selbst unterteilt: Im Mittelpunkt stehen eindeutig die Familie bzw. die „Beziehung". Hier vor allem werden die Ansprüche auf Glück, auf wirkliche Anerkennung der eigenen Besonderheiten, auf von Konkurrenz unbelasteter Liebe usw. geltend gemacht. Hier geht es um die Wohnung (mieten, bauen, geschmackvoll einrichten etc.), die Kindererziehung, den täglichen Einkauf, den Genuß. Ein Teil des Privatlebens wird nicht nur im Verwandten- und Bekanntenkreis verbracht, sondern auch innerhalb von Vereinen aller Art die in erster Linie der kollektiven „Freizeitgestaltung" dienen, z.T. auch halbpolitischer bzw. ideologischer Natur sind. Die politische Betätigung (im Betrieb heute ausdrücklich verboten!) nimmt einen weiteren Teil des Privatlebens in Anspruch (Zeitunglesen, Tagesschau, Bürgerinitiative, Gemeinderat, Parteimitgliedschaft, usw.) Grundlage aller höheren, zivilisatorischen Entwicklungsformen des menschlichen Lebens bleibt selbstredend immer die Naturaneignung in der jeweils spezifisch gesellschaftlichen Form. Selbst die Gegenstände vieler „Hobbys" usw. entstammen erst der modernen Produktion (z.B. Computerspiele), aber sie entstammen auch vergangenen Epochen (z.B. Shakespeares Dramen im Theater anschauen). Das „Reich der Freiheit" ist ohne das „Reich der Notwendigkeit" nicht zu haben, aber es handelt sich dennoch um zwei eigenständige Bereiche. Im kompensatorischen Konsum macht sich die Notwendigkeit noch recht deutlich geltend, aber jeder Mensch, der schon einmal wegen Liebeskummer die Arbeit versäumte, beweist die relative Autonomie der sekundären Lebensbereiche. In welch „bornierter Form" (Marx) sich das „Reich der Freiheit" im Kapitalismus ankündigt, wurde bereits mehrfach erörtert. Hinzuzufügen ist hier, daß dem einzelnen Individuum der sekundäre Sektor als der primäre vorkommt. Die Tätigkeit in der Produktion erhält die Funktion der bloßen Mittelbeschaffung für das „eigentliche Leben". Weil die schöpferischen Potenzen der menschlichen Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß gar nicht oder nur instrumentell benötigt werden und weil der unmittelbare Arbeitsprozeß ein Unterordnungsverhältnis darstellt, betreten die Lohnabhängigen Fabrik und Büro nur widerwillig und unter stets erneuter Selbstüberwindung. (Der Fall, daß jemand die relativ rationale und „sachliche" Atmosphäre des Betriebs den irrationalen Formen des Privatlebens vorzieht und daher in seiner Arbeit „aufgeht", kann erst durch Hereinnahme weiterer Momente erklärt werden). In der Wahrnehmung der Arbeit als bloßem Mittel ist die Arbeit nicht nur als menschliche Lebensäußerung diskreditiert, sondern die ganze Grundlage gesellschaftlicher Naturaneignung mißverstanden). Die Herabsetzung der Arbeit zum Lieferanten für das „wirkliche Leben" ist der allgemeine idealistische Ausgangspunkt des Alltagslebens. Weil die relativ willkürlichen Motive, Vorstellungen, Ideale usw. der „Freizeitsphäre" als das Primäre gelten, muß auch die Vorstellung entstehen, daß alle Änderungsversuche von hier auszugehen haben. Damit ist die Gefangenschaft in der Verdinglichung ziemlich komplett: man weiß nicht mal mehr, wo der Hebel anzusetzen ist! Alle Lebensentwürfe nehmen ihren Ausgangspunkt in der Privatsphäre und suchen dann mittels der Arbeit die dazugehörigen Voraussetzungen zu schaffen. Deshalb stellen sich diese Lebensentwürfe häufig als an den Sachzwängen gescheiterte Programme dar. Nur die ständige Zurücknahme der Anspruchslinie und

die „realistischere" Fassung der Ziele erlauben es dann, die Welt weiterhin als Material zur Selbstverwirklichung aufzufassen. (Hieraus läßt sich der Gegensatz „idealistische Jugend" contra „reifes Alter" entwickeln)

Es wurde oben schon angedeutet, daß es nicht einfach ein rebellisches Individuum ist, das dem Kapital mehr disponible Zeit und mehr konsumierbare Gebrauchswerte abtrotzt. Diese Kämpfe hat es zwar gegeben und gibt es immer noch, aber der beliebte Hinweis, alles was wir heute vorfinden, wäre „erkämpft" (und daher gut) oder gar Resultat eines Kampfes Klasse gegen Klasse, kann sich nicht auf die Tatsachen stützen. So manche technische und soziale Modernisierung ist entweder auf den Leichen der Verlierer (z.B. soziales Sicherungssystem der Nazis) oder auf Kompromißbasis (z.B. der New Deal) errichtet worden. Aber ganz unabhängig von solchen und anderen politischen Einwirkungen treibt der Kapitalismus das hedonistische Individuum gewissermaßern selbst als Tendenz hervor. Einige Momente dieses Prozesses wurden schon erwähnt: Geldlohn, Freiheit des Verkäufers und erst recht die des Konsumenten, Primat der „Freizeit" und Arbeit lediglich als Mittelbeschaffung, Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit und dadurch Wertsenkung der Arbeitskraft und Ausdehnung der potentiell zur Verfügung stehenden freien Zeit, Verteilung dieser Zeit z.T. an neue Mittelklassen, darunter die ideologische Klasse, somit Ausdehnung des relativ privilegierten Personenkreises, etc. Hierzu kommt nun noch folgendes: Die Umwälzung der Produktion bildet die Grundlage der Differenzierung der Arbeitsarten und – mittels neuer Gebrauchswerte – die Basis neuer Bedürfnisse.

„Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. (...) Ebenso produziert die Konsumtion die Anlage des Produzenten ..." (92) Tatsächlich bleibt es aber nicht bei diesem eher „passiven" Zusammenhang. Die kapitalistische Produktionsweise ist auf den Tauschwert gerichtet und daher auf Kapitalverwertung. Das Kapital erzeugt Gebrauchswerte als Mittel zu diesem Zweck und es kann die erzwungene Mehrarbeit nur nutzen, wenn es den Mehrwert auch realisiert. Der an dem einen Punkt geschaffene Mehrwert erfordert die Schaffung immer weiterer Punkte, gegen die er sich austauschen kann. „Eine Bedingung der auf dem Kapital basierenden Produktion ist daher die Produktion eines stets erweiterten Zirkels der Zirkulation." Der Kapitalismus erzwingt daher: 'Erstens: Quantitative Erweiterung der bestehenden Konsumtion; zweitens: Schaffen neuer Bedürfnisse dadurch, daß vorhandene in einem größeren Kreis propagiert werden, drittens: Produktion neuer Bedürfnisse und Entdeckung und Schöpfung neuer Gebrauchswerte." (93) Marx führt dies in den „Grundrissen" noch weiter aus. Er zeigt z.B., wie dieser Zusammenhang über den Weltmarkt universalisiert wird, wie Produkte aller fremden Klimate und Länder sowie neue und auch künstlich zubereitete Naturgegenstände in die Konsumtion eingehen, welche Rolle dabei der Naturwissenschaft zukommt, usw. Für Marx ist dies die „zivilisierende Wirkung des Kapitals"; die die bürgerliche Gesellschaft erst nach und nach schafft. Wir werden weiter unten noch sehen, daß Marx mit dieser Analyse Verhältnisse beschrieb, die erst heute in einigen Ländern Wirklichkeit sind! Marx war sich über die Entstehung des hedonistischen Individuums, wie es uns heute nicht nur in der Werbung begegnet, vollkommen im Klaren. Im „Kapital" finden sich diese Sätze nur deshalb nicht, weil diese Themen nicht in den Plan der ersten drei Bände hineingehören. Stattdessen finden sie sich z.B. in den „Grundrissen", d.h. in den Vorarbeiten zum „Kapital". Marx hat natürlich nicht übersehen, in welch widersprüchlicher Weise das hedonistische Individuum etabliert wird, insbesondere, wenn es sich dabei um Lohnarbeiter handelt. Das Kapital produziert den Gegensatz von Luxus - und lebensnotwendigen Bedürfnissen nur immer auf höherer Stufenleiter. Der Arbeiter bleibt relativ immer zurück. „Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das kleine Haus schrumpft zur Hütte."(94) Was gestern Luxusbedürfnis

Uwe Seibold mit Tochter Michaela, Top-Juniorin in Schleswig-Holstein

»Ich lebe für das Kind, für Tennis«

war, kann schon morgen ein notwendiges Bedürfnis sein - z.B. ein Auto -, das nun neuen Luxusbedürfnissen gegenübersteht. Die Entwicklung der Industrie hebt jeden Luxus auf, allerdings nur gegensätzlich. (95)

Die Tatsache, daß unter den Bedingungen des Privateigentums prinzipiell jeder Mensch darauf spekuliert, „dem anderen ein neues Bedürfnis zu schaffen, ihn zu einem Opfer zu zwingen, um ihn in Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten", (96) schafft nicht nur ein wahres Netz wechselseitiger Ausplünderung, sondern auch das Verständnis für diese Absicht des jeweiligen anderen. Bevor der Arbeiter selbst ausgebeutet wird, hat er zumindest im Kopf schon andere ausgebeutet. Die verdinglichte Form des Konsums gegen Geld verwandelt den Knecht in den Herrn, den Herrn in den Knecht, den Blödsinn in Verstand, den Verstand in Blödsinn".(97) (In der bürgerlichen Anrede auch des Arbeiters als „Herr" - frühe „politically correctness" - wird u.a. dies reflektiert.) Als letzte wichtige Wirkung des Sogs der kapitalistischen Warenwelt im Konsumbereich ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Lohnarbeiter als Nachfrager zu nennen. Auch hier hat Marx aufgrund seiner Wissenschaft weit über seinen Erfahrungshorizont hinausgesehen. Es wird unten noch illustriert werden, daß die große Rolle der Kaufkraft der Lohnarbeiter empirisch erst relativ spät relevant wurde.

Aber schon 1857 schrieb Marx: „Soviel kann indes nebenbei bemerkt werden ..., daß die relative, nur quantitative Beschränkung des Kreises der Genüsse der Arbeiter ihnen auch als Konsumenten ... eine ganz andere Wichtigkeit als Agenten der Produktion gibt ..."(98) Erstmals in der Geschichte hat der Konsum der ausgebeuteten Klasse eine zentrale Bedeutung für das Gelingen der Reproduktion der ausgebeuteten Klasse. In der VWL wie auch in der Wirtschaftspolitik schlägt sich dieser Tatbestand in entsprechenden Nachfrage-, Nutzen- und Spartheorien bzw. in den entsprechenden Nachfragepolitiken nieder.

DAS BÜRGERLICHE INDIVIDUUM ALS STAATSBÜRGER

Wir kommen nun zu einer weiteren Bestimmung des persönlichen Individuums, seiner Bestimmung als Staatsbürger. Wenn man die wirklichen, realen Subjekte als „ensemble" der Verhältnisse und daher als Schnittpunkte verschiedener Kategorien entwickeln will, stößt man unvermeidlich auf die Figur des Staatsbürgers. Es kann hier keine ausführliche Staatstheorie entwickelt werden, so daß einige grundsätzliche Bemerkungen ausreichen müssen. Als Selbstverständlichkeit wird unterstellt, daß der bürgerliche Staat sich weder aus dem Wert noch dem Mehrwert erklärt. In einer systematischen Ableitung kann der bürgerliche Staat erst nach der Konkurrenz entwickelt werden, weil diese dem Staat vorausgesetzt ist, aber der wirkliche bürgerliche Staat ist der



Pokale in Ellerbek: Michaela, 11, Uta, 12, und Katja, 12

»Das Größte ist, wenn du sagen kannst, ich bin der Sieger«

wirklichen Konkurrenz vorausgesetzt: „Das materielle Leben der Individuen, welches keineswegs von ihrem bloßen „Willen" abhängt, ihre Produktionsweise und die Verkehrsform, die sich wechselseitig bedingen, ist die reelle Basis des Staates ...". (99)

Als Momente des reellen Staatsbürgers wurden bisher entwickelt: das Klassenindividuum, die Charaktermaske, das persönliche Individuum, dessen Schnittpunkte, - also Verkäufer, (selbstbeherrschter) Käufer und hedonistisches Individuum im Nichtarbeitsbereich (mit der Familie als zentralem Ort, der ganz der individuellen Besonderheit anheimfällt), sowie der Konsument in seiner geschichtlich neuen Bedeutung für die Volkswirtschaft. Es ist klar, daß alle diese Bestimmungen nicht beziehungslos nebeneinander stehen. In einem gewisse Sinn könnte man das Gramsci'sche Bild der „Stockwerke" benutzen, um die Hierarchie der Kategorien anzudeuten. Marx spricht von „ensemble" oder „Momenten". Den Terminus „Schnittpunkt" benutzt er im Zusammenhang seiner Kritik an Stirner, weil dieser vom Subjekt als Schnittpunkt verschiedener Bestimmungen ausgeht. Da der Zusammenhang aber entwickelt wurde, ist das Problem der Namensgebung weniger bedeutend. Was noch fehlt ist, wie gesagt, der Staatsbürger und dann natürlich der ganze Überbau an Traditionen, Werten, Sinngebungen, Deutungsmustern, Gefühlen- auch die Sprache übrigens- d.h. die relativ eigenständige Welt der überlieferten, wie auch der modernen Ideen, Wahrnehmungsweisen, immateriellen Aneignungsweisen, ideologischer Formen etc.

Hier konnte bisher nur auf Grundstrukturen des Alltagsbewußtseins hingewiesen werden, soweit diese aus den verschiedenen Momenten der Individualität und den praktisch-geistigen sowie sinnlichen Aneignungsweisen hervorgehen. Was darüber hinausgeht, kann nur am Beispiel einiger Lebensselttheorien und einiger Illustrationen angedeutet

werden. In dieser Arbeit geht es nur um den Nachweis der relativen Autonomie dieser Bereiche und um den Hinweis, daß sie sich vor allem über dem Nichtarbeitsbereich erheben. Es ist klar, daß angesichts dieser begrenzten Aufgabenstellung auch die Rückwirkung sowohl der sekundären Lebensbereiche als auch der Ideologien etc. auf die „Basis" nicht mehr behandelt werden kann.

Zurück zum Staatsbürger: Im Kapitalismus ist die ökonomische Gewalt als personifizierter Sachzwang von der politischen Gewalt getrennt. Diese Trennung ging historisch der vollen Entfaltung des Kapitalverhältnisses voraus, worauf hier nicht näher eingegangen werden muß. Wir haben gesehen, daß der Lohnarbeiter als freies Subjekt gesetzt ist, daß er bei der Verfolgung seiner individuellen Interessen keinem Meister, Kaufmann oder einzelnen Kapitalisten Rechenschaft schuldig ist. Aber woher kommt dann der bürgerliche Staat, oder besser gefragt, - wodurch wird er täglich reproduziert? Die kapitalistischen Individuen stehen sich in ihrer Lebenspraxis als Verkäufer und Käufer gegenüber, die Käufer konkurrieren wiederum ebenso untereinander wie die Verkäufer, es existiert eine allumfassende Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen, zwischen den Lohnarbeitern, zwischen den ersteren und den letzteren, es gibt diese Konkurrenz zwischen den Produzenten derselben Warenart ebenso, wie unter den Produzenten verschiedener Sphären, es gibt sie zwischen Kaufleuten, Pächtern, Geldverleihern, etc. Die Konkurrenz ist auf der Ebene der Handlungen nichts als das Resultat der Verfolgung individueller, oder auch Sonderinteressen. Über die Konkurrenz wird der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen den vereinzelten Einzelnen widersprüchlich wiederhergestellt. Aber das Individuum A bemächtigt sich der Ware des Individuums B nicht mit Gewalt, sondern beide erkennen sich wechselseitig als Eigentümer an. Weil sie um ihre Abhängigkeit voneinander wissen, anerkennen sie sich als Privateigentümer, ohne dabei zu übersehen, daß es sich bei ihren jeweiligen Interessen um gegensätzliche Sonderinteressen handelt. Der ökonomische Zwang zur wechselseitigen Anerkennung als austauschende Personen bei gleichzeitigem Bedürfnis nach Begrenzung der störenden Sonderinteressen der anderen, gewinnt ihnen zum abstrakt freien Willen, d.h. zu einem von ihrem konkreten Willen getrennten Willen. Das allgemeine Interesse, das jeder Einzelne als Motiv seiner in Wirklichkeit egoistischen Handlung ausgibt, kann naturgemäß nur außerhalb der Konkurrenz und jenseits der ökonomischen Sphäre liegen. (101) Die Verständigung des Willens als abstrakter materialisiert sich im bürgerlichen Staat. Ihr abstrakt freier Wille bzw. ihr Interesse an einem allgemeinen Interesse tritt ihnen dann selbst als Beschränkung gegenüber, denn die Beschränkungen die sie anderen auferlegen wollten, lassen sich nur durch die Duldung einer Instanz verwirklichen, die diese Beschränkungen allen auferlegen kann. Die Abtrennung eines allgemeinen von dem besonderen Interesse tritt deshalb als Getrenntheit von Staat und Gesellschaft (= Konkurrenz) in Erscheinung. In ihrem abstrakten Willen sind die Subjekte daher (moralische) Staatsbürger und in ihrem Sonderwillen sind sie Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft. „Bürgerliche Gesellschaft und Staat sind getrennt. Also ist auch der Staatsbürger und der Bürger, ... getrennt. (...) Um also als wirklicher Staatsbürger sich zu verhalten ... muß er aus seiner bürgerlichen Wirksamkeit heraustreten, von ihr abstrahieren, denn die einzige Existenz, die er für sein Staatsbürgertum findet, ist seine pure, blanke Individualität..." (102)

Die diesen Individuen gegenüberstehende Gewalt ist entpersonalisiert, d.h. sie ist in niemandes Besitz und daher öffentlich. Insofern die Gleichheit zwischen den Individuen durchgesetzt ist, ist diese öffentliche Gewalt der Staat aller. In der Realität ist dies alles das Resultat von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die in jedem Land einen unterschiedlichen Verlauf genommen haben bzw. immer noch nehmen. Die auf diese Weise etablierte Figur des Staatsbürgers deckt sich ganz offensichtlich am ehesten mit dem oben entwickelten persönlichen Individuum. Ihr Hauptbetätigungsfeld liegt in der Nichtsarbeitssphäre, die sich gewissermaßen in reine Privatsphäre und politische Sphäre teilt. Wichtige Formbestimmungen der politischen Sphäre, in der sich das Individuum als Staatsbürger bewegt, sind z. B.: Grundrechte, Gesetz, Demokratie, Sozialstaat, Steuern, Allgemeinwohl, bürgerliche Öffentlichkeit, Außenpolitik. Das wichtigste Medium alltäglicher staatsbürgerlicher Betätigung ist die Öffentlichkeit, auf die über Parteien, Demonstrationen, Teilnahme an Selbstverwaltungseinrichtungen, Leserbriefe und Biertischgespräche Einfluß genommen werden soll. Über Zeitungen, Nachrichten etc. erfährt der Staatsbürger, worin die jeweilige öffentliche Meinung besteht. Die Staatsbürger beziehen sich positiv auf diese Öffentlichkeit, auch wenn sie (konstruktive) Kritik üben. Sie tun das, weil sie ihren jeweiligen Willen an den ihnen vorrausgesetzten Verhältnissen relativieren „müssen". Mit der Etablierung des Staates tragen sie ihre Konkurrenzen nicht mehr in allen Bereichen unmittelbar aus, sondern unter Bezugnahme auf staatliche Festsetzungen. Weil sie sich „selbst beherrschen im Gegensatz zum Sklaven, der eines Meisters bedarf", d.h. weil ihre Freiheit eine Freiheit innerhalb von verschiedenen Sachnotwendigkeiten ist und weil sie mit dem auf diese Weise bereits relativierten und selbst kontrollierten Willen die Welt so betrachten, als bestände sie nur aus Chancen und Möglichkeiten, die es zu nutzen gälte, lohnt sich in ihren Augen die freiwillige Selbstkontrolle. Wenn Marx daher sagt, die Individuen seien das „ensemble" der gesellschaftlichen Verhältnisse, dann muß man einschränkend hinzufügen, daß dies nur zutrifft, soweit sie sich auch als

„ensemble" aufführen, solange sie also nicht ihre eigenen Existenzbedingungen aufheben. (104)

Die Setzung des Individuums als politischen Staatsbürger ist das Resultat seiner unmittelbaren Trennung vom gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Erst diese Trennung macht die außerökonomische Staatsinstanz notwendig und macht dadurch das Individuum zum Atom einer Volks-Masse. In seiner atomisierten Gestalt erhält dieses Individuum Menschen- und Grundrechte (105). Erst die „pure, blanke Individualität" dieser Figur ermöglicht den Gedanken an Rechte, die ihr wegen ihrer „Menschennatur" schlechthin zukommen sollen. Diese von den Privatsubjekten selbst vollzogene Trennung tritt ihnen als Zwang gegenüber, als Zwang, sich als anerkannt Unterschiedliche an Gleichem messen lassen zu müssen: gesetzliche Gerechtigkeit. Ein prinzipieller Einwand gegen diesen Zwang ist aber schon deshalb nicht möglich, weil das Individuum als Teil der Volksmasse längst die Übereinstimmung zwischen seinem abstrakten Willen und der Staatsgewalt kundgetan hat. Selbst dort, wo der politische Staat die gesellschaftlichen Unterschiede anerkennt und sie im öffentlichen Interesse so behandelt, daß die Leistungsfähigkeit der Nation erhalten bleibt, selbst in diesem Falle wird das Individuum nicht als Privatmensch, sondern in seiner Funktion für das allgemeine Interesse angesprochen. Eine besonders herausragende Figur ist der Mensch als Steuerzahler. Ob Lohnarbeiter oder Unternehmer, befindet er sich hier nach eigener Meinung in der Position des Anspruchsberechtigten und des Richters. Eifersüchtig wacht er darüber, daß die leidigen Zwangsabgaben, wenn schon die Wegzahlung unvermeidlich war, wenigstens nicht anderen unverdient zufließen (106). Die Macht eines konkreten Staates und damit auch der abstrakte Volkswille finden ihre Schranken durch die Existenz anderer Staaten. Jenseits der nationalen Grenzen existiert ein anderer Souverän, dessen Willen prinzipiell den Willen des ersteren begrenzt. Diese historische Tatsache erfordert von jedem Gemeinwesen die Fähigkeit, sich als solches gegen die Einwirkung fremder Willen verwahren zu können. Als Privatperson sind dem bürgerlichen Individuum nationale Interessen im Prinzip fremd. Es geht als persönliches Individuum nur seinen partikularen Interessen nach und ist darin zunächst nicht politisch. Hiervon getrennt, als Staatsbürger und moralischer Wächter über die Beschränkung seiner Konkurrenten, d.h. als Fanatiker des Allgemeinwollls ist es auch Nationalist (Kosmopolitismus ist nur die aufgeklärte Fassung) gegen andere Gemeinwesen. Wie schon erwähnt, war sich Marx darüber im klaren, daß auch das Über- und Unterordnungsverhältnis im Betrieb, d.h. jenseits des Marktes und jenseits der politischen Sphäre, politische Ausdrücke seiner selbst produzieren würde. Tatsächlich sind die unmittelbaren Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital heute staatlich reglementiert. Vom Koalitionsrecht über die Betriebsverfassung und das Arbeitsrecht bis zur Sozialgesetzgebung sind die Verhältnisse so geordnet, daß die Kontrahenten nicht mehr spontan und unmittelbar, sondern in geregelter und normierter Weise aufeinandertreffen. In diese „Verrechtlichung" aller Lebensverhältnisse münden nach und nach alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und diese Normierung wird umso differenzierter, desto differenzierter sich die Arbeitsarten, die Lebensbereiche etc. entwickeln, und sie vollzieht sich - wie die Individualisierung - in widersprüchlicher Weise.

Der Kampf der Arbeiter für das Wahlrecht war immer auch ein Kampf um ihre Anerkennung als Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Soweit damit revolutionäre Erwartungen (und entsprechende Befürchtungen auf Seiten der Etablierten) verbunden waren, wurden sie restlos widerlegt. Selbst eine numerische Mehrheit von Arbeiterstimmen könnte nichts daran ändern, daß sie in einer Wahl keine eindeutigen Klasseninteressen, sondern die Interessen aller Momente ihrer Individualität vertreten. Ihr Interesse an Geld ist z.B. Interesse an einem Reichtum, der getrennt von allem wirklichen Reichtum, d.h. im Gegensatz zu den Gebrauchswerten existiert. Wenn die Arbeiter dem Geld nachjagen, müssen sie die Lohnarbeit wollen, d.h. erneut eine Trennung - diesmal zwischen sich und ihrer Arbeitskraft - an sich selbst vollziehen. Wenn sie die Lohnarbeit wollen, müssen sie den Erfolg des Kapitals wollen. Wenn sie schließlich eine Regierung über sich wählen, vollziehen sie die Trennung zwischen ihrem partikularen Willen und ihrem Staatsbürgerwillen.

Mit dem Wahlrecht gewinnen sie Einfluß auf die politischen Entscheidungen, vermittelt über politische Parteien, und unterwerfen sich damit politischen und somit allgemeinen Interessen. (108) Der rechtliche Regelungsbedarf wie auch die öffentliche Erziehung der Wahlbürger in die Entscheidungsfindung erweitern sich mit der weiteren Ausdifferenzierung der Lebensbereiche: Nicht nur die vergesellschafteten Lebensbereiche, wie Schulsysteme, Gesundheitswesen, und Altersversorgung, sondern auch Familie, Vereinswesen usw. werden rechtlich normiert und persönlicher Disposition (und auch Willkür) entzogen. Dieser Prozeß liegt in der Konsequenz der spezifischen Weise, in der das Individuum als bürgerliches geschaffen wird. Die Befreiung des Einzelnen von persönlicher Abhängigkeit- und diese findet auf allen Ebenen des sozialen Raumes statt: schwindender Einfluß von Familie, städtischer oder ländlicher Herkunft, religiöse Orientierung, geschlechtlicher Zugehörigkeit, etc. auf die Stellung in der Gesellschaft- vollzieht sich als Prozeß der Verdunkelung des tatsächlichen Zusammenhangs zwischen Individuum und Gesellschaft bzw. auch Individuum und äußerlicher Natur. Es wird zwar ein Individuum entwickelt, sogar ein reicheres als je zuvor, aber es wird nicht als gesellschaftliches Individuum entwickelt. Dieses In-

dividuum ist daher reicher und zugleich bornierter als jedes andere. Weil seine Schöpfung mit einer sich stets erweiternden Verkehrung von Subjekt und Objekt einhergeht - als Subjekt der Geschichte erscheinen das die Produktion revolutionierende Kapital und der alles lenkende Staat -, ist es irritierend, gesellschaftlich unwissend, ideologisch, voller Tugenden, pflegt alle möglichen Weltbilder und Geschichtsbilder, moralisiert gegen sich und andere, sucht und findet überall einen „Sinn", interpretiert seine sich mehr oder weniger lohnende Praxis der freiwilligen Selbstkontrolle als Charakter und hält sich bei alledem für furchtbar individuell. Agnes Heller spricht in diesem Zusammenhang vom „Radikalismus des Gemüts", Marx spricht von „Maskerade" und „Religion des Alltagslebens" (109).

Zur Sozialgeschichte des bürgerlichen Individuums

Das schlimmste was man der Geschichte antun kann, ist, sie als Bebilderung einer vorher fertigen Theorie zu mißbrauchen. Ein „Geschichtsbild" zu haben, das ist nicht nur eine im Alltag übliche Form der Verdinglichung, sondern auch verbreitetes Verfahren in der Wissenschaft. Wenn hier dennoch eine geschichtliche Illustration folgt, so nur, weil in der Marx`schen Theorie Geschichte bereits verarbeitet ist. Alles, was auf den folgenden Seiten zur neueren Geschichte gesagt wird, hat daher den Charakter von Arbeitshypothesen. Diese Thesen stützen sich auf neuere Forschungsergebnisse und sind zugleich ein Versuch, aus dem bisherigen im Text Entwickelten Schlußforderungen hinsichtlich der noch zu klärenden Fragen zu ziehen.

Die historischen Kategorien sind immer theoretische Ausdrücke historischer Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Die Darstellung im Marx'schen Kapital unterstellt eine Gesellschaft entwickelter kapitalistischer Produktion. Ob es zu dieser kapitalistischen Totalität in einem bestimmten Land wirklich kommt, und falls ja, wie es dazu kommt, entscheidet sich in realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die es deshalb konkret zu analysieren gilt. Marx sagt dazu ausdrücklich, daß das Kapital als sich verwertender Wert „nicht nur Klassenverhältnisse" umschließt (110). Ihm ist klar, daß die konkrete Totalität auch historisch- konkret ist. In der theoretischen Entwicklung der Kategorien schlägt sich dieser Umstand darin nieder, daß die (genetische) Ableitung auf ihre Grenzen stößt: „Es ist zu bedenken, daß die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus dem Nichts entwickeln..., sondern innerhalb und gegensätzlich gegen vorhandene... Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andere voraussetzt, und so jedes Gesetz zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischem System der Fall. Dies... System (!) selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben darin, alle Momente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität.(111)

So ist etwa der freie Arbeiter historische Voraussetzung zur Entwicklung des Kapitals. Wenn das Kapital etabliert ist, produziert es diesen Lohnarbeiter selbst aufs Neue, macht ihn zum Moment der kapitalistischen Logik. Das Gleiche läßt sich von den technologischen Voraussetzungen der relativen Mehrwertproduktion sagen, die größtenteils als Handwerksprodukte entstanden. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Ökonomen, die nach Marx' Meinung „alle historischen Unterschiede verwischen." (112), bemüht sich Marx, seine Kategorien so zu entwickeln, daß mit ihnen nicht nur die aktuellen Verhältnisse begriffen werden können, sondern daß sie auch ein Schlüssel für Einsichten in die Vergangenheit sind (113).

DIE AUSDEHNUNG DES NICHTARBEITSBEREICHES SEIT DER JAHRHUNDERTWENDE

Als eigentlicher Lebensmittelpunkt erscheint dem Lohnarbeiter nicht die Arbeit, sondern die Familie, die ihm seit seiner Kindheit als der Bereich gilt, der ganz seiner Besonderheit als Individuum gewidmet ist. Dabei tut es nichts zur Sache, daß sich die Familie als Institution heute eher als in Auflösung begriffen darstellt, daß viele Leute unverheiratet und in häufiger wechselnden Beziehungen zusammenleben. Der Anspruch, einen Bereich zu haben, wo man „ganz Mensch" sein kann, bleibt der gleiche. Für diesen Lebensmittelpunkt hatten die Lohnabhängigen (in Deutschland) in der Vergangenheit nicht sehr viel Zeit übrig. Angesichts wöchentlicher Arbeitszeiten von etwa 80 Stunden (1030–1860) oder auch „nur" von 60–65 Stunden (1890–1900) ging es in der Regel mehr ums blanke Überleben, so daß für gemütliche und unbeschwerte Stunden im trauten Heim wenig übrigblieb. Entsprechend undifferenziert war auch die Gefühlswelt. Die typische Figur dieser Zeit war der autoritäre proletarische Ehemann und Vater. Die Kindererziehung erfolgte auf der Straße und unter ausreichend Prügel; das Bildungsniveau und auch der Umkreis der Lebensmittel waren gleichermaßen dürftig. Geheiratet wurde nahezu ausschließlich innerhalb der eigenen Schicht. „Versorger" war trotz Frauen-Lohnarbeit in erster Linie doch der Mann, während die Frauen mit schwerer körperlicher Hausarbeit, z.T. auch mit Heimarbeit etc., zu tun hatten. Die Festlegung auf die Fabrikarbeit des Mannes trennte endgültig den Wohnbereich vom Arbeitsbereich, Schichtarbeit zerriß nun auch den tageszeitlichen Zusammenhang der Familie. Hinzu kamen solche neuen Errungenschaften wie Anfahrtzeiten zum Arbeitsplatz (häufig in Form von Fußmärschen), „Mobilität" hinsichtlich des Wohnortes etc. Die Welt

der Bürgerfamilien sah zu diesem Zeitpunkt bereits ganz anders aus und sie blieb noch das Ideal der Arbeiterfamilien, als die Bürger selbst schon wieder andere Ideale hatten. In den Bürgerfamilien - vom verarmten Handwerkerhaushalt bis zum Fabrikanten - wurde das Ideal der intakten Familie gepflegt, wo Kinder und Frau getrennt von der harten Außenwelt Geborgenheit schufen und auf den heimkehrenden Vater und Ehemann warteten. Familienfeste, Kindererziehung und vieles mehr machten diese Familie zum betonten Zentrum des Lebenssinnes. Mit der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität („relativer Mehrwert") und durch (nicht nur von unten erzwungene) Staatseingriffe kam es zu kürzeren Arbeitszeiten und gingen mehr Gebrauchswerte in die Lohnarbeiterhaushalte ein. Im Jahr 1900 fordern die Gewerkschaften: „8 Stunden Unternehmerdienst, 8 Stunden Schlaf und 8 Stunden Mensch sein!" 1910 ist der 10-Stundentag bei 6 Arbeitstagen üblich. 1918 wird die 48-Stunden-Woche gesetzlich durchgesetzt, was natürlich nicht heißt, daß jetzt „nur" noch 48 Stunden gearbeitet wurde. 1938 erlassen die Nazis (!) die Arbeitszeitordnung und setzen den Achtstundentag fest. (Diese AZO ist noch heute gültig.) 1956 wird die 45-Stundenwoche tarifvertraglich im IGM-Bereich eingeführt. 1965 beginnt in der Druckindustrie die 40-Stundenwoche. Ab 1979 gibt es im IGM-Bereich 6 Wochen Jahresurlaub. 1984 wird die flexible 38,5 Stunden-„Woche" (im Jahresdurchschnitt, also nicht als Normalarbeitszeit) im IGM-Bereich eingeführt. Die tatsächlichen Arbeitszeiten Überstunden etc. liegen jeweils erheblich höher. Wie auch immer: auf jeden Fall verminderte sich die wöchentliche Arbeitszeit seit 1900 um offiziell 20 Stunden, die Jahresarbeitszeit verminderte sich zudem durch längere Urlaubszeiten. Spätestens seit 1910 existieren deutliche zeitliche und räumliche Trennungen von Arbeit und Freizeit. Trotz gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit und auch Verlängerung der Lebensarbeitszeit nehmen die Lohnabhängigen zunehmend an der kapitalistischen Zivilisation teil. Die größere Freizeit ist dabei nur die allgemeine Voraussetzung, aus der alleine dieser Prozeß nicht zu erklären ist. Sozialversicherungswesen, Vergesellschaftung der Schulbildung usw. werden teils erkämpft, teils von oben eingeführt und teils von der komplizierten Technologie erzwungen. Parallel hierzu erfolgt die Verwandlung der Lohnarbeiter zu Staatsbürgern. Von diesen Zusammenhängen handeln die folgenden Abschnitte.

DIE UMWANDLUNG DES „VIERTEN STANDES" ZU STAATSBÜRGERN

Wie kann das konkrete Individuum den abstrakten Standpunkt des Staatsbürgers erlangen? Wie kommt es, daß am Einzelnen erscheint, was das allgemeine Gesetz ist? Theoretisch wurden diese Fragen schon oben beantwortet. Hier geht es darum, stichwortartig nachzuzeichnen, wie die aus den plebejischen Stadtschichten und besitzlosen Bauern hervorgegangen und zunächst als „Vierter Stand"(nach Adel, hohem Klerus und Bourgeoisie) außerhalb der Gesellschaft stehenden Lohnarbeiter nach und nach zu vollständigen Staatsbürgern wurden. Die ökonomische Seite dieser Entwicklung - etwa frühe Lohngesetze, Koalitionsverbote, Entlohnung in Naturalform (Trucksystem) etc. - kann hier nicht weiter erörtert werden. Auf einige Aspekte wird jedoch im nachfolgenden Abschnitt eingegangen.



Erst mußte sich KMK-Präsident Helmut Engler den unangenehmen Fragen der Schüler stellen und dann von Schülersprecher Thorsten Lüthke eine Kiste mit 25 000 Unterschriften gegen die beabsichtigte Schulzeitverkürzung entgegennehmen.

Individuelle Rechte gab es in Europa vor 1628 weder für die unteren noch für die oberen Stände. In der altenglischen Magna Charta (1215) wurden erstmals den Baronen vom englischen König Standesrechte gewährt, z.B. durften die Barone ein eigenes Gerichtswesen zur Regelung von Standesstreitigkeiten errichten. Der Grundgedanke auch entsprechender Verträge anderswo (z.B. Tübinger Vertrag von 1514) war immer die wechselseitige Bindung und Beschränkung von Herrschaft. Eine wirkliche

Einschränkung des Monarchen erreichte jedoch nur das englische Adelsparlament. In jedem Fall aber wurden nicht Einzelnen, sondern Ständen und Institutionen Rechte gewährt bzw. verweigert. Die ersten Individualrechte brachte 1628 die englische „Petition of Rights". Sie gab allen Engländern gewisse Einzelrechte, z.B. den Schutz vor willkürlicher Verhaftung und die Garantie des – soweit vorhanden – Eigentums. Auf dieser Ausgangsbasis und ebenso praktisch durch die ökonomische Entwicklung wie theoretisch durch Staatstheoretiker wie Locke, Montesquieu und Rousseau vorbereitet, entstand der Gedanke „natürlicher" Grund- und Menschenrechte „des Individuums". Diese Abstraktion schlug sich erstmals in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und dann in der Menschen- und Bürgerrechtserklärung der französischen Revolution (1789) nieder. Die französische Verfassung von 1791 stattete das (Weiße! Nicht die schwarzen Sklaven) Individuum gleich mit 35 natürlichen Rechten aus, inklusive des Rechtes auf Widerstand gegen den abstrakten Volkswillen, aber ausdrücklich ohne Koalitionsrecht für Arbeiter. Gleichheit und Freiheit als ideale Ausdrücke der Warenproduktion waren damit etabliert, aber es gab bereits „soziale Grundrechte" und somit die Anfänge einer sozialstaatlichen Kalkulation mit den ungleichen Voraussetzungen in einer Klassengesellschaft. Nach verschiedenen Restaurationsversuchen (Napoleon Bonapartes) bestätigte die französische Julirevolution 1830 diese Entwicklung. Einige ihrer Momente gingen 1818 und 1819 in die Verfassung verschiedener süddeutscher Staaten ein (Bayern, Württemberg) und wurden dann 1830 z.T. auch in Norddeutschland übernommen. In Deutschland war 1806 das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerfallen und damit auch dessen Ständeversammlung (bestehend aus Gesandten der drei Reichsstände: Kurfürsten, Reichsfürsten und Städte). Der Wiener Kongreß von 1814/15, der aus 38 Fürsten und vier Reichsstädten den Staatenverbund „Deutscher Bund" schuf, brachte auch eine Bundesversammlung dieser „Interessensgruppen" zustande. Erste Einschränkungen des Monarchen in Form ständischer Volksvertretungen wurden nach 1830 teilweise wieder rückgängig gemacht. Ein allgemeines (Männer-) Wählrecht brachte erstmals die Frankfurter Nationalversammlung im Mai 1848. Gewählt wurden keine Parteien, sondern „angesehene Bürger" (häufig Professoren). Im Paulskirchenparlament saßen auch einige reichere Bauern und Handwerker, aber keine Arbeiter. Nachdem diese Versammlung ein Jahr später auseinandergejagt und die Fürstenmacht wieder etabliert war, gewährten die Monarchen von oben größtenteils Verfassungsrechte. In Preußen durfte nun auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts - gewählt wurde nach Steuerklassen, wobei mit höheren Steuern die Stimmen höher gewichtet wurden - konstruktiv am Staatsgeschehen mitgewirkt werden. Im Norddeutschen Bund wurde allerdings bald das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht eingeführt. Ab 1861 kam es in vielen Einzelstaaten zu Parteigründungen: 1861: Deutsche Fortschrittspartei; 1866: Nationalliberale Partei; 1867: Preußischer Volksverein; 1876: Deutsch-Konservative; 1870: Vorläufer der Zentrumspartei usw. In diese Zeit fällt auch die Gründung politischer Arbeitervereine (1863 der ADAV mit Lasalle und 1869 die SDAP mit Bebel/Liebknecht), die sich dann 1875 in Gotha zur SAPD vereinigten (ab 1891: SPD). Aus dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten wurde 1871 auf den Trümmern der Pariser Kommune von Fürsten und Militärs das Deutsche Kaiserreich errichtet. Es reicht hier der Hinweis aus, daß der Reichstag in dieser konstitutionellen Monarchie bis 1918 nicht viel zu sagen hatte, daß er aber immerhin das Budget zu bewilligen und die Gesetze auszuarbeiten hatte. Es gab eine Verfassung (ohne natürliche Rechte) und das vom Norddeutschen Bund übernommene allgemeine Männerwahlrecht (ab dem 25. Lebensjahr) auf der Grundlage des Mehrheitswahlsystems. Die Arbeiter, damals noch als „vierter Stand" angesehen hatten nun also ein Wahlrecht und zudem „ihre" Partei. Die damit verbundenen Erwartungen waren hoch und sie zeigten sich insbesondere in den Wahlrechtskämpfen gegen das weiterhin bestehende Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Von den Wahlen wurde seitens der Sozialdemokratie viel und

teilweise alles erwartet. Man glaubte ernsthaft an die 51%-Lösung und dabei entstand der sprichwörtliche Opportunismus der Parteien der II. Internationale. Bismarck, der das Wahlrecht gegen fürstliche Widerstände durchgesetzt hatte, setzte hingegen mit guten Gründen auf die Obrigkeitstreue und das konservative Beharrungsvermögen der großen Masse. Im großen und ganzen waren aber die Illusionen auf beiden Seiten vorhanden, d.h. die mögliche 51%-Mehrheit der SPD schreckte auch so manchen Etablierten. Die SPD konnte trotz vielerlei Behinderungen ihren Stimmenanteil von 3,1 % (1871) über 10,1 % (1887) auf 34,8 % (1912) steigern. 1893 war sie mit 23 % die stärkste Partei . Die Sozialistengesetze (1878–1890), die Bismarck mit den Sozialgesetzen (1883–1889: Kranken-, Unfall- und Altersversicherung) koppelte, konnten das Wachstum der SPD nicht behindern, aber in diesen Zeitraum fällt auch der Beginn eines immer offeneren Verzichts auf radikale Bedürfnisse. Je stärker die Partei wurde, desto bürgerlicher wurde ihre Politik. Zugleich gab es auch unter den 66–80 % Stimmen, die nicht für die SPD abgegeben wurden (und unter den 20–30 % Nichtwählern) nicht wenige Arbeiterstimmen. Was den Inhalt der damaligen „Arbeiterpolitik" betrifft, so sei nur auf einige prägnante Punkte hingewiesen:

- noch zu Lebzeiten von Engels (1885) wollte die SPD-Reichstagsfraktion der Regierungsvorlage für eine „Dampfersubvention" zustimmen.
- nur wenige Jahre später - auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale - unterstützte der Vertreter der SPD den „Nutzen und die Notwendigkeit von Kolonialpolitik" für die Arbeiter. Bernstein propagierte diese Position 1900 in der Parteipresse.

Das waren keine Entgleisungen. Bereits im Gothaer Parteiprogramm von 1875 sind viele Mystifikationen der bürgerlichen Gesellschaft versammelt: „Freier Staat", „Volkserziehung durch den Staat", „kostenlose Justiz", „Gewissensfreiheit" usw. Marx bezeichnete das Programm als Ergebnis von „Untertanenverstand" und urteilte: „Die deutsche Arbeiter Partei ... zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen ...". Engels schwankte nach dem Tod von Marx zwischen unreflektierter Begeisterung angesichts der wachsenden Stimmenzahl für die SPD und einer ebenfalls nicht gerade tiefgründigen Kritik an den schlimmsten Erscheinungsformen des Opportunismus (119). Die Sozialdemokratie beteiligte sich nicht nur an den Reichstagswahlen, sondern auch an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte usw. Über diese Beteiligungen erfolgte ein wichtiger Teil der Umwandlung von Klassenkämpfern zu Staatsbürgern, wobei immer beachtet werden muß, daß es sich hier nicht einmal um einen wirklich bürgerlichen Staat handelte. Man machte seinen Frieden bereits mit der Monarchie. Die verbleibende sozialrevolutionäre Rhetorik verdeckte bald nur noch mühsam die Wandlung zur konstruktiven Reformpartei. Nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten (1914) durch die SPD gaben dann auch der Kaiser, die Militärs, der Adel und schließlich auch die Kapitalisten nach und nach ihre Vorbehalte gegenüber den politischen Arbeitern auf. Denn obwohl sich die politische Arbeiterbewegung immer wieder als konstruktive Kraft angeboten hatte, war man auf der Gegenseite skeptisch und reserviert geblieben. Klassenkämpferische Rhetorik, aber auch die wirklichen Aktionen der radikalen Parteiminderheit nährten diese Vorbehalte ebenso wie politische Unbeweglichkeit auf Seiten der etablierten Kräfte. Als politische Kraft standen die Arbeiter bis 1914 immer noch einigermaßen außerhalb der offiziellen Gesellschaft. Erst Krieg und Kriegswirtschaft sollten das ändern. Im Schützengraben wurde - u.a. durch die technischen Gegebenheiten der modernen Waffen - die klassenübergreifende Figur des „Kameraden" geboren. Die Gewerkschaften übernahmen Aufgaben in der Kriegswirtschaft. Sie beteiligten sich an der Arbeitsvermittlung und der Wohlfahrtspflege usw. Immer häufiger saßen Arbeiter in den Ernährungskommissionen, Wucherbekämpfungsbehörden und anderen Einrichtungen der Kriegswirtschaft. In vielen Fällen wurden diese Mitbestimmungsmöglichkeiten von den Militärbehörden gegen die sich noch sträubenden Kapitalisten durchgesetzt. Im April 1917 forderte der Kaiser selbst die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen: „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist ... für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr." Die „Sachzwänge" des Krieges schufen den politischen Raum, in dem es dem Staat möglich war, die zur Verantwortung strebenden Lohnarbeiter gegen Widerstände der Kapitalisten und der vorkapitalistischen Klassen zu vollwertigen Staatsbürgern zu machen. Durch diesen Vorgang kam der damalige Staat seinem Begriff als bürgerlicher Staat selbst ein gutes Stück näher. Die staatliche Gewalt wurde mehr denn je dem unmittelbaren Zugriff privilegierter Gruppen entzogen und dadurch zur wirklich öffentlichen Gewalt. Am Ende waren die revolutionären Arbeiter isoliert und verloren die Novemberrevolution. Balibar spricht davon, daß die kollektiven Vertretungsformen (Gewerkschaften, Parteien) „das Moment des Klassenkampfes in den Massenbewegungen gegenwärtig halten".(121)

Tatsächlich waren fast alle Parteien bis zum Ende der Weimarer Republik noch ziemlich „ständisch" strukturiert, d.h. Bauern, Unternehmer, Arbeiter, Grundbesitzer etc. hatten gewissermaßen jeweils „ihre" Partei und darin lag auch ein Moment von Klassenkampf. Allerdings löste sich der anfangs relativ enge Zusammenhang zwischen der Stellung in der Distributionssphäre (gerade deshalb ist es problematisch, von Klassenkampf zu sprechen) und Parteibindung zusehends in allen Lagern auf, was

sicherlich mit der damals real werdenden Tendenz zur Individualisierung der Person (mit der Vervielfältigung der Momente, die das Individuum ausmachen) zusammenhängt. Vom Anspruch her waren die „Arbeiterparteien" noch am längsten Klassenparteien. Die KPD hat diesen Anspruch nie aufgegeben (stattdessen „Bündnisstrategien" entwickelt), die SPD gab ihn offiziell erst mit dem Godesberger Programm auf.

Die modernen Volksparteien sind sozusagen die „adäquate" Form der Interessenvertretung „schillernder Individuen": Das „Moment des Klassenkampfes", der Zuordnung von „Stellung im Berufsleben" und Partei existiert wahrscheinlich nur noch in Form von Traditionen, Gewohnheiten, Einbildung, - letztlich als Teil eines Habitus. Was der CDU ihre „Sozialausschüsse", ist der SPD ihr „Arbeitskreis mittelständischer Unternehmer". In den Parteiprogrammen dieser Volksparteien werden bereits die gegensätzlichsten Interessen miteinander versöhnt: Radfahrer und Autofahrer ebenso wie Lohnarbeiter und Unternehmer (122). Der historischen Wahlforschung zeigt sich immer deutlicher, daß die erste moderne Volkspartei in Deutschland NSDAP hieß: „Im Vergleich zu allen anderen Weimarer Parteien war die NSDAP ... diejenige mit dem breitesten Einzugsfeld. Damit nahm sie in der von Klassenstrukturen, Standesschranken und Konfessionsgrenzen tief zerklüfteten Parteienlandschaft ... eine Sonderstellung ein. (...) Gehört die Hitlerpartei daher in eine Ahnenreihe mit den Volksparteien der Nachkriegszeit? (...) Ein wichtiger Gesichtspunkt wird" (bei der Beantwortung dieser Frage) "stets die Frage nach .. Mißverständnissen ... außerhalb der Fachwissenschaft.." sein (123).

Nach dem Sieg des Faschismus hatte die NSDAP auf jeden Fall alle Individuen zu Volksgenossen gemacht und diejenigen, die das nicht werden wollten, beseitigt. Durch diese Zangenbewegung aus bürgerlicher Verdinglichung und braunem Terror wurde der Staatsbürger nach 1945 erst endgültig Wirklichkeit. Der Staatsbürger ist nach Marx das Individuum in seiner Getrenntheit von seiner ökonomischen Stellung in der Gesellschaft. Wenn er aber erst einmal vollständig geschaffen ist und alle Rückwirkungen dieses Teils des „Überbaus" auf diese Stellung wirksam geworden sind, wenn alle Sonderinteressen nur noch am Gesetz und nicht mehr am Konkurrenten relativiert werden und wenn schließlich alle sozialen Beziehungen - von der Freundschaft über das „Arbeitsleben" bis zum Umgang des Staates mit seinen Bürgern (Rechtsstaat, Sozialstaat, Verfassungsstaat) - verrechtlicht sind, dann erscheint den bürgerlichen Individuen ihre soziale Stellung in der Gesellschaft und sogar die Gesellschaft überhaupt als vom Staatshandeln konstituierte. Eine Gesellschaft ohne Staat halten sie dann für eine bloße Verrücktheit (124).

DIE AUFLÖSUNG DER „ARBEITERKULTUR" IN DIE BÜRGERLICHE MASSENKULTUR

Die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft haben ihre Lebenspläne und wenn sie diese entwerfen, gehen sie von sich als Privatpersonen aus: „Ausbildung, Freundin, Beruf, Heirat, Kind, heißen immer noch die Hauptstationen der Lebensstrategien, wenngleich hier und da einzelne Modernisierungen zu neuen Namensgebungen und Formen geführt haben. Der Beruf dient vor allem der Mittelbeschaffung, d.h. große Hoffnungen, sich gerade in Fabrik und Büro „entfalten" zu können, sind eher die Ausnahme. Selbst die im Beruf Erfolgreichen befinden sich nach eigener Auskunft stets im Zwiespalt zwischen „Karriere und persönlichem Glück". Wo die Leute ihre wirklichen Probleme sehen, das kann man leicht der Massenpresse entnehmen: „Test: Können Sie sich durchsetzen?", „Fleckenlos blank und das ohne Nachpolieren", „Gewöhnen Sie ihre Kinder an den Umgang mit Geld", „Bis zu 80 % Einsparung durch Spar-Wasserhahn", „Kinder von den Eltern überfordert?", „Gesundheit ist unser höchstes Gut", „Zerrüttete Ehen sind Gift für Magen und Herz", „Behagliche Ferien in wildromantischer Landschaft", „Sind die Zeiten der wuchtigen Schrankwand vorbei?", „Tips für gute Nachbarschaft", „Jeder Deutsche ist sechsfach versichert", usw. Diese und ähnliche Fragen stehen eindeutig im Mittelpunkt eines „normalen" Bundesbürgers, und zwar – mit Variationen – in allen gesellschaftlichen Schichten.

Auch berufliche und politische Fragen werden vom Standpunkt des Nichtarbeitsbereiches aus wahrgenommen. Die von der Schule überforderten Kinder erscheinen als Opfer von Eltern, soweit diese die offiziellen Ansprüche an ihren Kindern durchsetzen wollen. Es wird aber beispielsweise auch gefragt: „Sind Japans Arbeiter fleißiger?" oder festgestellt: „Umweltschutz fängt zu Hause an!" Selbst die politischen „Skandale", anhand derer öffentlich erörtert wird, ob sich auch alle den gleichen Spielregeln unterwerfen, sind aus privater Sicht Probleme des guten oder schlechten Charakters anderer Leute. An ihnen und an den sonst von den Medien gelieferten Porträts erfolgreicher oder gescheiterter Mitbürger läßt sich ablesen, was einen gelungenen Lebensentwurf ausmacht: Das richtige Elternhaus, eine Ausbildung, Wehrdienst oder Zivildienst, Glaube an einen Herrgott oder wenigstens Philosophiekenntnisse, die richtige Partei oder bewußt parteilos, Verbindungen, einen passenden Partner bzw. Partnerin, Beharrlichkeit, Temperament, Humor, Überzeugungsstärke, aber auch Unauffälligkeit wo's angebracht ist, Optimismus und List, etwas Eitelkeit und bewußt eingesetzte Bescheidenheit, vergleichendes Konkurrieren ohne deshalb gleich zu verbiestern und vor allem kritische Konstruktivität. Die Frage ist nun, ob die privaten Lebensentwürfe vor 5o oder 70 Jahren sehr viel anders aussahen oder

ob es unter den Bedingungen einer einflußreichen „Arbeiterbewegung" vollkommen andere Lebenspläne gab. Mit anderen Worten: es fragt sich, ob die Existenz einer sich als Klassenbewegung verstehenden politischen Massenbewegung die vollständige Privatheit der Individuen so relativiert, daß diese die „Ziele ihrer Klasse" in ihre privaten Pläne integrieren, so daß es statt zur Integration der Familienorientiertheit in die Massenkultur zu einer Einbindung in eine Klassenkultur kommt? Zunächst stößt man mit dieser Frage auf den Gegensatz von „Klasseninteresse" und „persönlichem Interesse". Nach dem, was in diesem Referat bisher ausgeführt wurde, kann es ein „Klasseninteresse" bestenfalls als real wirkende (politische) Ideologie geben. Das gemeinsame Interesse etwa der Arbeiter an dem Verkauf ihrer Arbeitskraft (an bestimmten Bedingungen der Vernutzung) ist nur ein Moment ihres Interesses als Lohnarbeiter. Soweit sie als Verkäufer auftreten, stehen sie in Konkurrenz zueinander und soweit sie diese Konkurrenz im Lohnkampf außer Kraft setzen, tun sie es nur, um dann auf (möglicherweise) höherem Lohnniveau wieder zu konkurrieren. Selbst zu Zeiten der 60-Stundenwoche gab es diese Dualität von momentanem allgemeinen Klasseninteresse und dem partikularen Interesse des einzelnen Arbeiters. Marx, der von „Klasseninteresse" nur an einer Stelle spricht - in der „Deutschen Ideologie" - kennzeichnet diese Bewußtseinsform von Arbeiterbewegungen als Entfremdung: „Wie kommt es, daß die persönlichen Interessen sich den Personen zum Trotz zu Klasseninteressen fortentwickeln, welche sich den einzelnen Personen gegenüber verselbstständigen, ... die Gestalt allgemeiner Interessen annehmen, als solche mit den wirklichen Individuen in Gegensatz treten und in diesem Gegensatz ... von dem Bewußtsein als ideale, selbst religiöse, heilige Interessen vorgestellt werden können? Wie kommt es, daß ... das persönliche Verhalten des Individuums sich versachlichen, entfremden muß und zugleich als von ihm unabhängige, durch den Verkehr hervorgebrachte Macht, ohne ihn besteht ...?"

Kaltenkirchen

Glückliche Gesichter bei Ikea: Tageseinnahme für die Mitarbeiter

Von B. FALKENBERG

Bei Ikea in Kaltenkirchen sah man Sonnabend hinter den Kassen, an den Regalen, an der Warenausgabe, im Lager nur strahlende Mitarbeiter: Das schwedische Möbelhaus teilte die gesamte Tageseinnahme unter seinen 230 Leuten auf. 460 000 kamen zusammen, rund 2000 Mark für jeden – ein 14. Monatsgehalt.

Was machen die Ikea-Leute mit dem Geld?

Ingrid Kruse (49) von der Hauptkasse: „Ich bringe alles auf's Sparbuch."

Teppichverkäufer Karl Marsen (36): „Ich lege das Geld für mein neues Auto zurück."

Über 3000 Kunden kamen

Daniela Harms (16), kaufmännischer Lehrling: „Das ist für mich unheimlich viel Geld. Endlich kann ich mir mal ein paar schicke Klamotten kaufen."

Jörg Hamdorf, der als Betriebswirtschafts-Student jobbt und den Kunden hilft, sperrige Möbel auf den Einkaufswagen zu packen: „Ich spare das Geld für den Urlaub im Süden."

Zum Ikea-Belegschafts-Tag kamen über 3000 Kunden, 500 mehr als sonst sonnabends. Regine Burkhard aus Hamburg-Eppendorf (erstand für 1000 Mark eine Badezimmer-Einrichtung): „Das Geld ist ja für einen guten Zweck. Da macht's Kaufen doppelt Spaß."

Warum Ikea die Aktion machte? Chef Jens Erichsen (40): „Wir rechnen dieses Jahr mit 1,3 Milliarden Mark Umsatz, elf Prozent Steigerung. An dem Erfolg wollten wir auch unsere Mitarbeiter teilhabenlassen."



Zehn Mitarbeiter von IKEA freuen sich vor ihrem Möbelhaus in Kaltenkirchen: Für jeden gibt's 2000 Mark aus der Tageskasse.

(126) Weil Marx ein „Klasseninteresse" eindeutig als Ideologie analysiert, spricht er sich auch dagegen aus gegenüber dem Einzelnen auf die „Interessen der Arbeiterklasse" zu pochen. Kommunisten sollen „weder den Egoismus gegen die Aufopferung noch die Aufopferung gegen den Egoismus geltend machen." (127) Das bedeutet, daß der einzelne Arbeiter nur insoweit nicht „entfremdet" kämpft, wie er aus egoistischem Interesse am gemeinsamen Widerstand teilnimmt. Das ist z.B. dann der Fall, wenn er im Lohnkampf sein Konkurrenzinteresse berechnend für einen Moment zurückstellt. „Gekämpft" wird dann nicht für „Klasseninteressen", sondern für die Interessen der Lohnarbeit. Es kann aber auch zum massenhaften „radikalen Bedürfnis" werden, die Unsicherheiten der Lohnarbeit überhaupt zu beseitigen, d.h. das Lohnsystem zu beseitigen. Dann liegt es im egoistischen Bedürfnis vieler, dies organisiert zu tun (128). Solange solche radikalen Bedürfnisse nicht existieren – und dies erfordert eine Kritik an der Verkehrung von Subjekt und Objekt –, solange wird es die genannte Dualität von Einzelinteresse (im Privatleben und während der als dessen Mittel eingesetzten Lohnarbeit) und ideologischem „Klasseninteresse" geben, solange werden die Menschen ihre Probleme und Kämpfe in ideologischen Formen austragen. Darauf, daß dies nichts an der „historischen Berechtigung" solcher Kämpfe ändert, die Gründe und Anlässe dieser Kämpfe nicht beseitigt, wurde schon hingewiesen (129). Auf die als Arbeiterbewegung bezeichneten revolutionären Massenbewegungen im deutschen Kaiserreich und zur Zeit der Weimarer Republik trifft m.E. die hier gegebene Charakterisierung zu. Die sukzessive Auflösung dieser Bewegungen nach 1945 wurde durch faschistischen Terror und faschistische „Modernisierung" erst in diesem Umfang möglich. Dies beweist m.E. schon ein oberflächlicher Blick nach Italien, Frankreich, England etc. Aber der Sieg des Faschismus hängt auch damit zusammen, daß die sozialistischen und kommunistischen Arbeiterparteien die Lohnarbeiter einerseits bevorzugt in ihrem <u>unmittelbaren</u> Gegensatz zum Kapital ansprachen und andererseits auch dort „Klassensolidarität" verlang-

ten, wo diese gar keine materielle Basis in den egoistischen Interessen hatte. Während nämlich die radikalen Bedürfnisse (Sturz des Lohnsystems) in der Minderheit waren, dehnte sich – auch als Folge erfolgreicher Kämpfe – der Nichtarbeitsbereich zunehmend aus und damit auch der Umfang der rein privaten Interessen. (Kompliziert wird dieser Prozeß noch durch die Einbeziehung der Arbeiter als Staatsbürger). Dieser Vorgang macht m.E. einen guten Teil des Reformismus- bzw. Revisionismusproblems dieser Bewegungen aus und mit ihm hängt m.E. auch der Untergang der sogen. „Arbeiterkultur" zusammen. Einige Aspekte sollen hier - ohne detaillierte Literaturhinweise - erwähnt werden: Während z.B. die KPD bevorzugt ihre Betriebsagitation betrieb und auch in der nur zögernd aufgenommenen Stadtteilagitation die Arbeiter hauptsächlich über die Probleme im Arbeitsprozeß ansprach, war es bei den reformistischen Parteien eher umgekehrt: Einkaufsgenossenschaften, Wohnbereichsgruppen, Freizeitorientierung. Es war dies ein Akt der passiven Anpassung an die geänderten Umstände, wie er für reformistische Parteien bezeichnend ist. Die Faschisten machten hingegen die privaten Lebensentwürfe und die daraus entspringenden Verdinglichungen und Illusionen aktiv zum Gegenstand ihrer Propaganda. Die meisten ihrer Kategorien hatten nichts mit der Lohnarbeit zu tun; sondern mit Geld (Inflation), Zins (Wucher), Ernährung (durch Kolonien zu sichern), Wohnungsbau, Rentenversicherung, Verbrechensbekämpfung (starker Staat), aber auch: Förderung der „Intelligentesten", „Mütterlichkeit", „Volksgemeinschaft", „Heimat" etc. Diese Darstellung ist ganz zweifellos in ihrer Kürze stark vereinfachend. Es geht jedoch nur darum, die Hauptentwicklungslinien aufzuzeigen. Vor allem aber geht es nicht darum, der KPD mangelnden Populismus vorzuwerfen. Wie auf diesen sich herausbildenden Dualismus hätte reagiert werden können, kann hier nicht erörtert werden, aber es ist klar, daß ein Populismus von links noch tragischer gewesen wäre als die wirkliche Entwicklung. Wenn es überhaupt radikale Bedürfnisse gab, so waren sie in der KPD zu finden. Die dort häufige Polemik gegen das aufkommende „Spießertum" (vgl. Erich Weinerts Gedichte, aber auch Tucholskys Spott über die Taubenzüchter- und Schrebergartenvereine) war insofern unvollkommen, wie die materielle Basis dieses Spießertums nicht analysiert wurde. Dem Spießer stellt sich ja das „Volk" als Volksgemeinschaft und daher als eine gerade nicht in Klassen gespaltene Nation dar. Die Rede vom Klassenkampf ist ihm geradezu zuwider. Sein Ausgangspunkt sind die Blutsbande von Familie und Verwandtschaft und alle damit verbundenen Mythen. In seinen Sehnsüchten nach Heimat und Boden spricht er in ideologischer Weise die kapitalistischen Trennungen und die Gespaltenheit der bürgerlichen Person aus. (Heute z.B. als Forderung nach mehr „Volksnähe" der Regierung, als Interesse am Privatleben der Staatspolitiker etc.)

Was der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung der Auflösung der proletarischen Familien in die Massenkultur entgegenzusetzen versuchte, war die „Arbeiterkultur": Arbeitersportvereine, Arbeitertheater, Arbeiterfilm, Arbeiterliteratur, Arbeitermusik, Arbeiterbildung etc. (130).

Die nicht sehr revolutionären Anfänge liegen im Kaiserreich und ihre Themen sind schon sehr bezeichnend: Die erste kulturelle Arbeiterorganisation war der Arbeitersängerbund (singen kostet nichts!). 1892 mit 9.000 Mitgliedern gegründet, überrundete er schon bald den bürgerlichen „Deutschen Sängerbund" (1890: 90.000 Mitglieder) und hatte 1912 etwa 200.000 Mitglieder. Über Singen und Turnen kam die „Arbeiterkultur" jedoch erst nach 1918 hinaus. Es entstanden die obengenannten Bereiche. Dabei ist zunächst zweierlei bemerkenswert: 1. diese Vereine entstanden u.a., weil der bürgerliche Kulturbetrieb zu teuer oder den Arbeitern wegen „Standesdünkel" etc. verschlossen blieb. 2. der bürgerliche Kulturbetrieb war deshalb zu teuer, weil er erst nach und nach auf eine industrielle Grundlage gestellt wurde. Auf der anderen Seite ist ebenfalls zweierlei zu verzeichnen: 1. die Arbeiterkultur (sogen. „Zweite Kultur" bei Gramsci) erreichte von Anfang an nur einen Teil der Arbeiter, 2. sie war eigentlich nie „Arbeiterkultur", sondern vor allem Kultur politischer Bewegungen. Ganz unabhängig davon, wie man ihr kulturelles Niveau beurteilen mag, so steht doch fest, daß sie (trotz großer Anstrengungen: vgl. nur das Niveau der „Arbeiter-illustrierten") als politische Kultur die Arbeiter ohne oder mit anderer politischer Position nicht interessierte. Weil sie politische Kultur war, spalteten sich auch alle Arbeiterkulturvereine bald in eine SPD- und eine KPD-Sektion, d.h. man turnte, sang und bildete sich getrennt. Gleichzeitig entstand die industrielle bürgerliche Massenkultur, die sich mit Trivialliteratur, Trivialfilmen etc. an die breite Masse derjenigen wandte, die Familie und Privatheit in den Lebensmittelpunkt stellten. Der Faschismus erstickte dann die gespaltenen Teile der politischen „Arbeiter"-Kultur und zog gleichzeitig alle Register der damals neuen Medien (Radio, Wochenschau, Schallplatten etc.). Otto Rühle hatte bereits in seiner „Illustrierten Kultur und Sittengeschichte des Proletariats" festgestellt, daß Künstler wie Brecht, Käthe Kollwitz u.a. keine „proletarische Kultur", sondern (gute) individualistische bürgerliche Kunst produzierten, die politisch Partei für die Arbeiter ergriff.

Es kann hier, wie gesagt, nicht um eine kulturtheoretische Darstellung gehen. Was aber deutlich werden sollte, ist: 1. Die „proletarische Kultur" war die Kultur einer politischen Bewegung 2. Die Dominanz der bürgerlichen Kultur geht einher mit der Ausweitung des Nichtarbeitsbereiches und der apologetischen Thematisierung der aus ihm entspringenden Mystifikationen. 3. Der Untergang

der „Arbeiterkultur" ist der Untergang der politischen Kultur radikaler Bedürfnisse. Ihre Hauptgegner waren alle diejenigen, die beschlossen haben, die größere Freizeit dazu zu benutzen, sich in den verdinglichten Verhältnissen einzurichten. Der Faschismus vollstreckte deren Urteil. So verstanden, kann es nie mehr um eine Wiederbelebung von „Arbeiterkultur" gehen, sondern nur um die Wiederbelebung radikaler Bedürfnisse.

„KÖNIG KUNDE": DIE INTEGRATION DER LOHNEINKOMMEN IN DEN KAPITALISTISCHEN GESAMTREPRODUKTIONSPROZESS

Auch wer nicht VWL studiert hat, weiß heute von der Wichtigkeit der privaten Endnachfrage und hierin speziell der Endnachfrage der Millionen von Lohnabhängigen für das Funktionieren der Volkswirtschaft. Die Gewerkschaften kämpfen im Namen der „Kaufkraft" für höhere oder gleichhoch bleibende Löhne, die Arbeitslosigkeit gilt allgemein als ein Anschlag auf das volkswirtschaftliche Gleichgewicht und jede Steuermaßnahme, Zinspolitik, Sparförderungspolitik etc. hat sich an ihren Wirkungen auf die Beziehungen zwischen Abteilung I (Produktion von Produktionsmitteln) und Abteilung II (Konsumwarenproduktion) messen zu lassen. Die aggregierte Konsumfunktion und gleichfalls die Sparfunktion sind charakteristische Elemente der keynesschen Theorie. Das in einer Volkswirtschaft während eines Jahres entstandene Bruttosozialprodukt wird als Summe aus privatem Konsum, privater Bruttoinvestition, staatlichen Ausgaben für Konsum und Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag (Export minus Import) verstanden. Die VWL setzt diesen Zusammenhang als Gleichung und fragt dann, wieviel die Leute konsumieren müssen, sollen oder dürfen, damit zum Schluß alles im Gleichgewicht bleibt. Auf diesen Gedanken kam die VWL - hauptsächlich in Gestalt der Theorie von Keynes - erst zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Tatsächlich ist der private Massenkonsum noch nicht lange von realer Bedeutung. Das „allgemeine Interesse" an der privaten Endnachfrage, die heute zu etwa 75 % aus Löhnen und erhaltenen Transferleistungen kommt, bezieht sich aber weniger auf diesen Anteil und die absolute Höhe (heute etwa 1000 Mrd. DM pro Jahr, ohne Ersparnisse), sondern auf die Art der Ausgabe. Diese Löhne tauschen sich nämlich überwiegend gegen Industrieprodukte und das bedeutet, daß sie real Bestandteil des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses geworden sind. Das ist durchaus neu: Seit etwa 1900 lebt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Städten. Die kapitalistische Industrialisierung hatte zu einer Landflucht geführt. Während in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch mehr als die Hälfte der Berufstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, sank dieser Anteil bis 1913 auf ein Drittel und bis 1939 auf ein Viertel. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten bis 1913 auf ein Drittel; gleichzeitig wuchs die Beschäftigung beim Staat, in Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen usw. Auffallend ist, daß das städtische Handwerk - zumeist nicht kapitalistisch wirtschaftend - einen hohen Anteil beibehalten konnte. Immerhin waren bis 1913 mehr als 40 % der werktätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft und im Handwerk beschäftigt und dieser Anteil lag noch bis 1939 bei etwa einem Drittel. Obwohl die Verstädterung die bäuerliche und halbbäuerliche Basis der Ernährungs- und Lebensmittelversorgung sowie überhaupt die Eigenproduktion verschiedener Gebrauchsgegenstände ein Stück beseitigte und die Arbeiter mittels Geldwirtschaft (Lohn) vom Markt abhängig machte, war es keinesfalls so, daß die Lohnarbeiter nun alle ihre Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhe, Möbel usw. bei den Kapitalisten der Abteilung II gekauft hätten. Dagegen sprach folgendes: Zum einen waren die Reallöhne relativ niedrig, weil die Konsumgüter relativ teuer, d.h. relativ unproduktiv hergestellt wurden. Zum anderen wurden bestimmte Gebrauchsgegenstände (z.B. Massenkonfektion) und Dienstleistungen (z.B. Wäschereinigung) noch gar nicht als industrielle Leistungen angeboten. Zum dritten waren die Verbindungen der städtischen Lohnarbeiter zum Land nicht vollständig abgerissen: Es gab Wochenmärkte, Verwandschaftsbeziehungen, Nebenerwerbslandwirtschaft usw. Zum vierten war es noch sehr lange Zeit üblich, allerlei Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel selbst zu produzieren bzw. zu reparieren etc., z.B. Kleintierhaltung in Städten, Gemüsegärten, Konservierung von Obst, Gemüse usw., Nähen von Kleidern etc. Karin Hansen hat in ihrer „Sozialgeschichte der Nähmaschine" (133) diesen widersprüchlichen Prozeß am Beispiel der Verwendung dieses „Haushaltsgerätes" verfolgt. Die Nähmaschine, die um die Jahrhundertwende in vielen Haushalten stand, diente nicht nur der Herstellung der Familienkleidung aus den Stoffen der Textilindustrie, sondern auch der Heimarbeit für dieselbe. Worauf es hier ankommt, ist: Die Geldausgaben der Lohnarbeiter gingen nur teilweise an Kapitalisten der Konsumgüterindustrie. Ein großer Teil des Lohns geht für die Miete drauf, die Nahrungsmittel stammen vom Metzger, Bäcker, Bauern oder aus eigener Herstellung. Ausnahmen sind z.B. Tee und Kaffee, Zigaretten und Bier. Geheizt wird mit Kohlen (Industrie) und Holz (verschiedene Quellen). Schuhe werden wenigstens teilweise bei Handwerkern gekauft und z.T. selbst repariert. (Auch die von den Handwerkern verwendeten Vorprodukte stammen nur teilweise aus industrieller Produktion.) Kleider werden größtenteils selbst genäht bzw. umgenäht. (Kindersachen aus Stoffresten und abgetragenen Kleidern Erwachsener). Der Rohstoff - Textilien vom Meter - stammt über den Umweg des Einzelhandels von der Industrie. Weitere industrielle Produkte sind verschiedene Eisenwaren, Chemieerzeugnisse (Soda

etc.) und Geschirr. Schränke und Tische entstammen verschiedenen Quellen - teils dem Handwerk, teils von der Kleinindustrie. An den Staat sind Steuern zu zahlen, an die Versicherungen Beiträge, an den Arzt Honorar und damit ist das Geld schon ausgegeben. Es hat sich bevorzugt gegen Gegenstände und Dienste alter und neuer Mittelklassen getauscht, ansonsten noch in Staats-, Kassen- und Vereinsgelder umgesetzt und nur wenig blieb bei industriellen Kapitalisten hängen. Gemessen am Gesamtetat des Jahres spielten die Ausgaben für die zum sofortigen Verbrauch bestimmten Konsumgüter die größte Rolle. Sogenannte langlebige Konsumgüter (heute z.B. Auto, Waschmaschine etc.) spielten keine große Rolle. Eine Ausnahme machte wie gesagt die Nähmaschine. Die hier geschilderten Verhältnisse liegen durchaus nicht Jahrhunderte zurück. Immerhin bezogen die Lohnabhängigen bis zum 2. Weltkrieg noch etwa 80% ihrer Waren und Dienstleistungen aus dem „nichtkapitalistischen Sektor." Man versteht jetzt, warum es in Deutschland bis vor dem 2. Weltkrieg keine Konsumfunktion und keine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik gab (vgl. die Brüning-Kontroverse).

Die hier geschilderten Zusammenhänge sind ihrerseits Bestandteil eines spezifischen Akkumulationsmodells. In Deutschland und im Grunde überall in Westeuropa entwickelte sich der Kapitalismus anfangs relativ unabhängig von den Konsumweisen der breiten Massen, d.h. die private Endnachfrage der Lohnarbeiter bildete im Kapitalkreislauf keine relevante Größe. Die Rückverwandlung der Waren in Geld und Mittel der erweiterten Reproduktion erfolgte auf anderen Wegen: Die Produktionsmittelindustrie realisierte ihren Mehrwert durch Verkauf innerhalb der eigenen Abteilung, durch Verkauf an den Staat (Eisenbahnen, Militärwaren etc.), durch Export, durch Umsatz mit Landwirtschaft und Handwerk und durch Verkauf an die Konsumgüterindustrie. Letztere spielte hierbei lange Zeit keine große Rolle, aber soweit sie eine spielte, so war es eine andere als heute: Die Konsumgüterindustrie realisierte den Wert und Mehrwert ihrer Produkte durch Austausch gegen Profite, Vermögen, abgeleitete Revenuen neuer Mittelschichten (Beamte etc.) und auch gegen die Geldeinkommen des alten nichtkapitalistischen Sektors (Bauern, Handwerker etc.). Ein Teil der Konsumgüterherstellung war sogar ausgesprochene Luxusproduktion. Personenkraftwagen zum Beispiel, die es ja immerhin schon seit 150 Jahren in Deutschland gibt, waren bis in die 1950er Jahre den wohlhabenderen Schichten vorbehalten, während man in den USA schon in den 20er Jahren die Rush-hour kannte, denn dort waren Autos und elektrische Haushaltsgeräte damals schon Konsumnorm (135).

Der Aufbau der industriellen Basis des Kapitalismus vollzog sich in Deutschland also unabhängig von der privaten Endnachfrage der Lohnarbeiter. Die Verflechtungen zwischen den Abteilungen I und II waren recht spärlich, - viele industrielle Konsumgüter waren regelrechte Luxusgüter. Wie wir sahen, tauschten sich die Arbeitslöhne gegen bäuerliche und handwerkliche Leistungen und verschiedene Dienstleistungen. Schaut man genauer hin, so waren es in erheblichem Umfang die „unbezahlte" Familienarbeitskraft der Bauern- und Handwerkerfamilien, die die Reproduktionskosten der Arbeiter billig hielten. Andererseits alimentierten die Lohnarbeiter bereits in Ansätzen Teile der städtischen Mittelschichten (nicht nur die Bestandteile des Mehrwerts konstituieren neue Mittelschichten!). Die Umwälzung des damaligen Akkumulationsmodells in Richtung der heutigen engen Verflechtung zwischen den Abteilungen I und II wurde auf verschiedenen Ebenen in Gang gesetzt: Erstens erzwang die Massenabwanderung in die Städte höhere Löhne auf dem Land und dies war ein wichtiger Impuls zur Einführung (bereits bekannter) neuer Produktionsmethoden. Diese Agrarrevolution verbilligte (im Zusammenhang mit neuen Distributionssystemen: Großhandel, Verkaufsketten etc.) die Reproduktionskosten der städtischen Arbeitskraft.

Eine komplizierte Kombination (aus Platzgründen kann hier auf Details nicht eingegangen werden) aus den Wirkungen der permanenten Agrarrevolution, der gewerkschaftlichen Kämpfe, staatlicher Eingriffe usw. verbesserte die Einkommensverhältnisse der Lohnarbeiter und ein Teil dieser Einkommen konnte nach und nach zu anderem verwendet werden als nur zum Kauf von Brot und Kartoffeln. Mit den relativ höheren Reallöhnen stiegen aus verschiedenen Gründen auch die Geldlöhne und dies (sowie die Verkürzung der Arbeitszeiten) war für die Kapitalisten ihrerseits Ansporn zu Modernisierungs- bzw. Rationalisierungsinnovationen. Man kann sich das so vorstellen, daß es zunächst zu lohnkosteninduzierten Modernisierungen in der Produktion von Lebensmitteln (im weiten Sinn des Wortes) kam, so daß die Produzenten von Ausrüstungen etc. einer größeren Nachfrage z.B. nach Zigarettenmaschinen, Fleischverarbeitungsmaschinen etc. gegenüberstanden. Die Konkurrenz innerhalb der Abteilung II verbilligte abermals die verschiedenen Lebensmittel und auf diese Weise stieg nach und nach die Kaufkraft der Löhne, d.h. die Massennachfrage. (Adam Smith spricht statt von „Kaufkraft" anschaulicher vom „Kommando" über einen Teil des Reichtums). Nach und nach lösten sich die Verbindungen der Lohnabhängigen-Haushalte zum bäuerlichen Sektor und ebenso sukzessive wandelte sich die Rolle, die das Handwerk für sie spielte: in Richtung Reparatur, Dienstleistung überhaupt. Auf der anderen Seite benutzten Handwerker wie Bauern ihrerseits zunehmend industrielle Vorprodukte. Die Lösung des Massenkonsums vom traditionellen Sektor, dessen eigene Umwandlung und sodann das Wachstum der Abteilung II, führten sowohl zu einem völlig veränderten Akkumulationsmodell als auch zu einer neuen

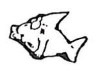
Konsumstruktur und Lebensweise der (sich in dem Prozeß auch ausdehnenden) lohnarbeitenden Bevölkerung. Die Integration der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Gesamtprozeß ist nun auch hinsichtlich des Kaufaktes vollbracht. Die Figur des Konsumenten, - unser „schillerndes Individuum" –, ist nun nicht nur eine Massenfigur, sie wird nun auch vom Standpunkt des Kapitals real wichtig. Ihre Umwerbung, ihre Ansprache als „König Kunde" ist nicht bloße Ideologie, sondern hat jetzt einen harten (Geld)Kern. Dabei geht es allerdings nicht mehr nur um die Gegenstände des täglichen Bedarfs: in dem Moment, wo die Lohnarbeiter sogenannte „langlebige Konsumgüter": industriell gefertigte Autos, Haushaltsgeräte, Möbel etc. konsumieren, handeln sie der Form nach wie kapitalistische Investoren. Sie tätigen z.B. einen Autokauf - die Automobilproduktion ist heute der umsatzstärkste Industriezweig in der BRD! - eher in Phasen des Aufschwungs, während sie diesen Kauf in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs vermeiden, also verschieben. Dieses Käuferverhalten zu studieren, es mittels Sparprämien, Konsumentenkrediten, vorgezogenen staatlichen Leistungen (z.B. Steuersenkung) oder sonstigen Maßnahmen (Geldstabilität) etc. zu beeinflussen, wird zur eigenständigen Wissenschaft und Politik. Eine solche Aufwertung der Figur des Konsumenten bestätigt diesen wiederum im Bewußtsein seiner Bedeutung: Warentest, Verbrauchervereinigungen, etc. Der klassenlose Konsument organisiert sich, beschwert sich, fällt wirksame Urteile über die Leistungen „der Industrie" und damit über seine Leistungen als arbeitende Person! Historisch ist diese hier skizzierte Entwicklung vor allem an die großen Einschnitte in die Arbeitsproduktivität gebunden, insbesondere an die Namen Taylor und Ford, d.h. an die wissenschaftliche Betriebsführung und an das Fließband. In Westeuropa wurde das erste moderne Fließband 1913 installiert, jedoch ohne gleich die Wirkungen hervorzurufen, wie schon lange vorher in den USA. Die standardisierte Massenproduktion wurde dann in der Kriegswirtschaft mehr verallgemeinert und erfaßte nach und nach auch die alltäglichen Konsumgüter. Was die langlebigen Konsumgüter betrifft, so fällt deren Produktionsbeginn interessanterweise in die Zeit des Faschismus. Die angelaufene VOLKS-Wagenproduktion wurde aber schon bald zugunsten der Kriegsproduktion umgestellt. Erst das sogen. Nachkriegs-Wirtschaftswunder sollte auch hier zu Verhältnissen führen, wie sie in den USA seit den Zeiten des New-Deal üblich waren. Damit ist auch darauf hingewiesen, daß diese ganze Entwicklung keine rein „wirtschaftliche" ist, sondern eine politische Regulierungsweise der kapitalistischen Ökonomie darstellt. Was Marx in den „Grundrissen" als notwendige Tendenz analysiert hat, daß nämlich die Realisierung des Mehrwerts quantitative und qualitative Erweiterung der Bedürfnisse und somit der effektiven Nachfrage erfordert (136), diese Tendenz kann sich nur in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verwirklichen, - oder auch nicht!

Der amerikanische New-Deal beruhte auf dem politischen Deal zwischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Staat, wobei letzterer - z.T. unter Ausnutzung der weltpolitischen Spannungen - die Unternehmer teilweise zum Kompromiß zwang. Der Inhalt dieses Kompromisses bestand in der Hinnahme der Steigerung der Arbeitsintensität durch die Gewerkschaften zum Preis der Koppelung von Produktivitatszunahme und Lohnzunahme. In Deutschland war dieser Weg vor 1933 politisch nicht durchsetzbar. Die Faschisten wollten den New-Deal deshalb auf den Leichen der radikalen Arbeiter gewaltsam herstellen und sie schufen auch erste Voraussetzungen. Auf den in Zwangsarbeit gebauten Autobahnen (die längst vor 1933 geplant waren, aber im Reichstag nicht durchsetzbar waren) sollten tatsächlich nicht nur Panzer fahren. Sie stellten auch eine Kopie des amerikanischen Highway-Programms von 1916 dar. Der zum Volksgenossen domestizierte Massenarbeiter sollte seine Arbeits- und Kampfkraft durch Freude am volkswirtschaftlich nützlichen Konsum erhalten. Keynes und die amerikanischen Ökonomen beobachteten seinerzeit sehr genau die Entwicklung des faschistischen Konzeptes der „Neuen Ordnung", das vor allem darin bestand, auf Grundlage der Zerschlagung der politischen Arbeiterbewegung Deutschland zu einem Technologiezentrum im „Großwirtschaftsraum" der unterworfenen Länder zu machen und auch darin, die unterworfenen Arbeiter mittels eines sozialen Netzes vollständig in diese Volkswirtschaft zu integrieren. Umgekehrt wurden die Ideen von Keynes in Deutschland genau studiert, darunter von Ludwig Erhard, der 1944 eine Studie zur Kriegsfinanzierung vorlegte und später an der Durchsetzung der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" beteiligt war. Die wirkliche Schöpfung des „bedürfnisreichen, weil eigenschafts- und beziehungsreichen" (Marx) Individuums ist also ein Produkt von Trennungen. Diese Trennungen stellen sich geschichtlich in Deutschland (ähnlich, wie bei der Herstellung des Staatsbürgers) als politische Durchsetzung eines veränderten Akkumulationsmodells dar, wobei die reformistische Idee der Koppelung von Konsumsteigerung und Steigerung der Arbeitsintensität und faschistische „nivellierende" Gewalt als zwei mögliche Konsequenzen aus dem verdinglichten Umgang mit der widersprüchlichen Form kapitalistischer Individualisierung aufzufassen sind (139).

Aus technischen Gründen können wir die Fußnoten dieses 2. Teiles erst in der nächsten Nummer abdrucken. Wir bitten um Verständnis.



PFERDE RAUS !



nur die integrationswilligen

DÜRFEN BLEIBEN.









Und schon wieder fiel der Begriff „Nicht Deutsche"
aus einem deutschen linken Mund raus -
und meint damit die kleine Minderheit: den Rest der Welt!

Ich bin Griechin und explodiere jedesmal, wenn der
„Nicht Deutsche" Begriff von Freunden in meine Richtung saust!
Menschen anderer Nationalitäten werden in einen Topf
geworfen - es gibt Deutschland und den Rest der Welt.
Andere Menschen mit einer Negation beschreiben zu wollen von
dem, was sie nicht sind - ist arrogant
und „Nicht Deutsch" zu sein - nur für Euch ein Kompliment
oder Wunschzustand.

Ich bin Griechin
und nicht
Nicht Deutsch

Ich bin Frau
und nicht
Nicht Mann

Mein Hund ist
keine
Nicht Katze

und Ihr seid Linke
und nicht
Nicht Faschisten

Auch Sprache kann rassistisch sein...



Yessie Macchi ist Tupamara. Sie schloß sich 1968 den MLN-Tupamaros an. 1969 wurde sie das erste Mal verhaftet. Ihr gelang das Kunststück, zweimal aus dem Frauengefängnis zu flüchten. 1972 wird sie erneut verhaftet und von 1973–75 als „Geisel des Staates" in den Kerkern der Militärkasernen gefangen gehalten. Das Grauen dieser Haft ist auch bei uns durch die Bücher und Veranstaltungen von Mauricio Rosencof und „El Nato" Huidobro bekannt geworden (siehe „Die Legende vom Rauch" von Mauricio Rosencof in 17°C Nr. 3). Kaum aber jemand weiß, daß auch Frauen der MLN dieser Geiselhaft unterworfen waren.
1975 wird Yessi Macchi in das Frauengefängnis von Punta de Rieles verlegt. Erst am 14. März 1985 wird sie durch den Druck einer neu erstarkten Volksbewegung, die die Militärdiktatur zum Abdanken gezwungen hat, zusammen mit den letzten politischen Gefangenen freigelassen. Nach ihrer Freilassung nimmt sie ihre politischen Aktivitäten sofort wieder auf. Sie leistet Basisarbeit in dem Viertel „La Teja" von Montevideo. Gesundheit, Wohnen, Umwelt, Versuche der Selbstorganisation und vor allem die Situation der Frauen sind ihre Hauptaktionsfelder.

TUPA-MA-RAS

Sie ist darüber hinaus Redakteurin des Radios Panamericana, des Senders der Tupamaros. Sie betreut dort die Sendung „Vamos Mujer", in die sich die Hörerinnen direkt einschalten können. Im Rahmen einer BRD-Rundreise war Yessie Macchi auch in Hamburg. Der folgende Text ist die übersetzte Mitschrift dieser Veranstaltung.

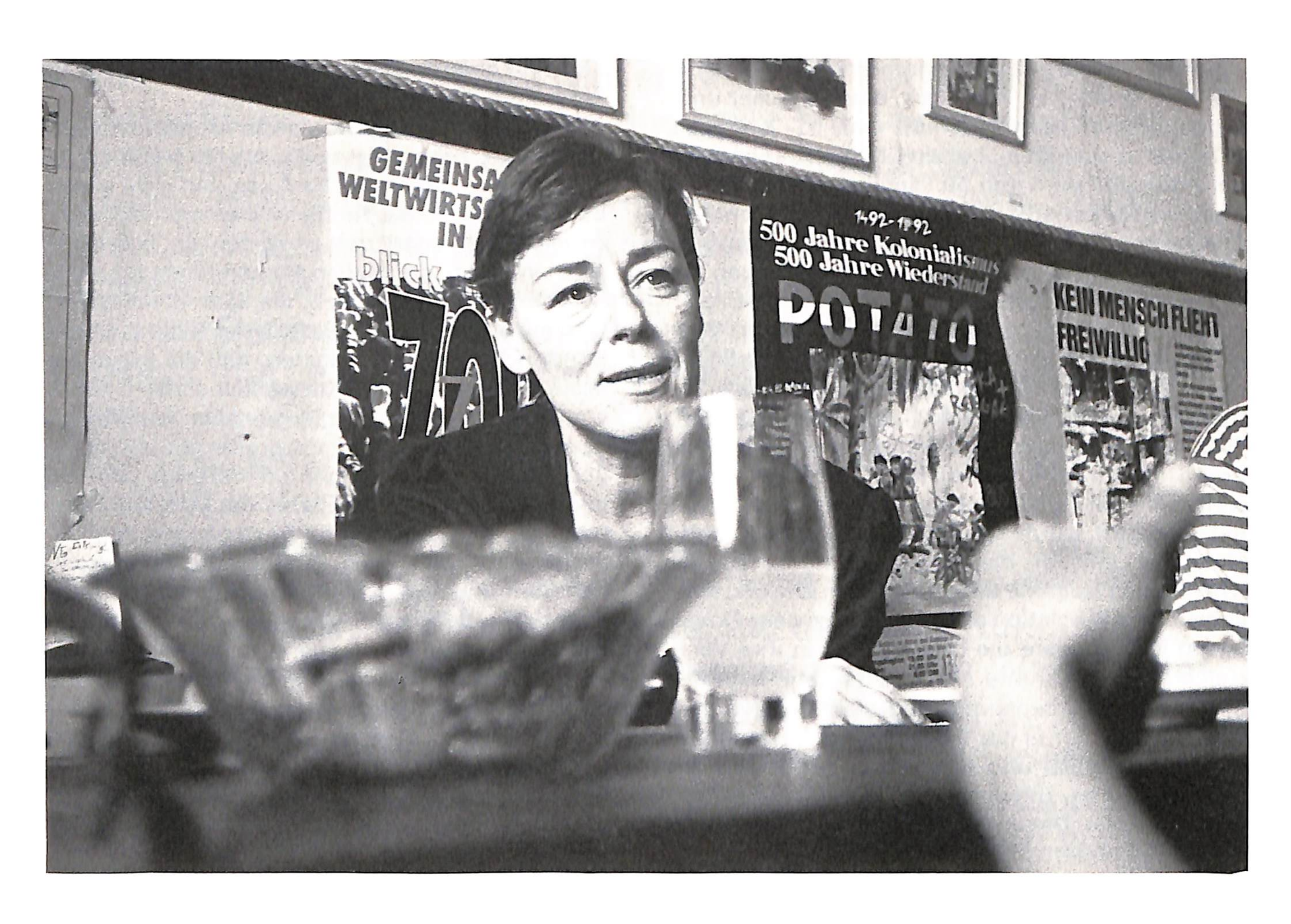
„Uruguay ist immer noch eine Kolonie, nach spanischer, englischer, brasilianischer und argentinischer Herrschaft nun eine US- Kolonie. Uruguay ist sehr klein, hat drei Millionen EinwohnerInnen und wird von 50 Familien (Latifundienbesitzern) beherrscht. Die Bevölkerung besteht im Grunde nur aus Emigrantinnen und Emigranten, vor allem aus Italien und Spanien. Lange Zeit gab es Abgrenzungen zwischen den EmigrantInnen-Gruppen, aber die Armut macht keine Unterschiede. Wir sind zwar ein Teil von Latain-Amerika und Satelliten des US-Imperialismus, trotzdem war die soziale Situation bis in die 50er Jahre relativ ruhig. Mitte der 60er Jahre traten IWF und Weltbank auf den Plan und große Unruhe setzte ein. Es entstand – wie weltweit – die Studentenbewegung. Eine Einheitsgewerkschaft wurde gegründet und es entstand eine neue Linke, die die Theoriebildung der klassischen Linken ablehnte und sich eher an Che und der kubanischen Revolution orientierte. Diese neue Linke bezog insbesondere die Landarbeiter in ihre Vorstellungen mit ein und entwickelte neue Kampfmethoden. 1966 begannen die Tupamaros den bewaffneten Kampf, er war Teil der Massenbewegung. Viele Landarbeiter und viele Frauen schlossen sich der Guerilla an, unterstützt wurden sie von der Frente Amplio. Diese neue Kraft, die den Konformismus erschütterte, führte zu einer Polarisierung in die das Militär 1973 putschte. Es folgten 12 Jahre Diktatur.

Fast alle sozialen und politischen Kämpferinnen und Kämpfer waren im Knast oder gingen ins Exil. Die Diktatur hatte u. a. so die Verbindung zu den vergangenen Kämpfen gekappt. Trotzdem wurde in einer breiten Front der Weg aus der Diktatur durchgesetzt.

Das Volk ist dann vom Regen in die Traufe geraten, da die gleiche Wirtschaftspolitik fortgesetzt wurde. Die jetzige politische Kraft ist die Bourgeoisie, die durch die Weiße und die Rote Partei vertreten wird, da es eigentlich keine Unterschiede zwischen den Parteien gibt, werden sie im Volksmund die „Rosa Partei" genannt. Die Militärs, die nicht als Partei auftreten, sind eine ständige Bedrohung, da sie allzeit bereit sind wieder vorzustoßen. Als drittes gibt es die Frente Amplio, ein Bündnis von linken Parteien und der Basisbewegung. Das Spektrum geht von den Sozialdemokraten bis zu den Tupas und den KommunistInnen. Das daraus resultierende Programm ist also ein Kompromiß, nicht revolutionär, sondern ein Programm für eine Volksdemokratie.

Bei den Kommunalwahlen in Montevideo, der Hauptstadt, bekam dieses Bündnis die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Tupas sind nicht in dem Bündnis, weil sie das für die einzige und wichtigste Arbeit halten, sondern weil sie denken, daß in der jetzigen Etappe der großen ökonomischen Krise eine Zusammenarbeit mit allen, die darin etwas durchsetzen wollen, nötig ist. Die Rolle der Tupas in diesem Bündnis ist, darauf zu achten, daß die Bündnisse keine Funktionärsbündnisse werden, sondern immer von der Basis ausgehen. So verstehen wir Massenbewegung. Zur Zeit herrscht großes Mißtrauen gegen alle Führer und gegen die Verträge und Verhandlungen auf dieser Ebene, das Volk will Taten sehen. Es existieren breite Bewegungen von Obdachlosen, Arbeitslosen, LandbesetzerInnen, RentnerInnen und eine Stadtteilbewegung, die basisorientiert auf Selbstverwaltung setzt und nicht auf den Staat wartet, eine Gewerkschaftsbewegung, die sich tendenziell über die Führung hinwegsetzt und eine Frauenbewegung, die während der Diktatur entstanden ist und weiter in sozialen Fragen kämpft. Im Grunde gibt es zwei Uruguays: Die politischen und gewerkschaftlichen Gipfeltreffen und die unabhängige Basisbewegung. Diese Situation zwingt die jeweiligen Führungen, sich zu radikalisieren. Dieser Konflikt ist auch in der Frente Amplio der Hauptauseinandersetzungspunkt. Die Frente Amplio will 1994 die Wahlen gewinnen, das erfordert viel Bündnisarbeit und eine moderate Politik – die Massenbewegung kann aber nicht warten bis nach den Wahlen. Deshalb arbeiten die Leute aus der Frente nur für die Wahlen, andere in den Massenbewegungen.





Besonders schwierig bei einem Wahlgewinn wird das Halten der Regierung werden: Die Macht der USA, des gemeinsamen Marktes und das Fehlen von einheimischer Industrie stehen dagegen. Für das Halten einer demokratischen Regierung braucht die Frente Amplio viel Unterstützung innerhalb Lateinamerikas und die internationale Solidarität gegen den Imperialismus. Die Frente Amplio macht keine Wahlversprechen, weil sie diese nicht einlösen können wird. Sie wollen ehrlich sein und dem Volk sagen, daß der Kampf dann erst richtig losgeht. Diese Position wird als ultraradikal bezeichnet (ich denke, daß das hauptsächlich die Position der Tupas ist und nicht der gesamten Frente Amplio. – *d. Übersetzerin*).

Aktuell geht es politisch um die Verhinderung einer geplanten Privatisierung durch ein erneutes Plebiszit.

Die Diktatur hielt die Leute desinformiert, jetzt gibt es 140 Radios, drei öffentliche sowie 19 private Fernsehsender. Alle gehören einem einzigen Eigentümer. Nirgens dürfen die Massen spechen. Als die Tupas sich nach der Diktatur für die Arbeit in der Legalität entschieden, sahen sie die Kommunikation zwischen den Linken und dem Volk als ihre zentrale Aufgabe an. Sie wollten den Leuten eine Stimme geben, und das war der Kampf um die Wiedergewinnung des Wortes. Eine Woche nach ihrer Entlassung aus dem Knast sind sie mit Lautsprecherwagen durch die Viertel gezogen und haben kleinere Volksversammlungen abgehalten. Diese Versammlungen waren erfolgreich, da die Leute sich verstanden fühlten. Sie kritisierten uns hart als Tupas und wollten die Gespräche veröffentlicht haben. Das geschah: Der dazu gegründete Verlag brachte alle 14 Tage eine Zeitung heraus, die schon von der Sprache her für die einfachen Leute geschrieben war. Nach dreimonatigem Erscheinen hatte die Zeitung die höchste Auflage Uruguays. Die Leute waren müde vom professionellen Journalismus und die anderen Zeitungen waren teurer. Dann entstand die Idee, ein Radio zu machen, die uns zuerst völlig verrückt erschien. Die Tupas kauften eine alte, ultra-rechte Radiostation auf, was ökonomisch gesehen ein schlechtes Geschäft war, da sie alle Schulden übernehmen mußten. Sie begannen mit den alten Mitarbeitern, mit denen sie sich gut verstanden; jetzt sind es 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 50 arbeiten umsonst, als Mitglieder des Vereins, 32 alte Mitarbeiter aus der Verwaltung und 12 bis 18 Tupas. Die Leitung liegt in den Händen der Tupas, sie entwickelten ein alternatives Konzept, sie wollten nicht den gleichen Fehler wie die Rechten machen, Informationen zu verdrehen oder einseitig weiterzugeben. Aus diesem Grund werden alle Meinungen im Programm öffentlich gemacht, d.h. daß z.B. bei einem Betriebskonflikt auch die Unternehmer zu Wort kommen. Beim Plebiszit reden Rechte und Linke im Radio, daß läuft dann in Round-Table-Gesprächen ab,

zu denen alle eingeladen werden. Bedingung dabei ist, daß das Telefon in der Sendung offen für alle Zuhörer ist, jede Sendung läuft mit diesem Live-Telefon. Aus diesem Grund kommen die ganz Rechten nicht zu den Diskussionen – sie haben Angst vor dem Volk am Telefon. Dieser Pluralismus als Prinzip kommt aus dem Vertrauen in die Entwicklung der Meinungen im Volk – wenn sie gut und umfassend informiert werden. Der Sender engagiert sich beispielsweise bei Geldspende-Kampagnen für Schulmaterialien nach dem Hurrican in Nicaragua, er gibt aber keine politische Linie vor. Außerdem gibt es eine Art offenen Kanal, wo Initiativen eine Stunde Programm machen können.

Das Radio existiert jetzt seit vier Jahren, wobei es schwierig ist den Betrieb aufrecht zu erhalten, so konnten in diesem Monat erstmals nicht alle Gehälter ausgezahlt werden. Werbekunden sind rar, das Überleben wird in erster Linie durch Unterstützung (vermutlich Spenden, *d. Tipper*), die 1/5 der Kosten deckt, gesichert. Es gibt Freundschaftsgruppen in verschiedenen Ländern.

Während die Massenbewegung für die Bestrafung der Militärs agierte, war das Radio die schönste Erfahrung der Tupas, aber leider können sie nicht zaubern.

Zur Lage der Frauen:

Die Frauenbewegung entstand Anfang dieses Jahrhunderts mit zwei Tendenzen:

Die anarchistischen und sozialistischen Frauen auf der einen und die Frauen für ein Frauenstimmrecht auf der anderen Seite. Bald wurde ein Gesetz zum sozialen Schutz der Frauen erlassen, was die Frauenbewegung in ihrem Kampfgeist für Jahre neutralisierte.

In der Diktatur ist die Frauenbewegung neu entstanden. Vorläufer gab es in der Linken, vor allem durch die starke Vertretung der Frauen in der Guerilla, bei den Tupas. Unter den Militärs gab es einen Knast nur für Frauen, was kaum bekannt ist. Bekannt ist lediglich der Männerknast Libertad, was ziemlich ärgerlich ist, da 800–1000 Frauen während der Diktatur in diesem Frauenknast gefangen waren. Insgesamt wurden 15000–20000 Frauen durch die Repressionsmaschine der Militärs geschleust. Die Repression war stark, weil die Frauen Revolutionärinnen waren und damit zusätzlich mit ihrer Rolle als angepaßte Frauen brachen. Neun Frauen (Yessie Macchi war eine von ihnen, *d. Tipper*) wurden in Kasernen in absoluter Isolation als spezielle Geiseln der Militärs gehalten. In diesen vier Jahren gab es keine Woche ohne 2 bis 4 Folter-Verhöre. Viele Frauen sind gestorben oder verrückt geworden, aber viele haben durchgehalten und sind stärker als zuvor aus dem Knast gekommen. Von Feminismus hatten sie vor dem Knast noch nichts gehört.

Sie bauten unter sich keine Parteienstruktur auf bzw. hatten keine, sondern entwickelten ein System von Beratung und Demokratie in allen Fragen. Im Knast waren Sozialistinnen, Kommunistinnen, Anarchistinnen – und alle waren Tupamaras. Im Knast waren alle gleich, inhaltliche Differenzen wurden beiseite geschoben zugunsten des gemeinsamen Widerstands, Solidarität war ihr Prinzip.

In 15 Jahren haben sie nur 15 Frauen an die Militärs verloren, weil sie hart um jede einzelne gekämpft haben. Draußen organisierten sich Frauen als Mütter, Großmütter und Töchter von Gefangenen und Verschwundenen und führten so die breite Bewegung für die Freiheit der Gefangenen und für die Menschenrechte an. Dieser Kampf war schwierig zu führen, er hat aufgrund der pluralistischen Praxis heraus funktioniert.

Die Frauen kamen dann draußen in autoritäre Parteistrukturen. Der Herschaftskult der Rechten existiert auch bei den Linken. Dagegen wurde und wird stark gekämpft, die Frauen bildeten Frauenkommisionen in allen Parteien gegen diese Strukturen, u. a. gegen den Willen von Frauen, die das unwichtig fanden.

Bei den Tupas war das auch so: Die Genossen sagten zwar oft „jaja" zu den Forderungen der Frauen, aber es passierte dann nichts. Es ist zum Beispiel schwierig für eine Frau in eine Leitung zu kommen. Um das zu erreichen, muß sie jung sein, weder Partner noch Kinder haben, eine Lohnarbeit haben (viele haben wegen der geringen Löhne mehrere Jobs) und sowieso hart im Nehmen und Durchsetzen sein. Für einen Mann sind diese Bedingungen natürlich etwas ganz anderes. Viele Frauen sind deswegen aus der hierarchischen Struktur der Organisationsarbeit ausgestiegen. Sie machen zwar weiter Arbeit als Tupamaras an der Basis, aber nicht in den Kommissionen, die diese Struktur verändern wollen.

Es finden auch Frauenversammlungen statt, die von den Tupas organisiert werden und deren Hauptaufgabe die Arbeit mit den politisch nicht aktiven Frauen ist. Das ist eine wichtige Arbeit, da diese Frauen die am meisten unterdrückteste Gruppe ist.

(Das Radio hat ein Frauenprogramm, das von Yessie geleitet wird – *d. Tip.*)

Eine mit Europa vergleichbare Frauenbewegung gibt es nicht. Die Gruppen, die theoretische Veröffentlichungen herausgeben, kommen bei den Leuten nicht an, weil sie zu teuer sind und für zu intellektuell gehalten werden. Beispielsweise gab es ein Wandbild zum Thema Gewalt gegen Frauen und eine einfache Frau fragte: „Was meinen die damit?". Diese feministischen Gruppen arbeiten nicht mit den einfachen Frauen. ■

Fragen:

Die Tupamaras und Tupamaros haben sich von einer bewaffneten Avantgarde zu einer Volksbewegung entwickelt. Solch ein Prozeß bedeutet, daß radikale Gedanken und Positionen wegfallen und das wiederum heißt ein Verlust an Utopien. Was habt ihr jetzt für eine Utopie?

Darüber reden wir nicht. Wir waren immer etwas verückt und phantasievoll, aber das ist keine Antwort. Wir haben uns früher als Avantgarde gesehen und wir schätzen diese Phase jetzt als einen Fehler ein. Die Arbeit an der Basis hat uns überzeugt, daß die Avantgarde die ist, die das Volk als solche ansieht. Das ist eine Aufgabe, die dir vom Volk übertragen wird. Diese Position haben wir in unserer legalen Zeit entwickelt und wir waren nie radikaler als jetzt. Die Worte „Revolution", „Sozialismus", „Volksmacht", „Machtübernahme" sind verbraucht, trotzdem haben wir keine Schwierigkeiten zu sagen, daß wir für den Sozialismus sind und daß hierfür eine Machtübernahme und damit alle Formen des Kampfes notwendig sind. Wir reden uns auch als Genossin und Genosse an, das ist eine gesunde Tradition. Aber wir kommen aus einer Diktatur und die Menschen sind der Gewalt müde und haben Angst vor einem neuen Militärputsch. Sozialismus ist wichtig, aber die Leute brauchen auch was zu essen. Wir haben auch noch Utopien. Die sind wenig rational, sondern entstanden als Reaktion auf die Rationalität der Linken. Man kann uns Pragmatismus vorwerfen, aber wir sagen: revolutionär sind die, die was tun.

Was war bei den Volksversammlungen nach eurer Freilassung die Kritik an euch? Was haben die Leute zu euch gesagt?

In der ersten Phase des bewaffneten Kampfes wurde uns eine Art Robin-Hood-Mentalität zugesprochen. Wir haben z. B. Supermärkte überfallen und die Waren verteilt. In dieser Etappe hatten wir viel Sympathie. Als wir zu militärisch wichtigeren Operationen übergingen, verstanden das die Leute nicht mehr. Um diesen Punkt dreht sich die Kritik hauptsächlich. Beispielsweise gab es eine Aktion gegen einen Kommandanten, der als Folterer bekannt war. Die Genossen, die dann das Haus des Kommandanten überfielen, wurden von den Wachen angegriffen. Die Genossen konnten zwar entkommen, aber vier Soldaten kamen dabei ums Leben. Der Geheimdienst setzte die Toten dann sofort, unbewaffnet und scheinbar Tee trinkend, in ein Auto und verbreitete, daß wir nun einfache Soldaten beim Teetrinken abknallen. Es hat 14 Jahre gebraucht um diese Version durch unsere Anwesenheit und Erzählung zu berichtigen. Es gab viele Lügen, die wir berichtigen mußten. Die Volksversammlungen sprachen sich nicht grundsätzlich gegen den bewaffneten Kampf aus, sondern sie wollten unseren Gerechtigkeitssinn darin überprüfen.



Welche Fraktionen gibt es bei den Tupas, was sind die Auseinandersetzungen zwischen diesen Fraktionen?

Es gibt harte Diskussionen um die politische Linie, aber die schaden der Einheit nicht. Einige sind gegen das Bündnis in der Frente Amplio, einige arbeiten mehr in der Organisation und nicht nach außen, andere setzen ihren Schwerpunkt auf die Wahlpolitik und andere sind völlig gegen den Wahlkampf. Unsere Arbeitsweise ist so, daß wir nach einer erschöpfenden Diskussion immer dann eine Entscheidung fällen, die von allen akzeptiert wird. Es gibt schon Austritte wegen bestimmter Entscheidungen, aber diese Leute gehen nie ganz weg, zu anderen Organisationen oder so, sondern arbeiten weiter mit uns zusammen, in unserem Umfeld. Das ist bisher unsere Erfahrung.

Gab es nach dem Plebiszit für die Bestrafung der Militärs einen Prozeß gegen die Militärs?

Nein, weil wir nur das erste Plebiszit gewonnen haben, indem zur Abstimmung stand, ob über die Frage der Bestrafung überhaupt abgestimmt werden darf. Die zweite Etappe haben wir nicht geschafft, da die Regierung eine 3/4 Mehrheit für die Bestrafung verlangte. Das haben wir nicht erreicht, da zu viele Leute noch Angst vor den Militärs haben.

Wird es bei einem Regierungswechsel Unterstützung von anderen lateinamerikanischen Ländern geben?

Die Krise der sozialistischen Länder war ein harter Schlag gegen die lateinamerikanischen Länder. Aber in vielen Ländern gibt es Bewegungen, die von den sozialistischen Ländern unabhängig waren. Auf dieser Basis wollen wir aus der Krise kommen. Jede Koordination beeinhaltet gewisse Etappen, unser erstes Ziel ist es, eine Stimme gegen die Zahlung der Auslandsschulden, gegen die „Integration" der USA in Lateinamerika und gegen die multinationalen Konzerne zu sein. Eine Einigung in diesen Punkten wäre ein großer Schritt in Richtung kontinentale Einheit, selbstverständlich geht es auch international um Schritte in Richtung Einheit. Wir hoffen auch auf die Völker der ersten Welt.

Nach einem eventuellen Wahlgewinn besteht die Möglichkeit eines erneuten Putsches. Welche Diskussionen gibt es da innerhalb der Frente Amplio und innerhalb der Tupas? Wird überlegt, in einem solchen Fall den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen?
Die Putschgefahr wird überall diskutiert. In der Frente Amplio gibt es eine Kommission, die überlegt, wie das Militär im Falle eines Wahlsieges neutralisiert werden kann. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß es keine Möglichkeit gibt, das Militär in den Griff zu kriegen, die zentrale Koordination der Militärapparate ist zu stark. Bei einem Wahlsieg werden sicher militärische Bewegungen entstehen. Wir haben darauf noch keine Antwort, da wir dieses Problem heute noch nicht haben. Klar ist, daß wir gegen sie kämpfen werden, wie, das werden wir sehen.

Frage: Warum ist nur das Männergefängnis „Libertad" international bekannt?
Da werde ich zuerst in einen anti-feministischen Diskurs gehen müssen: Wir Frauen hatten Schuld. Wir hätten mehr Kraft haben müssen, um uns mitzuteilen, aber die Freiheit kann nach der Entlassung aus dem Knast sehr traumatisierend sein. Besonders für uns Frauen war das so. Als wir erfuhren, daß bei den Männern im Knast vieles anders gewesen war, sie andere Erfahrungen gemacht hatten, haben wir als erstes so reagiert, daß wir uns gefragt haben, ob wir richtig gehandelt haben. Wir wollten gerne eine gemeinsame Antwort mit den ehemaligen gefangenen Genossen entwickeln, aber das ist unmöglich weil z. B. viele Genossinnen in den organisatorischen Strukturen gefangen sind. Wir werden deshalb eine mehr persönliche Antwort finden, unsere Erfahrungen aufschreiben und veröffentlichen. Die Männer sagen, daß wir das tun sollen, aber sie geben uns keinen Urlaub. Ich hoffe, daß bald etwas herauskommt. Dazu kommt, daß meistens die Männer die internationalen Reisen machen und das sie dabei nur von sich erzählt haben. Das ist Teil ihrer Schuld.

Sind Jugendliche in der Frente Amplio und bei den Tupas organisiert? Was gibt es da an speziellen gesellschaftlichen Problemen und Programmen dagegen z. B. bezüglich Drogen und Gangs?
Das ist eine sehr wichtige Frage. Die Jugend hatte nach der Diktatur große Schwierigkeiten in den verschiedenen politischen Organisationen ihren Platz zu finden, außer bei der KP vielleicht, aber inzwischen gibt es auch da Probleme. Wir bei den Tupas haben gedacht, daß die Jugendlichen innerhalb der Tupas eine eigene Organisation brauchen, da sie viele sind und spezielle Probleme haben. Dieser Versuch ist nach drei, vier Jahren gescheitert, da die Jugendorganisation so autonom wurde, daß sie im Grunde kein Teil der Tupas mehr war. Sie kümmerten sich um ihre eigenen Sachen aber bekamen nichts mehr von den anderen Teilen der Tupas mit. Jetzt beginnen wir in allen Basisgruppen Alte, Leute mittleren Alters (die während der Diktatur anfingen zu kämpfen), und Junge zu organisieren. Alle können viel voneinander lernen. Die Folge ist, daß viele Jugendliche ausgetreten sind, aber die Dabeigebliebenen und die, die neu dazukommen machen schöne Erfahrungen. Die Jugend hat die Schnauze voll von den alten Geschichten aus der Diktatur. Sie wollen eigene Wege gehen und sind sehr chaotisch, aber das ist in ihrer Situation notwendig. Der Zustand bezüglich der Drogen ist nicht mit dem hier vergleichbar, es ist nicht so schlimm. Wenn Jugendliche oder andere mit den Drogenkonsumenten eine Kommunikation wollen, so müssen sie schon mal am Joint ziehen. Aber das verstehe ich, für die Jugend bedeutet diese Droge ein Stück Rebellion. Als Problem schwerwiegender ist der Versuch, die Jungen von der Droge abhängig zu machen. Harte Drogen kommen über Brasilien, dahinter steht das Militär, sie wollen hilflose Menschen. Es gibt viele Straßenkinder, die vom Betteln, Klauen und Jobben leben. Ihre Arbeit wird extrem ausgebeutet. Für uns ist das eine der wichtigsten Arbeitsfronten. Wir sammeln Erfahrungen bei den Besetzungen von Ländereien, wo Räume für diese Kinder gebaut werden. Es wird versucht, ihnen eine Ausbildung zu geben und sie durch die Beteiligung an der Essensversorgung zu aktivieren. Vor allem wird mit den Familien gearbeitet denn die Kinder reagieren gut auf die Angebote und das kollektive Leben – aber die Situationen in den Familien sind schrecklich: Alkohol, Vergewaltigung...

Zum Schluß noch die zentralen Punkte der Tupamaras:
- Unterstützung der Forderung der Arbeiterinnen nach Lohngleicheit, besseren Arbeitsbedingungen.
- Abtreibung: weil die ärmsten Frauen die meisten Kinder bekommen, geschlagene Frauen, Vergewaltigung – auch in der Familie – sexueller Mißbrauch und Mißhandlungen an Mädchen
- Soziale gefangene Frauen: manche in der Bewegung denken, daß diese Frauen nicht mehr zu retten sind, die Tupas denken das nicht.
- Diskriminierung von Lesben: Die Gesellschaft in Uruguay ist zwar politisch fortschrittlich aber in ihren Gewohnheiten sehr konservativ. Als es im Radio die erste Sendung von Lesben gab, war das ein absoluter Skandal, vor allem auch in der Linken. Sie haben es aber geschafft, daß das Programm akzeptiert und gehört wird, auch von Männern.
- Prostituierte: In Uruguay wird eine von Huren gegründete Gewerkschaft von den anderen Gewerkschaften nicht aktzeptiert, da für sie die Prostitution keine Arbeit ist. Die Huren kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen (z. B. AIDS, Menschenrechte), und gewinnen so einen politischen Raum in der Gesellschaft.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die Frauenbewegung viel Diskussion provoziert wird. Nationale Befreiung gibt es nur durch die Befreiung der einzelnen Gruppen in der Gesellschaft. Es geht nicht um Nischen für Frauen, aber Frauen brauchen Räume für sich.

„Nie werden wir unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen!"

Militante Praxis – Antwort auf rassistische Pogrome?

Am 14. September 1992 sind die AnwältInnen der 4 Hamburger AntifaschistInnen – Anke und Andreas, Renate und Burkhard – darüber informiert worden, daß ihr Verfahren wegen des „Verdachts der Brandstiftung" eingestellt worden ist. Die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg wird auf 14 Seiten begründet. Erneut warten sie seit 2 Monaten vergeblich auf eine Akteneinsicht. Auch ohne erneute Durchsicht der Akten haben sie sich Ende November 1992, entschlossen, die linke Öffentlichkeit zu informieren und ihre Einschätzung mitzuteilen:

Um die Entwicklung der Kriminalisierung wieder ins Gedächtnis zu rufen, gehen wir 3 1/2 Jahre zurück: Spätestens seit Anfang 1989 sind die 4 GenossInnen aus dem autonomen antifaschistischen Widerstand systematisch observiert worden. Am 15. Juni 1989 werden dann in Hamburg und Umgebung 9 Wohnungen durchsucht. Renate und Burkhard werden wegen des Angriffs auf das faschistische Ehepaar Worch, denen dabei 50 Aktenordner entwendet wurden, in Untersuchungshaft genommen. Gegen beide sowie gegen Anke und Andreas wird außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen §129a eingeleitet.

Diese Kriminalisierung des autonomen Antifaschismus nach §129a ist gegen verschiedene „terroristische Vereinigungen im norddeutschen Raum" gerichtet, „die Brandanschläge auf das Eigentum politischer Gegner und solcher Personen verüben, die als Repräsentanten des von ihnen abgelehnten Staatswesens angesehen werden." Soweit die Begründung der Staatsanwaltschaft. Die Hoffnung ihrer Ermittlungen richetete sich aber auf mehr: „RAF-Sympathisanten" sollen die Anschläge durchgeführt haben, „deren Motivation die Hafenstraßen- und hauptsächlich die ANTIFA-Thematik ist".

Aus den weiteren Ermittlungen ergab sich, daß ein Konstrukt gebastelt werden sollte, um verschiedene Teilbereichskämpfe miteinander zu verbinden und den autonomen Zusammenhang militanter Praxis zu kriminalisieren. Angriffe aus dem Bereich des Antifaschismus, des Häuserkampfes, des Antirassismus, des Knastkampfes und der Anti-AKW-Bewegung wurden zusammengebracht. Insgesamt sollte der strukturelle und personelle Zusammenhang von 35 benannten Aktionen hergestellt werden. Brandanschläge und andere Sachbeschädigung wurden in den 3 Bundesländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein von der Hamburger Sonderkommission 897 verfolgt.

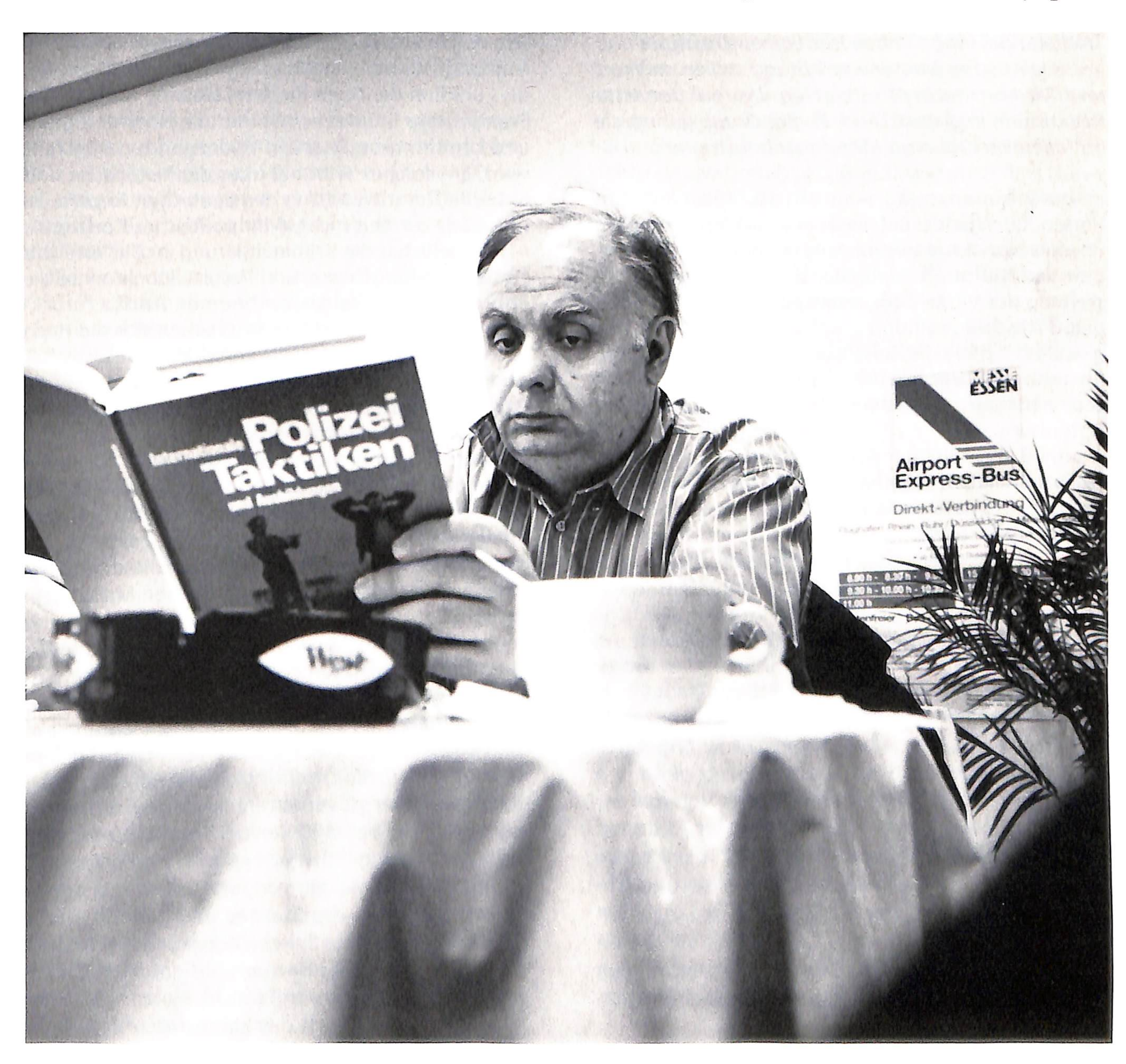
Dazu gehörten Angriffe auf Treffpunkte und Tagungsstätten der Nazis, auf Fahrzeuge ihrer Wehrsportgruppen, auf ihre interne Informationsstruktur und propagandistischen Zentren wie Verlage und Versandbuchhandlungen. Dazu gehörten aber auch Angriffe auf Baufirmen, die am Bau einer zentralen Polizeidienststelle in Hamburg tätig waren. Und schließlich ein Brandanschlag auf eine Vertretung der Daimler-Benz-AG in Uelzen, der u.a. auf die Rolle des Konzerns im Rassistenstaat Südafrika und im Nationalsozialismus hinweist und der Sachschaden bei 20 Hamburger Banken und Kaufhäusern „als

letzte Warnung vor der Räumung der Hafenstraße" im Jahre 1986.

Die weitere Entwicklung der antifaschistischen Bewegung hat bewiesen, daß die Repression der Herrschenden wohlkalkukiert war. Es ging im Kern um die Kriminalisierung antifaschistischer Militanz und möglicher Ansätze einer revolutionären Massenbewegung. Präventiv sollte mit der Repression der autonomen Antifa ein Keil zwischen antifaschistischem Protest und militantem Widerstand getrieben werden. Der Staat beanspruchte und gewann im wesentlichen das Gewaltmonopol auch in diesem Teilbereich des antiimperialistischen Widerstands zurück. Die Repression hat erheblich zur schrittweisen Integration und Befriedung der Antifa-Bewegung beigetragen:

Grundlage verschiedener Strömungen der autonomen Antifa ist heute nicht mehr die prinzipielle Entscheidung gegen Faschismus und Demokratie als unterschiedliche Formen und Praxis bürgerlicher Herrschaft. Das Verbot faschistischer Organisation und Propaganda wird von diesem Staat verlangt, der viel umfangreicher und effektiver faschistische Praxis in Form systematischer Verelendung, Verfolgung, Vertreibung und Selektion organisiert als alte und neue Nazis. Von Teilen der autonomen Antifa wird generell jede revolutionäre Kraft antifaschistischer Politik in Frage gestellt, da sie nur Auswüchse bekämpfen und keine eigene Utopie entwickeln könnte.

Die Gewaltfrage wird neu diskutiert: Drehen wir nicht die Spirale der Gewalt, wenn wir den Nazis organisiert und bewaffnet entgegentreten? Stellen wir uns nicht auf eine Stufe mit dem Terror der Nazis, wenn wir sie militant angreifen? Die entwickelte Militanz autonomer antifaschistischer Praxis der 80er Jahre hat effektiv in die Strukturen ihrer Propaganda, Organisation und Rekrutierung eingegriffen. Heute, da nationalsozialistische Zentren kaum noch zerstört werden, wird die Verantwortung militanter Zusammenhänge deutlich. Die Realität der pogrom-



artigen Überfälle beantwortet Befürchtungen über die Eskalation faschistischer Gewalt eindeutig: sie eskaliert, je weniger ihr entschieden entgegengetreten wird.

Ein Zitat aus der Bohlinger-Erklärung von 1987 macht deutlich, daß genau bestimmte antifaschistische Militanz jeder Willkür klare Grenzen setzt, daß sie als Teil des antiimperialistischen Widerstands unverwechselbar ist mit faschistischem Terror:

Zitat aus „aufruhr" S. 173:

1. In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen 'Gewalt gegen Sachen' und 'Gewalt gegen Personen'. Wir unterscheiden zwischen Beteiligten und Unbeteiligten. Unbeteiligte wollen wir nicht bedrohen, gefährden oder schädigen. Wer sich jedoch für Recht und Ordnung, als Objektschutz oder Denunziant in unsere Praxis einmischt, macht sich zum Beteiligten wie jeder Staatsbüttel.

2. Wir organisieren unsere Militanz gegen alte und neue Nazis und ihre Einrichtungen, weil sie sich in die Tradition des erbgesunden Herrenmenschentums und imperialistischer Massenvernichtung stellen. In Wort und Tat konzentrieren sie offen das reaktionärste Bewußtsein in diesem Land. Es gibt Grund genug, sie mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

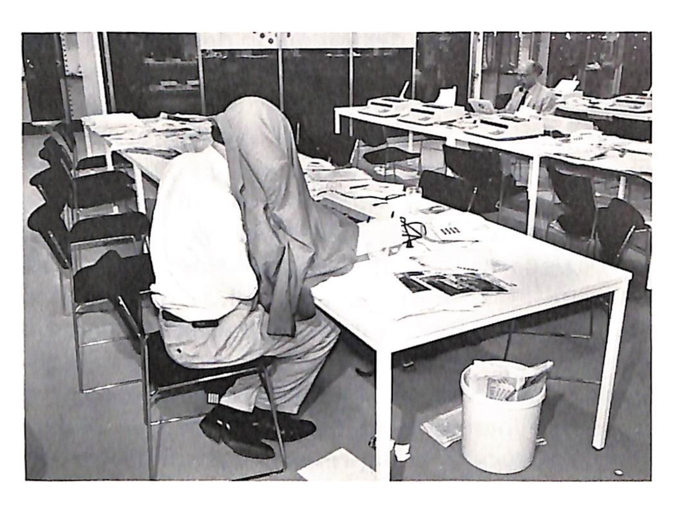
Der Brandanschlag vom 08. 10. 1987 auf den Versandbuchhandel Bohlinger in Struckum bei Husum ist einer von 4 militanten Angriffen auf Einrichtungen der Nationalsozialisten, die noch bis zur Einstellung des Verfahrens ermittelt wurden. Die übrigen 3 Anschläge sind:

am 4. 12. 1986 die Zerstörung der Gaststätte „Zum Eichenhof", Tagungsstätte im Besitz der klerikalfaschistischen „Artgemeinschaft" in Waffensen bei Rotenburg;

am 06. 09. 1987 der Angriff auf eine Tagung der rassistischen „Gesellschaft für Biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" in Lippoldsberg im Harz;

am 26. 05. 1989 die teilweise Vernichtung der Lagerbestände des Versandbuchhandels Berg in Toppenstedt.

Zu allen 4 militanten Angriffen erklärt die Staatsanwaltschaft, daß ihr die vorliegenden Indizien nicht für eine Anklage ausreichen: Nadelholzspuren an Jacken, ein Holzbohrer mit einem Durchmesser von 32 mm, ein Schlauchstück, angeblich passend zu einem anderen, das am Tatort gefunden wurde, sind nicht zuzuordnen. Auch der Vorwurf der Anstiftung bzw. Vorbereitung militanter Aktionen durch öffentliche Veranstaltungen ist hier ebenso fallengelassen worden wie die Kriminalisierung jahrelangen Sammelns von Material zur Organisation des rechten Lagers und zu „anschlagsrelevanten Themen". Auch den abenteuerlichen Denunziationen der Faschisten schenkt die Staatsanwaltschaft jetzt keinen Glauben mehr.



Damit ist dieses Verfahren abgeschlossen, während in Göttingen und anderen Städten weiter gegen den militanten Antifaschismus ermittelt wird. Wir schätzen die jetzige Einstellung des Verfahrens gegen militante antifaschistische Gruppen als politischen Opportunismus der Herrschenden ein: Sie wissen, daß in einem §129a-Verfahren gegen autonome AntifaschistInnen die BRD in der Kontinuität des NS, die Funktion der Nazis für den Staat, die faschistische Praxis dieses Staates selbst und die Notwendigkeit und Legitimität militanten Widerstands dargestellt wird. Ein solches Tribunal über die historische und aktuelle Verantwortung des deutschen Imperialismus paßt zur Zeit nicht in ihr politisches Konzept:

Einerseits hat die Kriminalisierung ihr Ziel erreicht: Ohne Prozeßeröffnung und Verurteilung konnte die entwickelte Stärke der autonomen Antifa zurückgedrängt werden. Andererseits sehen sich die Herrschenden durch die aktuelle Entwicklung rassistischer und faschistischer Überfälle und Morde zur Kalkulation veranlaßt, d.h. zur Abwägung ihrer Interessen an einem §129a-Verfahren gegen antifaschistische Zusammenhänge: Sie müßten die Kritik der internationalen Presse fürchten und das Bündnis und die Mobilisierung zerstrittener Antifa-Zusammenhänge an diesem Verfahren. Bei fortgesetzter Untätigkeit gegen faschistischen Terror könnte an diesem Prozeß ihre Legitimation der „demokratischen Mitte" brechen:

Der Staat hat die pogromartigen Überfälle für den Abbau der letzten Reste des Asylrechts gewollt, initiiert und gefördert. Jetzt besteht die Gefahr, daß ihm Brutalität, Ausmaß und Massenakzeptanz aus dem Ruder laufen. Der klägliche Versuch, bei jedem neuen Überfall, die Öffentlichkeit mit Spekulationen über linke Täter zu verwirren, greift hier zur Zeit so wenig wie die Demagogie vom Totalitarismus, d.h. die Gleichsetzung lächerlicher Tomaten von links mit tödlichen Brandfackeln von rechts. Klar: am prinzipiellen Interesse des Staates, rechten Terror zu funktionalisieren und linken Widerstand zu brechen, wird sich nichts ändern – nur taugt dafür ein §129a-Verfahren gegen die Antifa nicht – jetzt nicht.

Natürlich kann auch das eingestellte Verfahren

jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn „sich neue Erkenntnisse ergeben". Außerdem bleibt der Klassenjustiz das gesonderte Worch-Verfahren gegen uns als Faustpfand und Drohung gegen die weitere Entwicklung des militanten bewaffneten Widerstands. Die Eheleute Worch waren und sind führende Figuren in verschiedenen nationalsozialistischen Zusammenhängen der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Christian Worch ist als Organisator direkt verantwortlich für die Vorbereitung und Koordination verschiedener pogromartiger Überfälle – wie z. B. das organisierte Eingreifen in Rostock-Lichtenhagen.

Und der Terror eskaliert weiter: am 23. 11. sind in Mölln erneut 3 Menschen – Vahide, Ayse und Yeliz – aus Rassenhaß verbrannt worden; am 20. 11. wurde der Berliner Hausbesetzer Silvio erstochen; am 14. 11. wurde ein 53jähriger Mann in Wuppertal totgeschlagen und verbrannt, weil sie ihn für einen Juden hielten; in Thale bei Quedlinburg sind im letzten Monat vietnamesiche Frauen von Nazis bei einem Überfall vergewaltigt worden; in Großburgwedel nahm sich ein Behinderter das Leben, nachdem er fast zu Tode gequält worden war.

Die Kopie des historischen Erbes ist vollständig: selektiert, verfolgt, vernichtet werden Menschen, die aus der herrschenden Norm herausfallen, Frauen, Menschen jüdischen und islamischen Glaubens, politische GegnerInnen, Menschen anderer Kultur und Hautfarbe.

Wie nahe an „unsere Zusammenhänge, unsere Viertel" müssen diese Überfälle herankommen, damit wir uns bewegen? Stellt der faschistische Terror nicht täglich an jede Antifaschistin und jeden Antifaschisten die Frage, wie den organisierten Nazis, wie der Verantwortung des Staates, wie der Akzeptanz eines breiten rassistischen Massenkonsens in Deutschland entschlossen und effektiv begegnet werden muß? Der jüdische Schriftsteller Giordano erklärt, „daß nunmehr Juden in Deutschland dazu übergegangen sind, darunter auch ich, die Abwehr von potentiellen Angriffen ... in die eigenen Hände zu nehmen ... bis in den bewaffneten Selbstschutz hinein."

„Nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen, niemals." Das ist das Fazit, das aus der Geschichte der industriellen Massenvernichtung im Nationalsozialismus gezogen werden muß. So haben auch die Militanten der 70er und 80er Jahre mit ihrer bewaffneten Praxis bis hin zur Tötung des politischen Gegners ihre klare Antwort gegeben: sie haben erkannt, daß sie nicht auf das Versagen des Staates warten können, denn er kann und will keinen Schutz gegen den Rechtsextremismus und seinen antisemitischen und rassistischen Terror bieten. Sie wissen um die Funktion der Nazis für diesen Staat als Herrschaftsreserve, Rollkommandos und Legitimation der demokratischen Mitte.

Heute reicht es nicht mehr, den organisierten Nazis durch militante Angriffe auf ihre Strukturen zuvorzukommen, um ihre Kräfte zu binden und sie handlungsunfähig zu machen: Ihr braunes Netz ist fester geknüpft; sie haben breite Unterstützung unter den weißen Deutschen; sie haben die Protektion des Staates, bis sie dem Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit und damit Handel und Investition schaden. Um eine relevante politische Kraft zu werden, muß die antifaschistische Bewegung die „kulturelle Hegemonie" in allen gesellschaftlichen Bereichen gewinnen – im antifaschistischen Aktionsbündnis unterschiedlichen Protests und Widerstands:

- Geschichtsarbeit : Nie vergessen! Dazu gehören die Verbrechen des Nationalsozialismus wie die Geschichte des antifaschistischen Widerstands; dazu gehören auch Schutz, Pflege und Veranstaltungen zu den Gedenkstätten; dazu gehört der Kampf gegen den Versuch der Verfälschung und Umbewertung antifaschistischen Bewußtseins zum Protest gegen den Totalitarismus (Faschismus = Kommunismus).
- Analyse: Kontinuität und Modernisierung des Faschismus! Dazu gehört das Aufdecken patriarchaler, nationalistischer, rassistischer Strukturen und Inhalte vor 1933 bis und nach 1945. Dazu gehört auch die Formierung neu-rechter Ideologie als taktische Variante des Nationalsozialismus, wie auch ihre Nähe und Verschmelzung mit neuen Herrschaftsideologien (z. B. Singers Praktische Ethik).
- Praxis: Recherchieren, verhindern, zuvorkommen! Dazu gehört der systematische Überblick über alte und neue Nazistrukturen und die herrschende faschistische Praxis in Staat und Gesellschaft. Dazu gehören alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit, der Information, des Protests und des Widerstands – in gegenseitiger Akzeptanz der unterschiedlichen Formen und Mittel verantwortlichen Handelns.

Zum Schluß möchten wir uns noch einmal bedanken für die starke Solidarität, die uns durch die Mauern in der Untersuchungshaft erreicht hat – nicht zuletzt durch die Verteidigung und Fortsetzung militanter Praxis. Insbesondere den GenossInnen der Antifa-Prozeßgruppe Hamburg danken wir für ihre Organisation der materiellen und moralischen Unterstützung, den frühen Angriff auf die Konstrukte der Staatsanwaltschaft und die Entwicklung grundlegender Kriterien für die politische Prozeßführung. („aufruhr", S. 151 ff)

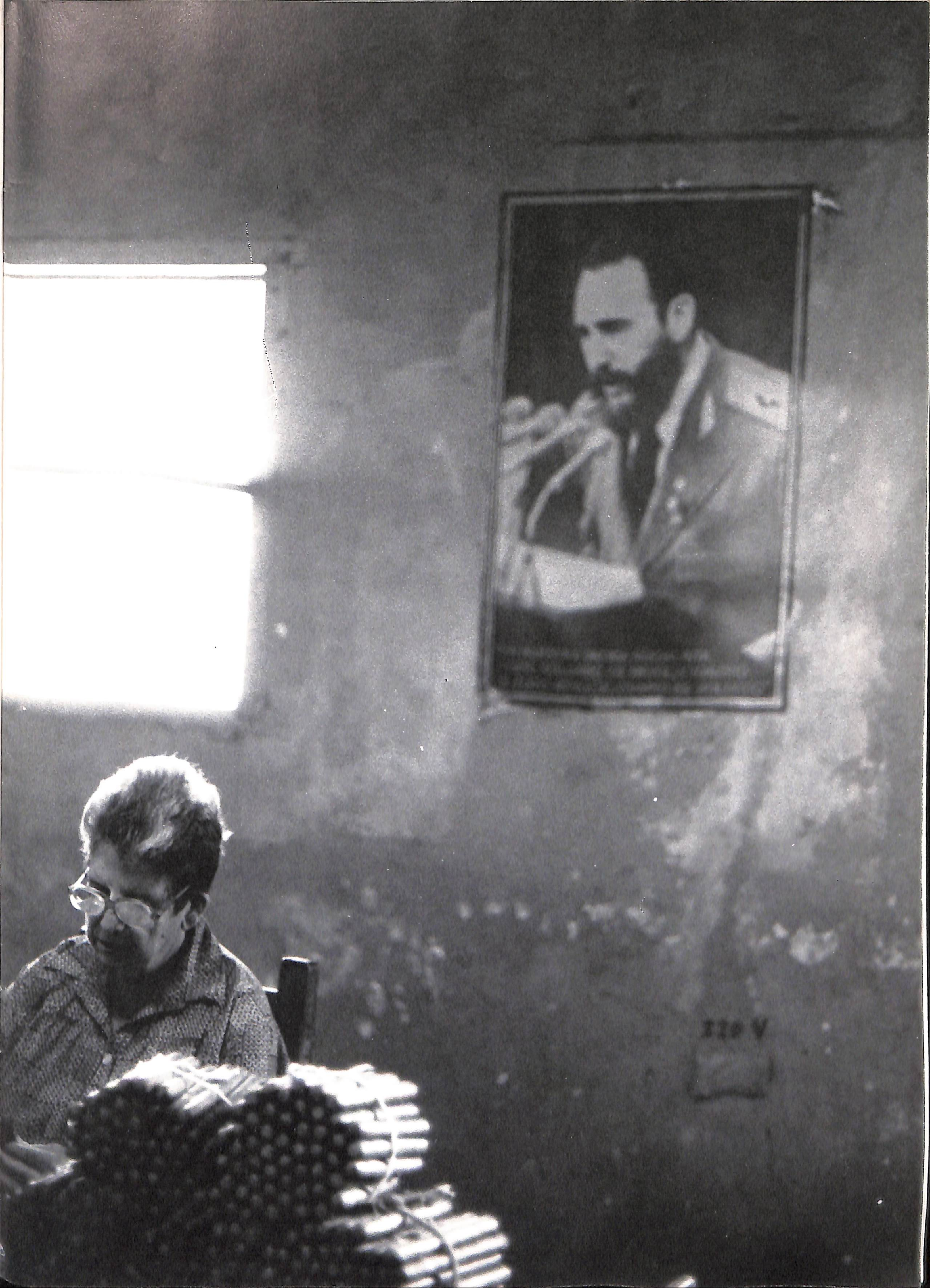
Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen!

Janne und Burkhard

Lang lebt die REVOLUTION!

Nach dem Fall des Kommunismus im östlichen Europa, dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und der Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua ist die Isolation Kubas als sozialistischem Staat in Amerika größer denn je. Jedoch hat es bislang Vorhersagen seines unmittelbar bevorstehenden Kollaps' widerstanden, und Fidel Castro, der das Land seit der Revolution von 1959 führt, bleibt am Ruder. Tomás Borge traf Castro das erste Mal 1978, als Borge sandinistischer Guerillaführer war. Nach 14 Jahren, von denen er 11 als Nicaraguas Innenminister verbracht hat, kehrte Borge nach Havanna zurück, um seinen alten Freund zu interviewen. Castro verbrachte im Laufe von drei Tagen zwölf Stunden im Gespräch mit Borge über Themen wie Stalin, Homosexualität, seine Lektüre und seine Gedanken über den Rücktritt.

Von dem beeindruckenden Schauspiel der „Bomber"-Harris-Denkmaleinweihung brachten wir aus London dieses im liberalen „Guardian" veröffentlichte Interview aus London mit. Die Eigenübersetzung (Dank an die Übersetzerin) führt die Berichterstattung über eine der letzten sozialistischen Gesellschaften aus der letzten Nummer fort.



Kürzlich sagtest Du in Bezug auf die Sowjetunion in besonderem, daß sie heimtückisch umgebracht wurde. Bist Du der Meinung, daß Gorbatschow ein Mitglied der Verschwörung war, die die Sowjetunion umbrachte?

Nein, ich kann Gorbatschow nicht auf diese Weise beschreiben. Was in der Sowjetunion stattfand, war ein unglaublicher Akt der Selbstzerstörung. Unbestreitbar liegt die Verantwortung für diese Selbstzerstörung bei den Führern dieses Landes. Nun, einige zerstörten es bewußt und einige unbewußt. Ich kann nicht behaupten, daß Gorbatschow sich bewußt an der Zerstörung der Sowjetunion beteiligte, denn sein Ziel war zweifellos der Kampf für die Verbesserung des Sozialismus. Der Imperialismus wäre nie in der Lage gewesen, die Sowjetunion auseinanderzubrechen, wenn die Sowjets nicht selbstzerstörerisch gehandelt hätten. Das soll heißen, daß der Sozialismus nicht an natürlichen Ursachen starb: es war Selbstmord, es war ein Mord am Sozialismus. Das war es, was ich meinte.

Für die meisten revolutionären Führer Lateinamerikas hat die gegenwärtige Krise des Sozialismus einen geistigen Urheber: Josef Stalin...

Ich glaube, daß Stalin sehr große Fehler beging, jedoch auch sehr große Erfolge hatte.
Es scheint mir historisch zu stark vereinfachend zu sein, die Schuld für die Phänomene, die in der Sowjetunion stattgefunden haben, Stalin zu geben, denn kein Mann allein konnte diese Bedingungen schaffen. Ich glaube, daß Stalin ungeheuerlichen Machtmißbrauch beging. Es scheint mir, daß der Versuch, das Land in einem sehr kurzen historischen Zeitraum und durch Anwendung von Gewalt zu sozialisieren, sowohl in ökonomischer als auch in menschlicher Hinsicht, sehr kostspielig war.
Es kann einfach nicht bestritten werden, daß die westlichen Mächte Hitler förderten, bis er ein Ungeheuer wurde, eine reale Bedrohung. Ebensowenig kann die außerordentliche Schwäche der westlichen Mächte Hitler gegenüber bestritten werden. Dies stachelte Hitlers Expansionismus ebenso an wie Stalins Furcht, die zu etwas führte, das ich mein ganzes Leben lang kritisiert habe, weil ich denke, daß es wirklich ein eklatanter Bruch von Prinzipien war: um jeden Preis Frieden mit Hitler zu suchen um Zeit zu gewinnen.
Wir haben in unserem langen revolutionären Leben, in der bereits relativ langen Geschichte der kubanischen Revolution, niemals ein einziges Prinzip zur Disposition gestellt, um Zeit zu gewinnen oder für irgendeinen anderen praktischen Vorteil.
Er unterschrieb den berühmten Molotov-Ribbentrop-Pakt. Ich denke außerdem, daß der Nichtangriffspakt ihn Zeit kostete, statt ihm Zeit zu geben, da er endgültig den Krieg entfesselte.
Und dann gab es meiner Meinung nach einen weiteren großen Fehler: gerade als Polen angegriffen wurde, schickte er Truppen, um das Gebiet zu besetzen, das strittig gewesen war, weil seine Bevölkerung Russen oder Ukrainer waren, ich weiß nicht. Ich denke, daß der kleine Krieg gegen Finnland sowohl vom Standpunkt der Prinzipien als auch vom Standpunkt des internationalen Rechts ein weiterer monumentaler Fehler war.
Er beging mehrere aufeinanderfolgende Fehler, die bei großen Teilen der öffentlichen Weltmeinung eine Antipathie gegen die Sowjetunion hervorriefen. Dies brachte Kommunisten in der ganzen Welt, die gute Freunde der Sowjetunion waren, in extrem schwierige Situationen, da sie jede dieser Episoden zu verteidigen hatten.
Stalins Charakter, sein schreckliches Mißtrauen gegen alles, brachte ihn dazu, andere ernste Fehler zu begehen. Einer davon bestand darin, den Intrigen der Deutschen in die Falle zu gehen und eine schreckliche, blutige Säuberung der Armee durchzuführen und damit die sowjetische Armee am Vorabend des Krieges praktisch zu enthaupten.

Was waren deiner Meinung nach Stalins Verdienste?

Zum einen der Verdienst, die Einheit der Sowjetunion aufgebaut zu haben, indem er das konsolidierte, was Lenin begonnen hatte, nämlich die Einheit der Partei. Er gab der internationalen revolutionären Bewegung Auftrieb. Die Industrialisierung der Sowjetunion war einer von Stalins großen Erfolgen.
Das Programm zur Verlegung der strategischen Industrien nach Sibirien und in die Tiefen der Sowjetunion war ein großer Verdienst Stalins – oder des Kollektivs, das bei ihm war.
Ich denke, daß er die Sowjetunion gut führte, sobald der Krieg begonnen hatte. Dies wird von allen anerkannt.

Man hört, auch in linken Kreisen, ein Menge über Demokratie. Was bedeutet Demokratie für dich?

Schau, Tomás, in kurzen Worten ist Demokratie, wie Lincoln sie definierte, die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk. Für mich beinhaltet Demokratie die Verteidigung aller Rechte der Bürger, unter ihnen das Recht auf Unabhängigkeit, das Recht auf Freiheit, das Recht auf nationale Würde, das Recht auf Ehre; für mich bedeutet Demokratie Brüderlichkeit zwischen den Menschen.
Und ich behaupte, daß die bürgerliche kapitalistische Demokratie nicht ein einziges dieser Elemente enthält, denn ich frage mich, wie man in einem Land von Demokratie sprechen kann, in dem eine Minderheit riesige Vermögen besitzt und andere überhaupt nichts; welche Art von Gleichheit oder Brüderlichkeit kann zwischen einem Bettler und einem Millionär bestehen.
Ich denke, daß unser System unvergleichlich demo-

COMITE CENTRAL DEL PARTIDO

MIEMBROS DEL BURO POLITICO

(Por orden alfabético)



PRIMER SECRETARIO
Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz
Presidente de los Consejos de Estado y de Ministros



SEGUNDO SECRETARIO
General de Ejército Raúl Castro Ruz
Primer Vicepresidente de los Consejos de Estado y de Ministros
Ministro de las FAR



Comandante de la Revolución Juan Almeida Bosque



Carlos Aldana Escalante



Concepción Campa Huergo



General de División Julio Casas Regueiro



Osmany Cienfuegos Gorriarán



General de División Leopoldo Cintra Frías







Yadira García Vera





Alfredo Jordán Morales



Carlos Lage Dávila























kratischer ist als jedes andere, unvergleichlich demokratischer als das in den Vereinigten Staaten.

Ich würde nun gern über die entscheidende Schlacht um das Überleben der kubanischen Revolution sprechen, die im wirtschaftlichen Bereich stattfindet. Was ist das unmittelbare Ziel und was ist das strategische Ziel?

Als ich 1989 in Camagüey am Jahrestag des 26. Juli (Erstürmung der Moncada-Kaserne, ein revolutionärer Feiertag) von unserer Bereitschaft zum Kampf sprach, sagte ich damit Dinge, die vielen merkwürdig erschienen. Meine genauen Wort damals waren: „Wir müssen realistischer sein als je zuvor. Aber wir müssen den Imperialismus davor warnen, Illusionen über unsere Revolution zu hegen und vor der Vorstellung, daß unsere Revolution nicht in der Lage sein könnte, zu widerstehen, falls es zu einem Zusammenbruch der sozialistischen Gemeinschaft kommt. Denn auch wenn wir morgen oder an einem anderen Tag aufwachen und feststellen, daß ein großer Bürgerkrieg in der Sowjetunion stattfindet oder sogar, daß die Sowjetunion zerfallen ist – wir hoffen, daß dies nie geschehen wird –, sogar unter diesen Umständen würde Kuba und die kubanische Revolution weiter kämpfen und weiter Widerstand leisten!"
Beachte, daß ich dies 2 1/2 Jahre vor dem Zerfall der Sowjetunion gesagt habe. Natürlich wurden alle Programme, die wir entwickelten, gefährdet.
Wir waren in der Mitte dieses Prozesses, Tomás, als die Katastrophe passierte.

Also, was passierte?

Wir waren unter großen Schmerzen gezwungen, Prioritäten festzulegen und im Frieden zu einer Sonderperiode überzugehen, denn vor vielen Jahren hatten wir Pläne für eine Sonderperiode in Kriegszeiten entwickelt, die auf der Annahme einer totalen Seeblockade basierten. Aber basierend auf diesen Plänen entwickelten wir Pläne für die besondere Periode im Frieden, in der zwar keine totale Seeblockade stattfindet, unsere Ressourcen jedoch außerordentlich begrenzt sind. Es genügt zu sagen, daß wir mit weniger als 50% der gewohnten Brennstoffimporte und weniger als 40% der üblichen Importe arbeiten.
Welche Zielvorstellung hatten wir? Daß wir während der Sonderperiode nicht nur widerstehen, sondern auch weiterentwickeln müssen. Die Produktion für alles, was nicht essentiell ist, würde zurückgehen. Wir müßten unsere Programme für soziale Entwicklung, für Wohnungsbau, für Kindertagesstätten, für Sonderschulen, für technische Schulen, für Universitätseinrichtungen praktisch einstellen.
Vorrangige Programme entwickelten wir voll weiter, beispielsweise im Bereich der Biotechnologie, der pharmazeutischen Industrie, der medizinischen Ausrüstung, des Tourismus-Programms und des Ernährungsprogramms, das erste Priorität besitzt. Auch die wissenschaftlichen Programme werden uneingeschränkt fortgesetzt.
Die entscheidende Frage besteht für uns trotz aller Entbehrungen nicht lediglich im Überleben, sondern auch in der Weiterentwicklung.

Viele Menschen sagen, daß es besser wäre, wenn Kuba nicht die harte Sanktion des Erschießungskommandos gegen Feinde der Revolution, die illegale Aktionen durchführen, verwenden würde.

Ich denke, daß niemand die Todesstrafe mag, und ich weiß, daß viele Menschen, darunter auch Freunde Kubas, uns Vorhaltungen machen.
Ich möchte sagen, daß die Todesstrafe in Übereinstimmung mit geltendem Recht und im Zusammenhang mit extrem schweren Verbrechen angewandt wird.
Ich denke, daß wir uns einem weltweiten Abkommen zur Abschaffung der Todesstrafe anschließen würden; aber wir können keine einseitige Abschaffung der Todesstrafe akzeptieren, während wir den Vereinigten Staaten entgegenstehen und dauernd bedroht sind, während wir uns mitten in einem Überlebenskampf befinden, in einer Frage von Leben oder Tod.

Was ist deine Meinung zu den Feierlichkeiten der sogenannten „Entdeckung" Amerikas?

Manche verwenden heuchlerisch den Begriff der „Begegnung zweier Kulturen". Aber dieser Ausdruck erscheint mir nicht angemessener, denn in Wahrheit handelte es sich um die Aufzwingung einer Kultur auf eine andere, die Vernichtung bestimmter Völker durch andere mit weiter entwickelter militärischer Technologie, das gewaltsame Eindringen Europas nach Amerika. Wovon man sprechen kann, ist das 500. Jubiläum des großen Zusammenstoßes zweier Kulturen.
Ich muß nicht betonen, daß diese Ansicht nicht auf Haß gegenüber irgendeinem Land im besonderen beruht.
In aller Offenheit, ich als Kubaner denke, daß es besser war, daß Kuba von den Spaniern kolonisiert wurde und nicht von rassistischen Europäern, denn aus dem Charakter der Kolonisation entstand die beeindrukkende Mischung, die unser Volk heutzutage darstellt.

Was ist deine Ansicht über Homosexualität?

In unserem Volk gibt es immer noch Machismo, ich denke in geringerem Grade als in jedem anderen Volk in Lateinamerika, aber es gibt noch Machismo. Dies war für Jahrhunderte Teil der Eigenheit unseres Volkes. Ich bestreite nicht, daß diese Machista-Sache zu einer bestimmten Zeit auch die Einstellung zur Homosexualität beeinflußt hat.


100% CUBANO
Sigueme

Ich persönlich leide nicht unter dieser Art von Phobie gegen Homosexuelle. Ich habe nie eine Politik gegen Homosexuelle befürwortet, gefördert oder unterstützt. So etwas gehört meiner Meinung nach zu einem bestimmten Entwicklungsstadium und geht Hand in Hand mit der Erbschaft des Machismo.

Es gibt Leute, die der Auffassung sind, politische Führer sollten im Alter von 60 Jahren zurücktreten. Was denkst du darüber?

Das Problem besteht nicht einfach darin, zurückzutreten, sondern darin, ob man in der Lage ist, zurückzutreten. Dies sind zwei verschiedene Dinge. Um ganz ehrlich zu sein, ich würde gern zurücktreten, wenn andere meine Aufgaben übernehmen können. Ich mache meine Arbeit nicht zu meiner persönlichen Befriedigung, sondern als Pflicht, und ich tue es gern. So lange wie meine Genossen glauben, daß ich in diesem Kampf nötig bin, werde ich da sein. Ich denke nicht, daß alte Menschen ausgeschlossen werden sollten oder daß ihnen das Recht abgesprochen werden sollte an der Politik mitzuwirken, und ich denke, dies war das erste Mal in meinem Leben, daß ich mich einen alten Mann genannt habe.

Ich habe gehört – du hast es mir selbst erzählt – daß du ein unverbesserlicher Leser bist.

Ich habe in meinem Leben so viele Bücher gelesen, wie ich konnte, und es tut weh, daß ich nicht mehr Zeit zum Lesen gehabt habe. Ich habe jede Art von Literatur gelesen. Unter meinen Klassikern ist natürlich die Bibel. Jeder, der meine Ausdrucksweise studiert, wird feststellen, daß ich viele biblische Worte benutze, denn ich bin 12 Jahre lang von den La Salle-Brüdern und vor allem von den Jesuiten in religiösen Schulen unterrichtet worden. Die meiste Zeit zum Lesen hatte ich während der zwei Jahre, die ich zwischen 1953 und 1955 im Gefängnis verbrachte.
Ich lese immer. Ich habe zum Beispiel eine große Sammlung von Büchern über Bolívar. Ich bewundere Bolívar grenzenlos. Nicht zu erwähnen Martí. Vielleicht wird man mich als Sektierer bezeichnen, aber ich kenne niemanden mit dem gleichen intellektuellen Kaliber wie Martí. Letzte Nacht las ich „Parfum", eine kleine Novelle von Patrick Süskind. Ich habe alles von Gabriel García Marquez gelesen, auch abgesehen von unserer Freundschaft.

Wenn du einen Lieblingsautor wählen müßtest, wer würde es sein?

Cervantes

Du sagst das, ohne zu zögern.

Ich habe überhaupt keinen Zweifel. Ich habe Quixote wegen seines Themas, wegen der Schönheit seines Inhalts mindestens fünf- oder sechsmal gelesen.

Was ist mit Dichtern, Fidel?

Ich muß sagen, daß ich Neruda sehr gern mag. Er ist einer von denen, die ich am meisten gelesen habe. Aber ich bevorzuge Guillén.

Singst Du überhaupt, Fidel?

Ich habe überhaupt kein Ohr für Musik. Ich mag sie, aber ich habe kein Talent.

Nicht mal unter der Dusche?

Nein, unter der Dusche zittere ich manchmal vor Kälte. Ich mag Musik sehr, vor allem revolutionäre Lieder. Ich mag klassische Musik und ich habe eine besondere Vorliebe für Märsche.

Wie sieht Fidel Castro sich selbst? Bedauerst du einige Dinge, die du im Leben getan hast?

Wir haben taktische Fehler begangen; ich kann taktische Fehler bedauern. Aber ich habe ein gutes Gewissen, daß wir während der ganzen Geschichte der Revolution keinen strategischen Fehler gemacht haben und daß wir nie unsere Prinzipien verletzt haben. Wenn ich noch mal geboren würde, würde ich den gleichen revolutionären Weg wählen.

(The Guardian, Mai 1992)

FOTOCREDITS:
Wir danken den folgenden Fotografinnen und Fotografen für die Bereitstellung der Fotos:
Marily Stroux: Seite 6, 47, 49, 50, 52
Cordula Kropke: Seite 10, 12, 14, 17, 19
Hinrich Schultze: Seite 42, 44, 45, 46, 56
Knut Henkel: Seite 59, 61, 63

Kontakt über die Redaktionsadresse

Manche Leute
müssen,
viele gehen gerne
ins

EXIL

Kneipe mit
internationaler
Küche

Schulterblatt 83
2000 Hamburg 36
Tel: 430 17 28

Tägl. ab 17 Uhr
geöffnet



gegen Portokosten zu bestellen bei:

projekt Kritische AIDS-Diskussion
c/o LAZ, Crellestr. 22,
W - 1000 Berlin 62
Tel. Mi 14-21 Uhr 030/781 40 18



BUCHHANDLUNG

YOL

KITABEVI

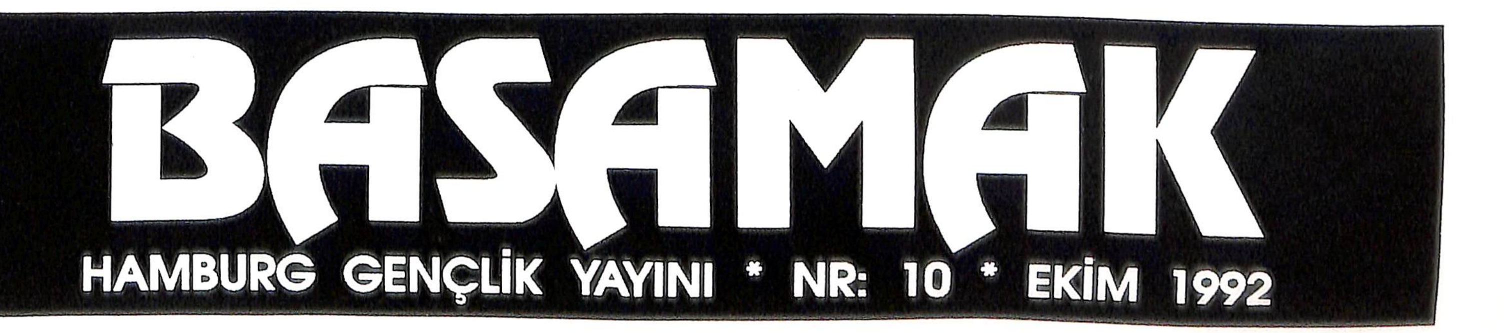
Schanzenstr.5, 2000 Hamburg 36, Tel: 43 54 74

Bücher über die Türkei und Kurdistan
Bücher von türkischen Autoren
Bücher über die Migration
Bücher über Rassismus und Nationalismus

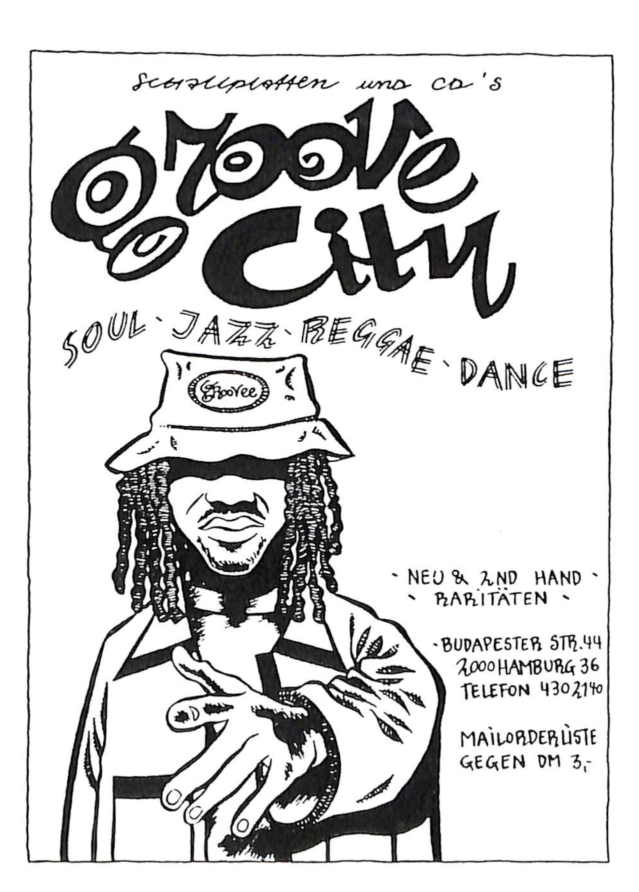
Türkische Sprachbücher
Musik-Kassetten
Türkei-und Kurdistan-Reisebücher

Vermittlung von Türkisch-Kursen
Übersetzungen
Handarbeiten aus der Türkei
Aktuelle Informationen

Montag - Freitag 11.00 bis 18.30



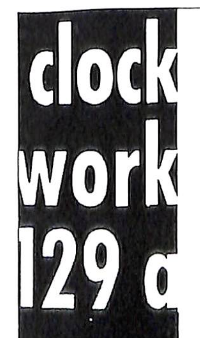

BUBACK



Schallplatten und CD's
Groove City
SOUL · JAZZ · REGGAE · DANCE
· NEU & 2ND HAND ·
· RARITÄTEN ·
· BUDAPESTER STR. 44
2000 HAMBURG 36
TELEFON 4302140
MAILORDERLISTE
GEGEN DM 3,-



AUTO-DOCK
KFZ-MEISTERBETRIEB
TEL.: 0 40/7 38 60 03-04
OSTERRADE 4 · 2050 HAMBURG 80



clock
work
129 a

INHALT